

FRAGMEX – Fragmentation & Exclusion. Understanding & Overcoming the multiple Impacts of the European Crisis

Die Griechenlandkrise im deutschen Printmedien-Diskurs

Deliverable 5a

**Konstantinos Maras
KWI-Essen**

September 2015

Inhalt

1. Über Tragödien, Dramen, Rettungen und anderen Metaphern	3
2. Geduldige Gläubiger, renitente Schuldner	9
3. An der Türschwelle: ‚Grexit‘	16
4. Zur ewigen (Griechenland-)Krise (und ihrem Management).....	23
5. Selbst- und Fremdverständnisse	34
6. Zur Lage der Union	45
7. Zur Lage Griechenlands	55
7. Das Referendum und andere Souveränitätsfragen.....	61
8. Quellen.....	65

Die Griechenlandkrise im deutschen Printmedien-Diskurs *

1. Über Tragödien, Dramen, Rettungen und anderen Metaphern

Dass Anfang des Jahres die neue Athener Regierung die europapolitische Bühne mit dem Heldenpathos eines entschlossenen Vertreters der nationalen Würde betritt, registriert die deutsche Presse mit einer bestimmten Skepsis, denn die leichtsinnige bzw. lächerliche Haltung des unbeugsamen Vorkämpfers für die souveräne Selbstbehauptung mutet angesichts der dramatischen Lage deplatziert an [SZ/21.02]. Allerdings scheint eine gewisse Unentschlossenheit darüber zu bestehen, inwiefern dem Verhandlungsprozess selbst dramatische Züge anhaften, oder ob es nicht vielmehr die neue Regierungsführung darauf abgesehen hat, die Gereiztheit, Frustration und Verständnislosigkeit hervorrufende Dramatik der Verteidigung der nationalen Würde als Druckmittel einzusetzen. Wenn Letzteres, dann lässt sich eine Zweifelhaftigkeit der Resultate konstatieren, und zwar insofern, als sich der auf die Berliner Politik gerichtete Druck seitens Athens als bloßes Drama [SZ/13.03] bzw. „possenartiges Zwischenspiel“ entlarven lässt, das der wirklichen Tragödie des Landes einen unrühmlichen Akt hinzufügt und das tragi-sche¹ Ende umso opferreicher werden lässt. Angesichts dessen bestünde der einzig noble Ausgang dieses „unwürdigen Dramas“ darin, mit dem Aufbau von Drohkulissen aufzuhören [SZ/06.06], oder, aus einer anders motivierten kritischen Sicht, das „Pleite-Theater“ als das zu entlarven, was es wirklich ist: Eine Inszenierung, um Griechenland zu ‚Reformen‘ zu bewegen [TAZ/28.05].

Was an der Griechenlandkrise als dramatisch wahrgenommen werden kann (z. B. die dramatische finanzpolitische Lage [ZEIT/19.03]) bzw. welcher Schlussakt² dieser Tragödie

* Die inhaltsanalytische Dokumentenauswertung bezieht sich auf (245) Meinungsbeiträge (Editorials, Leitartikel, Kommentare, Gastbeiträge und andere Beiträge mit meinungsbezogenem Inhalt) überregionaler führender Qualitätszeitungen: Frankfurter Allgemeine Zeitung bzw. Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (FAZ/FAS), Süddeutsche Zeitung (SZ), Die Zeit (ZEIT), die Welt (WELT) und die Tageszeitung (TAZ). Die Inhaltsanalyse umfasst den Zeitraum von Januar bis Mitte Juli 2015. Für die inhaltsanalytische Auswertung der Zeitungskommentare wurde die Software Atlas.ti⁷ verwendet: In Klammern Kürzel der Zeitung und Erscheinungsdatum des Kommentars.

Zum analytisch-rekonstruktiven Vorgehen: Die Darstellung basiert auf der Zusammenfügung von Textausagen zu Sinnverflechtungen und Argumentationsmustern, wobei die von den Kommentatoren/innen verwendeten Begriffe konstellativ angeordnet, d. h. in thematisch verschiedenartige Argumentationskontexte eingebettet. Deshalb sind manche Wiederholungen und Überschneidungen unvermeidbar.

¹ Als tragisch könnte man auch die Lage der Bundesregierung Anfang Juli des Jahres 2015 bezeichnen, als mit dem vorläufigen Scheitern der Verhandlungen für ein drittes Hilfspaket für Griechenland ihr Krisenbekämpfungskonzept einen „finanzpolitischen Tiefpunkt“ erreicht: vgl. SZ/01.07.

² Zwischen dem Wirtschaftshegemon Deutschland und dem Schuldchampion Griechenland hat sich ein duellartiges ökonomisches Spektakel entwickelt, das dem Publikum, d. h. den anderen europäischen Ländern, keinen Platz zum Atmen lässt: vgl. dazu WELT/30.06. Für andere Kommentatoren ist es vielmehr die Erosion der Zusammengehörigkeit der verschiedenen Demokratien und Zivilgesellschaften, die den Kern des gegenwärtigen europäischen Dramas ausmacht: vgl. WELT/30.06.

[FAZ/04.07] angemessen und würdig wäre, beschränkt sich aber nicht auf die Konstellation spannungsgeladener bzw. mit allerlei Pathos- und Konfrontationseinstellungen befrachteten Verhandlungssituation um die Frage, wer die Richtung in der Euro-Rettungspolitik vorgibt [SZ/13.02], sondern erstreckt sich auf die Möglichkeit eines Austritts des Landes aus der Währungsunion, welcher sowohl Phänomene der Zerstrittenheit in Europa vertiefen als auch dem Lande selbst erst recht einer veritablen Abstiegs- und Verarmungstragödie ausliefern würde und aus diesem Grund jetzt schon aus dem Spielplan herausgenommen gehört. Aber ob dies möglich ist, hängt nur vom Willen der griechischen Seite ab [SZ/14.07]. Diese Situationsdeutung sollte man gleichwohl nicht dazu verleiten, den Ausgang des dramatischen Handlungszusammenhangs einzig vom europapolitischen Kurs Athens abhängig zu machen, denn dem griechischen Drama kommt eine Stellvertreterfunktion im Rahmen der europäischen Konfliktlage zu.

An den divergierenden Krisenbewältigungsstrategien offenbart sich eine Gegensätzlichkeit in Bezug dessen, wie eine gesamteuropäisch erfolgreiche Krisenbewältigung aussehen soll: Die Auseinandersetzung kreist um angebotsorientierte Wettbewerbspolitik versus Konjunkturprogramme zur Nachfragestimulierung und um die Frage, ob die wirtschaftspolitische Ausrichtung der Union unbeirrt auf dem Kurs der Steigerung der Leistungsbilanz bleiben, oder vielmehr die wirtschaftlichen Ungleichgewichte durch eine enger koordinierte Wirtschafts- und Fiskalpolitik mit kräftigen Unterstützungsprogrammen für den krisengeschüttelten europäischen Süden abzufedern versuchen soll [ZEIT/24.06]. Der Streit, der sich an der Frage eines situationsadäquaten Krisenlösungsansatzes entzündet hat, betrifft aber nicht bloß widerstreitende wirtschaftstheoretische Denkschulen, wie z. B. Monetarismus versus Keynesianismus, sondern nimmt im Verlauf der griechischen Krise gewissermaßen merkwürdige Formen an, und zwar insofern, als die Fronten im Konflikt der Ökonomieschulen und Wirtschaftsweltsichten durcheinander geraten: Während von der ehemaligen Hochburg des Neoliberalismus, den USA, nachfrageorientierte Botschaften ausgehen – da ja die amerikanische Obama-Regierung mit einer expansiven Wirtschaftspolitik die Rezession erfolgreich zurückgedrängt hat –, scheint das keynesianische Old Europe fest im Griff einer (von Deutschland angetriebenen) monetaristisch-restriktiven Sparpolitik zu sein [vgl. dazu SZ/26.05].

Zudem darf man berechtigte Zweifel daran anmelden, ob der bisher verfolgte Kurs der auf Spar- und Austeritätsmaßnahmen setzenden Rettungspolitik dem griechischen Drama einen kathartischen Schlussakkord bescheren kann – wie stark sich der finanz- und fiskalpolitische Konsolidierungswillen der Athener Regierung auch immer zeigen mag [TAZ/25.02]. Deswegen stellt sich aus dieser kritischen Sicht der in der deutschen Medienlandschaft verbreitete Rekurs

auf Dramametapher gewissermaßen eine fehlgeleitete Situationsdarstellung dar, und dies umso mehr, als die vorherrschende mediale Verarbeitungsform die Griechenlandkrise auf das Niveau eines Familiendramas mit sorgenvollen, aber auch zornig-gereizten Eltern und aufmüpfigen-sturköpfigen Sprösslingen heruntergedeutet wird: „(...) Und so seit Wochen das auf Familienaufstellung und Kasperltheater eingedämpfte Tableau der europäischen griechischen Tragödie, wie es uns aus Print, Funk und Talkshow entgegenschlägt“ [TAZ/30.06]. Unter diesem Licht gesehen, ließe sich dem (von der europäischen bzw. deutschen Öffentlichkeit mit höchster Anspannung verfolgten) griechischen (und europäischen [ZEIT/04.07]) Drama das hochangespannte Ringen der deutschen Medien-Öffentlichkeit um die Deutung des Krisengeschehens zur Seite stellen [TAZ/04.07].

Wenn sich die griechische Staatsverschuldung aus Sicht der Mehrheit der deutschen Qualitätsprintmedien als Tragödie bzw. Drama gleichnishaft beschreiben lässt, dann überrascht es nicht, dass die mediale Fremdwahrnehmung der Griechenlandkrise auch nicht derjenigen metaphorischen Sinnübertragung abneigt ist, die auf Motive der antik-griechischen Mythologie rekurriert. So weiß man – wohlgermerkt vor dem der Krisendramatik einen neuen Akt hinzuzufügenden Auftritt der Syriza-Regierung im Januar dieses Jahres – mit christlich-mythologischer Anschaulichkeit darüber zu berichten, dass für die orthodoxen Griechen das Währungsproblem keineswegs eine moderne Epiphanie darstellt, sondern im Gegenteil zu denjenigen mythischen Schicksalen zugerechnet werden soll, deren Unentrinnbarkeit, Wiederholungszwang und Hoffnungslosigkeit an der Figur von Sisyphos in Idealform ablesbar sind. Wenn die Euro-Krise aber einerseits Griechenland dazu verdammt, „wieder und wieder die immer gleiche Arbeit zu verrichten“, so übt sie andererseits eine ähnliche Zwangswirkung auf Deutschland aus, als die deutsche politische Führung unter Strafe zu stehen scheint, für „ihre Rettungslogik“ Jahr für Jahr zu werben – „mal klug, mal lautstark“ [SZ: 07.01]. Falls es für Griechenland nicht eine Erlösung geben kann – nicht einmal diejenige, die die neue Regierung mit weniger Steuern, weniger Schulden und mehr Jobs verspricht [SZ/23.01] –, dann öffnen sich die Pforten des Hades, der, nebenbei gesagt, etwas missverständlich für die christliche Hölle gehalten wird, und man erblickt dahinter ein schauriges Katastrophenpanorama: Staatsbankrott, Rentner vor geschlossenen Banken, Tankstellen ohne Benzin [SZ/23.01]. Aber bevor man von Erlösung überhaupt sprechen kann, wäre es vielleicht auch nicht abwegig, ein Blick auf den Weg dahin zu werfen: Da muss Griechenland, wie alle anderen Schuldnerländer, konsequent das Kreuz der Reformen auf sich nehmen [SZ/06.06].

Obwohl man im Nachhinein diesem Katastrophenszenario angesichts der Ereignisse Anfang Juli 2015 nicht eine gewisse Hellsichtigkeit absprechen kann, sind nicht alle Kommentare von

einer solchen apokalyptisch anmutenden Stimmung geprägt. Mitunter herrscht eine eher ausgelassene mythisch-idyllische Atmosphäre, wie z. B. diejenige beim G7-Gipfel auf Schloss Elmau in Bayern, die nur von einer „bocksfüßigen Pan-Figur“ gestört wird, die unbedingt seine eigene Verhandlungsmelodie spielen will [FAZ/08.06]. Angesichts der unüberhörbaren Kakophonie, die übrigens den strukturellen Defizitbestand in puncto Konvergenz der Lebensverhältnisse samt Pro-Kopf-Einkommensunterschieden und Beschäftigungsniveaus im Euroraum widerspiegelt, verwundert es nicht, dass der Mythosbezug in den Analysen der Kommentatoren auf Europa selbst ausgeweitet wird: Wenn mit der gegenwärtigen Griechenlandkrise die Konstruktionsfehler des gemeinsamen Währungsraumes offenbar geworden sind, dann erweist sich die Selbstvergewisserung bzw. die Berufung auf die europäische Schicksalsgemeinschaft als ein mythisches Narrativ, das möglicherweise ins Archiv der Geschichtserzählungen gehört [FAS/28.06].

Apropos Geschichtserzählungen: Eine solche aus der griechisch-mythologischen Antike, die zur Deutung der Verhandlungstaktik der Athener Regierung bemüht wird, ist diejenige des trojanischen Feldzugs, wobei man allerdings anmerken muss, dass sich die Kriegsmetaphorik eher auf den Konfrontationscharakter des Verhandlungsverlaufs bezieht. Vor dem Hintergrund dessen, dass der Auffassung eines großen Teils der Zeitungslandschaft nach die Syriza-Partei den Erfolg des nationalen Wahlergebnisses als Sprungbrett zur Durchsetzung ihrer europabezogenen Reformziele, d. h. als Auftrag zum politischen Umbau Europas, missverstanden [SZ/24.03], und zudem aus dem Friedensprojekt Europa einen Kampfplatz gemacht hat, auf dem Schlachten ausgefochten und Siege errungen werden [WELT/24.02; vgl. dazu TAZ/21.02], lässt sich das Waffengeklirre in manchen Meinungskolumnen leichter nachvollziehen.

Nach dem Lehrstück der homerischen Erzählung kann natürlich der Sieg nicht immer auf dem Schlachtfeld, sondern mit Hilfe von List und Täuschung erfolgen: Wie ihre antiken Vorfahren, so bedient sich (dieser Lesart zufolge) die griechische Regierung, um ihre Umbauziele trotz der Widerstände doch zu erreichen, der odysseischen List: So sind ihre Verhandlungsangebote mit einem trojanischen Pferd vergleichbar, „in dessen Bauch sich nach der griechischen Mythologie bekanntlich Soldaten versteckt [hielten], die Troja erstürmten. Mit Trug und Täuschung“ [SZ/21.02]. Wenn demzufolge der griechischen Regierungsführung Verhandlungsergebnisse attestiert werden kann, dann muss man ihr auch waghalsige Entschlossenheit zuschreiben. In der Tat, es handelt sich um eine Unerschrockenheit, die sogar vor dem Schlimmsten nicht Halt macht: Da sie nach dem umgekehrten Prinzip der Bankenrettung verfährt, d. h. nicht „too big to fail“, sondern „too small to fail“, wohl wissend um die Ängste der europäischen

Regierungen vor einem Dominoeffekt in Folge des Ausscheidens Griechenlands aus dem Währungsraum, ist sie sogar dazu bereit, „das Gespenst des monetären Atomkriegs hervor [zu zerren]: "Wenn eine Seite auf den roten Knopf drückt, verlieren alle"" [ZEIT/05.02].

Wenn dem so ist, dann ist die Nervosität um die europäischen Bemühungen um die Rettung des kurz vor dem Bankrott stehenden Staates unschwer nachvollziehbar, wobei sich allerdings in puncto Rettungsmetaphorik eine gewisse semantische Uneindeutigkeit bemerkbar macht, als unter den Kommentatoren die Meinungen sowohl über den Charakter, die Laufzeitdauer und die Effektivität der Rettung als auch die Frage nach den Rettungsträgern [vgl. dazu FAZ/20.04] und -adressaten auseinandergehen. Uneinigkeit herrscht aber auch in Bezug auf die Fragen, ob a) das zu rettende Land gerettet werden will, und b) die Kredithilfen die Währungsunion überhaupt retten oder nicht vielmehr zerstören [ZEIT/11.06]. Denn zur Problemstellung „Wer rettet hier eigentlich wen?“ [ZEIT/26.03] gibt es unterschiedliche Deutungsansätze, und zwar je nachdem, in welchem Maße man sich am deutschen Regierungsverständnis vom eurostabilisierenden Europakurs orientieren will. Insgesamt aber betrachtet, überwiegen kritisch-skeptische Töne in Bezug auf die Tragfähigkeit der verfolgten, um die Aufrechterhaltung der Euro-Mitgliedschaft Griechenlands bemühten Rettungspolitik – nicht zuletzt deswegen, weil ihre Erfolgsaussichten eher negativ beurteilt werden.

Da ist von einem Handlungszwang die Rede, unter dem der Stabilitätskurs steht und der entgegen gesundem Menschenverstand und ökonomischer Vernunft [FAZ/30.05] die eurobezogene Europapolitik Deutschlands in eine Rettungsgemeinschaft presst [WELT/20.06], welche obendrein u. a dem (nicht gerade wünschenswerten) Ziel zu dienen scheint, die griechischen Ansprüche auf „Daueralimentation“ [WELT/24.03] zu erfüllen. Auf diese Weise wird zwar eine bestimmte Stabilität im Euroraum wiederhergestellt, der Preis dafür dürfte allerdings beachtlich sein, denn diese Rettungstabilität droht zu einem Ritual notgedrungener Hilfsleistungen für ein Land zu verkommen, dessen Regierungen unabhängig von politischen-ideologischer Ausrichtung seit dem Ausbruch der Krise immer die gleiche trotzig-fordernde und selbstgerechte Haltung an den Tag legen [WELT/25.02], wobei die Syriza-Regierung noch weiter gehen und den „Rettungskonsens“, der von den Schuldnern „Wohlverhalten“ [FAS/26.04] erfordert, aufkündigen will.

Das Hilfsprogrammritual lässt sich wiederum als Beweis dafür anführen, dass die EU-Rettungspolitik, zumindest was Griechenland anbelangt, gescheitert ist [WELT/04.01; vgl. dazu FAZ/22.02; und TAZ/16.03], weil sich ja die „Retter“ getäuscht haben und die Milliarden an Rettungsgeldern in ein „Fass ohne Boden“ [FAZ/23.05 und 26.02] bzw. „Schwarzes Loch“

[FAZ/10.02)] geflossen sind³ – nicht zu sprechen davon, auf was man alles hat verzichten müssen: die Gläubiger auf ihre Geldforderungen, die Politiker auf ihren ruhigen Nachtschlaf und die Sparer auf ihre heiß erwünschten Zinsen [FAS/31.05]. Gleichwohl kann man dazu auch sagen, dass diesem Scheitern [vgl. dazu FAZ/15.07] zum Trotz das Rettungskarussell einer bestimmten Logik gehorcht: „Denn die Eurogruppe könnte gut damit leben, wenn es zu keiner endgültigen Einigung kommt. Man kann die Griechen auch knebeln, indem man sie von Monat zu Monat ‚rettet‘ – und ein ‚Grexit‘ ständig möglich bleibt“ [TAZ/23.06]. Diesem „irren Kreditkreislauf“ [TAZ/28.05] liegt sowohl ein ökonomisches als auch – und wichtiger noch – ein politisches Kalkül⁴ zugrunde: Wenn sich das Kreditkarussell nicht weiter drehte, dann müsste sich Griechenland als zahlungsunfähig erklären und der Stabilisierungskurs der deutsch-europäischen Anti-Krisenpolitik seine vergeblichen Bemühungen eingestehen [vgl. dazu TAZ/16.03 und 20.03].

Folgt man dieser Argumentation, dann kommt man schneller der Antwort zur ‚Wer-rettet-wen‘-Frage auf die Spur: Die politischen Krisenbewältigungsmaßnahmen gelten zum größten Teil der Bankenrettung bzw. dem störungsfreien Geschäftsmodus des europäischen Bankensektors, für bestimmte Segmente dessen die Krise, anders als für die nie enden wollende Tragödie der griechischen Bevölkerung, ein „Bombengeschäft“ ist: Deshalb sollte die Rettungsemantik einen eher prosaischen Bedeutungsgehalt bekommen, und zwar in dem Sinne eines quasi Geschäftsförderungsprogramms für französische und deutsche Finanzinstitute [ZEIT/09.07]. Ja, man kann sogar noch einen weiteren Schritt vollziehen und die zinsbezogene Rettungspolitik als selbstbezügliche Operation bezeichnen: „Nach fünf Jahren Krise und einem extrem harten Sparkurs ist der griechische Staatshaushalt erstmals bei einem minimalen Plus – wenn man die Zinsen abzieht. Mit Zinsen ist er immer noch im Minus, was nichts anderes bedeutet, als dass die Eurozone die Zinsen selbst finanziert, indem sie neue Kredite vergibt. Die Eurozone wirtschaftet von der rechten in die linke Tasche“ [TAZ/17.02; vgl. dazu TAZ/20.03].

Im Übrigen, das eurostabilisierende Krisenmanagement ist auch der deutschen Wirtschaft zugutegekommen, allerdings nicht nur der griechischen Zinszahlungen wegen, sondern auf Grund der Stabilität der Euro-Zone und des Binnenmarktes [ZEIT/26.03]. Im Klartext: „Deutschland hat noch dazu am Elend der Griechen gut verdient. Athen muss die Hilfskredite

³ Gleichwohl stellt das Aussprechen dieser unangenehmen Wahrheit in Deutschland – manchen Zeitungsanalysten zufolge – eine Art Tabubruch und Verletzung bestimmter Regeln der ‚political correctness‘ dar – ja man läuft Gefahr, in die rechte Ecke gesteckt bzw. rechtspopulistischer und deutschnationaler Umtriebe verdächtigt zu werden: vgl. FAZ/13.07.

⁴ Oder ein hochriskantes, mit ‚Todesrisiken‘ behaftetes Wagnisunternehmen: Indem die Rettungspolitik „zu hohe Alt-Kredite mit neuen Schulden bezahlen“ wollte, hat sie im Verlauf der Griechenlandrettung „ein Schneeballsystem“ aufgebaut, das sie nun zu „begraben“ droht: vgl. FAZ/07.07.

mit Zinsen zurückzahlen, und die deutsche Wirtschaft profitiert davon, dass die Europäische Zentralbank die Zinsen senkt und den Wechselkurs des Euro drückt, um die griechische Wirtschaft zu stützen. Deshalb können hiesige Firmen ihre Produkte preisgünstig auf dem Weltmarkt anbieten, während der Bund Milliarden an Zinsausgaben spart. Ich frage Dich: Wer rettet hier eigentlich wen?“ [ebd.]. Diese Frage, so sehen es manche Kommentare, wird in Griechenland selbst gestellt, als unter der griechischen Bevölkerung die Auffassung immer mehr an Boden gewinnt, dass die Griechenland-Rettung ohne die Griechen über die Bühne geht, wobei die sich ausbreitenden Enttäuschungs- und Verzweiflungsgefühle in eine „Hoffnungslosigkeit von Schiffbrüchigen“ mündet, „die fürchten, dass das Boot am Horizont nicht zu ihrer Rettung unterwegs ist“ [SZ/21.02].

2. Geduldige Gläubiger, renitente Schuldner

Dass die Rettungsfrage nicht einer konsensfähigen Antwort zugeführt werden kann, hängt wahrscheinlich auch mit dem zusammen, dass die (in der deutschen Medienlandschaft hegemonial zu nennende) Deutung der Anti-Krisen-Strategie als eines Rettungsaktes, der im Geiste solidarischen Zusammenhalts und gesamteuropäischer Hilfsbereitschaft vollzogen werden muss, eigentlich quer zum Deutungsmuster einer Krisenbewältigungssituation steht, die vom Gläubiger-Schuldner-Verhältnis geprägt ist. Wenn diesem generell der Verletzung der monetären Äquivalenzforderung, d. h. der Leistungspflichten seitens des Schuldners wegen ein Spannungsmoment eingebaut ist, so gilt dies umso mehr im Hinblick auf dasjenige printmediale Krisenverständnis, in dessen Zentrum das europäische Spannungsverhältnis zwischen Gläubiger- und Schuldnerländern steht. Dementsprechend richtet sich das Augenmerk der meisten Kommentatoren auf Fragen der Rechts- und Zweckmäßigkeit der „Ziele der Gläubiger“ [SZ/16.07] einerseits, und der (nicht selten zweifelhaften) Berechtigung der „finanziellen Ansprüche“ [FAZ/10.02] bzw. Geldforderungen [FAZ/16.02] von verschuldeten Ländern wie Griechenland andererseits.

Nun, welcher Deutung diese Fragestellungen im Zeitungsdiskurs zugeführt werden, lässt sich nicht ohne das Vorverständnis dessen nachvollziehen, vor welchem europa- und krisenpolitischen Hintergrund das Wiederaufflammen der griechischen Schuldenfrage in der ersten Hälfte des Jahres 2015 kommentiert und analysiert wird. Dazu gehört ohne Zweifel die deutungssteuernde Annahme eines vorbelasteten Krisenmanagements samt negativen Kollateraleffekten für die Kohäsionsressourcen der Union: „Die Währungsunion wurde auf dem Versprechen errichtet, dass keine Nation für die Schulden der anderen aufkommen müsse. Trotz der

vielen Verrenkungen⁵, die gemacht wurden, um wenigstens den Schein zu wahren, glaubt das heute kaum noch jemand. Die Praxis des Biegens und Beugens hat die ohnehin begrenzte Bereitschaft der reicheren und/oder solider wirtschaftenden Nationen, ihren Wohlstand mit den ärmeren und noch stärker auf Kredit lebenden Gesellschaften zu teilen, nicht vergrößert“ [FAZ/23.02]. Hat also die Anti-Krisen-Strategie der Notfallkreditprogramme einen verstärkenden Einfluss auf die Desintegration der europäischen wirtschaftspolitischen Vergemeinschaftung ausgeübt – wobei unklar bleibt, ob ohne die ‚umverteilende‘ Wirkung des kredithilfebasierten Krisenmanagements das Auseinanderdriften von Wirtschaftsleistungs- und Wohlstandsniveaus ein ernstes Zusammenhaltsproblem dargestellt hätte –, dann muss man die aus deutscher Sicht nachvollziehbare Spannungskomponente im europäischen Gläubiger-Schuldner-Verhältnis in der Tatsache verortet sehen, dass sich beim Fehlen eines ausgeprägten Selbstsicherheits- und Zusammengehörigkeitsgefühls [ebd.] schwer eine wohlwollende Auslegung von Hilfeleistungspflichten herbeischaffen lässt.

Im Gegenteil: Die (gefühlte) Fragmentierung des europäischen Raums und die fortschreitende Erosion [SZ/27.01] stellt gewissermaßen die Hintergrundkulisse für allerlei „Abwendungs- und Radikalisierungsprozesse“ [ebd.] bzw. Konflikte [FAZ/10.02] dar, welche den (politisch-finanzwirtschaftlichen) Raum der europäischen Gemeinschaft kreuzweise durchschneiden: Die Spaltungstendenz verläuft sowohl vertikal, d. h. zwischen Geber- und Nehmerländern (d. h. die Nord-Süd-Divergenz), als auch horizontal, d. h. sowohl zwischen wirtschaftsstarken (aber selbst verschuldeten Ländern), als auch zwischen Schuldner- bzw. wirtschaftsschwächeren Ländern untereinander. Kein Wunder also, dass angesichts solch einer bivalenten Spaltungssituation die „Geduld zu Ende“ [FAZ/18.02] ist, die Nerven „blank liegen“ [FAZ/13.03; vgl. dazu FAZ/16.06] und sich über die Kredit(-Vertrauens-)Beziehungen eine Schicht von Animositäten, Schuldzuweisungen und kaum verhohlenen Feindseligkeiten legt – von Beleidigungen und Beschimpfungen ganz zu schweigen [SZ/08.07]. Gleichwohl sollte man (in den Augen der meisten Kommentatoren) Situationsbeschreibungen, die mit dem Begriff der Spaltung operieren, entschieden entgegnetreten, denn es dürfte kaum bestreitbar sein, dass die europapolitische Strategie der griechischen Regierung, zwischen Schuldnerländern und Gläubigerstaaten einen Keil zu treiben, nicht aufgegangen ist [SZ/03.07] – wie denn auch, wo der „provozierende[n] Verdrehung der Realität“ [SZ/18.06], d. h. dass der Schuldner an den Ge-

⁵ Damit sind u. a. die Verletzung des Bail-out-Verbots und die „gigantischen“ Kredithilfeleistungen für Griechenland gemeint [FAZ/26.02]. Nach der Lagebeurteilung eines anderen FAZ-Kommentators werden die Verhandlungen der Gläubiger mit Griechenland über ein drittes Hilfspaket weitere Verrenkungsleistungen abverlangen [FAZ/24.06].

schäftsbedingungen mitschreiben will, von Anfang an strikte Grenzen gesetzt worden sind. Geseheitert aber auch ist das europapolitische Agieren der griechischen Regierung, die europäische Kredithilfe-Politik in einen Streit zwischen Berlin und Athen umzudeuten und die eigenen Versäumnisse, Fehler und Unzulänglichkeiten bei der Umsetzung des Konsolidierungsplans dem „Berliner Sündenbock“ [FAZ/13.03] anzulasten.

Verfolgt man die Argumentationen entlang der ersten (vertikalen) Interessendivergenz, stößt man zuerst auf diejenige makroökonomische Ungleichgewichtsüberlegung, die eine eminente Stelle im Krisendiskurs innehat: Der zufolge lässt sich das Auseinanderdriften des Euroraums, das sich ja in der Aufsplitterung in Gläubiger- und Schuldnerländer markant manifestiert, auf die auseinanderklaffenden Wettbewerbsbedingungen zwischen Süd- und Nordeuropa zurückführen [FAZ/28.01]. Da sich diese jedoch im Rahmen der rigiden, keine monetäre Abwertung zulassenden Regelwerke der gemeinsamen Währung nicht beheben lassen, sollte man der unaufhebbaren Wirtschaftsleistungsunterschiede wegen die Tatsache der faktischen Teilung der Währungsunion enttabuisieren – wie übrigens den ‘Grexit’ auch [FAZ/26.04]. Zur unausweichlich gewordenen Auseinandersetzung mit der aus einer Gläubigerperspektive (möglicherweise) tragfähigeren Lösung der Teilung der Währungsunion in eine Hartwährungs- und eine Leichtwährungszone trägt sicherlich der Umstand der vorhin angesprochenen Rettungsmüdigkeit samt unangenehmen Verrenkungen bei, und zwar insofern, als die politischen Spielräume für die Fortsetzung der Kreditprogramme enger geworden sind [FAZ/21.03]. Schwerwiegender als die Tatsache, dass ein erheblicher Teil der politischen Ressourcen der Kompromissbereitschaft aufgebraucht zu sein scheint, dürfte aber der „Zwist zwischen den Euroländern“ [FAZ/23.03] sein, der ihre europapolitische Kurslinie

- a) nationalistischer werden lässt,
- b) Gläubigerinteressen gegen gesamteuropäische Zweckmäßigkeiten in Stellung bringt, und
- c) für manche Uneinigkeit im deutsch-französischen Kooperationsverhältnis sorgt: „Die deutsche Europapolitik ist im Zuge der Zuspitzung der Griechenland-Krise deutscher geworden, die französische französischer. Der Konflikt zwischen dem Norden und dem Süden in der EU zieht sich nicht nur durch Frankreich selbst, sondern auch durch das deutsch-französische Verhältnis“ [FAZ/13.07] – kein Wunder, denn hier manifestiert sich die Süd-Nord-Spaltung zwischen dem Primat des Rechts (Norden) und dem Primat der Politik (Frankreich/Süden) [vgl. dazu FAZ/28.06].

Diese Beobachtung liefert Anhaltspunkte dafür, der quasi horizontalen Dimension des Gläubiger-Schuldner-Verhältnisses unter den Euroländern untereinander sowie dem krisenbedingten bzw. -verschärfenden Phänomen der Fragmentierung Rechnung zu tragen. Eine wachsende

Skepsis lässt sich unter den deutschen Kommentatoren in Bezug darauf feststellen, ob die Verschuldungsfrage nicht auch einen langen Schatten auf wirtschaftsstarke, aber das Krisenpotenzial der Staatsverschuldung herunterspielende Länder, wie Frankreich und Italien, wirft: Da man trotz mancher Unkenrufe das Schicksal der gemeinsamen Währung nicht primär von der Bewältigung der (anscheinend endlosen) griechischen Schuldenkrise abhängig machen will, fühlt man sich verpflichtet, sich über andere Sorgenfälle zu beugen und die besorgte Diagnosefrage zu stellen, wann endlich und auf welche Weise diese Länder auf einen Staatssanierungskurs schwenken und eine unternehmensfreundliche Wettbewerbsstrategie entwerfen wollen [SZ/05.01].

Aus dieser sorgentragenden Einstellung heraus lässt sich dann sogar die eine oder andere Rüge an die Adresse des französischen Partners bzw. Präsidenten formulieren, der sich anscheinend in der Rolle des Halbreformers gemütlich eingerichtet hat, vom Pfad des Gesundreformierens und -sparens abgewichen ist [SZ/07.01] und die Weichwährung Euro sogar öffentlich richtig gut findet [FAZ/13.03]. Wie (vor allem unter deutschen Kommentatoren) bekannt, gehört ja Frankreich nicht gerade zu den Ländern, die es mit „ihren eigenen Verpflichtungen gegenüber der Eurozone“ genau nehmen [FAS/08.02; vgl. dazu FAZ/09.01]. Schlimmer noch, denn Frankreich legt mit seiner permanenten Verletzung der Stabilitätskriterien offen, wie „sehr die Sitten in der Krise nicht nur in Griechenland verlottert sind“ [WELT/11.06] – mit Griechenland dabei erreichen die Tendenzen der Verlotterung in Europa sogar eine „neue Dimension“ [WELT/17.05]. Und was die Eurozone selbst betrifft, so droht sie ihres „Weichkurses“ gegen Frankreich wegen ihre Glaubwürdigkeit völlig zu verlieren [FAZ/05.01].⁶ Dasselbe gilt grosso modo für den drittgrößten Gläubiger, Italien: Seine höchst angespannte Finanzlage bereitet manch einer deutschen Kommentatorin mit tief verinnerlichter Rettungsmentalität ernsthafte Sorgen: Da das Land zu groß ist, um von seinen Partnern (z. B. Deutschland) gerettet zu werden, muss es sich selbst aus dem (selbstverschuldeten) „Schuldensumpf befreien“ [WELT/28.01].⁷

⁶ Insofern kann – entgegen dem Anschein einer entlang klarer Frontlinien verlaufenden Auseinandersetzung zwischen Griechenland und seinen „Gläubigern“ – von einem Gläubiger-Kollektivsubjekt keine Rede sein. Im Gegenteil: das sprichwörtliche „Exempel“, das am südosteuropäischen Land statuiert wird, gilt in Wahrheit dem ganzen Euro-Raum: „Die Botschaft ist klar wir brutal: Auch Frankreich, Italien und die anderen, die die Regeln verletzen, müssen sich warm anziehen“ [TAZ/21.02; in diesem Sinne der „Abschreckung“ vgl. WELT/17.02]. Für andere Kommentatoren hingegen, stehen die Gläubiger – „wenn auch nicht immer buchstabentreu und oft nur unter Stöhnen“ [FAZ/07.07] – geschlossen hinter den Prinzipien des Gründungsvertrages der Währungsunion.

⁷ Wie angespannt die Lage auch immer sein mag, kann man gleichwohl einen Vorschlag zum Guten machen: Alle tun so, als ob sie die Regeln einhalten bzw. nicht merken, dass nicht „alle Regeln eingehalten wurden. So wie sie es mit dem großen Frankreich heute schon halten. Ein Auge auf, eines, das zwinkert. So ist das Leben“ [ZEIT/26.03]. Die Gefahr dabei ist natürlich, dass sich die Frage irgendwann stellt: „Sind jetzt die Franzosen die Griechen?“ [FAZ/05.03].

Dies einmal gesagt, soll man aber zugleich hinzufügen, dass sich Frankreich oder Italien zwar manchen Vorwurf der Reformverschleppung gefallen lassen müssen, gleichwohl aus ihrer Gläubigerposition heraus selber Flexibilitäts-, Spar- und Reformanforderungen an die Schuldnerländer stellen dürfen, wobei sie sich dadurch der ‚deutschen‘ Position annähern und damit die Reihe der Gläubiger sich wieder schließt [FAS/08.02]. Um die Problemfrage „Wer-rettet-wen“ diffiziler zu machen, gilt dies umso mehr für andere Schuldnerländer wie Spanien und Portugal, bei denen auch Griechenland in der Kreide steht, und welche logischerweise kaum ein (Gläubiger-)Interesse daran haben, die an das andere Mittelmeerland gewährten Hilfsmittel, die ja zur Abfederung mancher Einschnitte und Strukturreformen dringend benötigt wären, „in den Kamin zu schreiben“ [FAZ/02.02; vgl. dazu FAZ/08.02, 30.05, 13.03], bzw. „abzuschreiben“ [WELT/28.01].

Auf Sympathiekundgebungen seitens dieser Länder kann sich der griechische Schuldenstaat auch deswegen keine großen Hoffnungen machen, weil sie die Reform-, Konsolidierungs- und Sanierungslast ohne annähernd „so viel Tamtam“ [FAZ/16.06]⁸, wie bei der griechischen Regierung der Fall, auf sich genommen haben. Zudem soll man auch der Frage Ausdruck verleihen, warum denn die im Vergleich zu Griechenland viel ärmeren (und „darbenden“ [WELT/30.06]) baltischen Länder oder die Slowenen und Slowaken, die „perverserweise im Rettungsschirm bereits viele Milliarden Euro Hilfsgelder an ihre griechischen Miteuropäer überwiesen haben“ [WELT/ebd.], nun wieder „Athen rauspauken“ [FAZ/05.02] oder die „Erhöhung griechischer Sozialleistungen mitfinanzieren“ [FAZ/18.02] sollen. Kurzum, aus den ehemaligen PIGS-Staaten ist Griechenland isoliert zurückgeblieben [FAZ/07.07; vgl. dazu FAZ/26.01] und zudem schlägt dem Land von den ehemaligen Krisenländern eine solche Eiseskälte entgegen, dass man leicht schlussfolgern kann, dass für sie ein Austritt Griechenlands aus der Währungsunion das kleinere Übel wäre [SZ/05.06]. Um die Schuldnersituation abzurunden wird übrigens auf die Tatsache hingewiesen, dass die Frontlinie zwischen Gläubigern und Schuldner(n) mitten durch Griechenland selbst verläuft, und zwar insofern, als sich der griechische Staat zwar über die erdrückende Schuldenlast beschwert, jedoch noch nichts Entscheidendes gegen die Steuerhinterziehung bzw. -flucht und die eines modernen Staates unwürdige Steuermoral mancher Bevölkerungsschichten unternommen hat [FAZ/05.02].

⁸ Sollten sie trotzdem dem griechischen Beispiel folgen und auf Gleichbehandlung [SZ/18.06] bestehen wollen, dann wäre das „Drohpotenzial von Spanien oder Italien ungleich größer als das der Griechen“ [WELT/11.06]; zudem würden dadurch die „Fliehkräfte“ in der Eurozone verstärkt [FAZ/07.07]. Bemerkenswerterweise hat die Kommission unter dem amtierenden Juncker – worauf manch ein deutscher Kommentator mit leichter Verstimmung verweist – Frankreich und Italien indirekt ermuntert, es mit den Stabilitätskriterien nicht genau zu nehmen [FAZ/23.02].

Kein gutes (Vertrauens-)Klima also im von spannungsbeladenen Kreditverhältnissen beherrschten Europa, zumal sich manchem Zeitungsanalysten der Verdacht aufdrängt, dass sich durch den (ständigen) Rettungsmechanismus der Hilfskredite Elemente eines Umverteilungssystems ins europäische Währungsgefüge eingeschlichen haben, ja sich sogar eine „europäische Zweiklassengesellschaft etabliert [hat]: Während die Griechen es als Zumutung empfinden, ihren gepolsterten Sozial- und Rentenclientelismus zu reformieren, können "Partnerländer" solche Privilegien gar nicht erst einführen, weil ihre hart erarbeiteten Überschüsse in Athen verbraten wurden und werden“ [WELT/30.06; vgl. dazu FAZ/17.03]. Solche an das populäre Krisenbild der Boulevardpresse angelehnten und, wenn man so will, polemisch-ressentimentgeladenen Auslassungen stehen zwar nicht stellvertretend für die mehrheitliche Positionierung im Griechenlanddiskurs der deutschen Printmedienlandschaft, spürbar ist gleichwohl im Hinblick auf den Gesamttenor der Analysen eine von Unmuts- und Ungeduldsbekundungen [vgl. dazu FAZ/16.06] gekennzeichnete Stoßrichtung, die hauptsächlich an zwei Typen von Argumentationen ablesbar ist:

Zum einen unüberhörbar ist die Aversion mancher Kommentatoren gegen ein (aus ihrer Sicht) allzu nachgiebiges Entgegenkommen der Gläubiger in puncto Vorbedingungen zur Gewährung der dritten Kredithilfe – da scheut man nicht vor Ultimaten und Androhungen von Abbruch der Verhandlungen zurück: „Europa hat nicht seine Regeln gelockert, sondern sie den Griechen aufgezwungen. Die mögen nun jaulen und jammern, sie müssen sich fügen – oder gehen“ [FAS/08.02] bzw. „die Sparauflagen erfüllen. Punkt“ [ZEIT/20.01]. Andernfalls blüht dem reformsäumigen Schuldner nichts Gutes: Wenn die Gläubiger den Maximen der politisch-ökonomischen Vernunft Folge leisten, gesunden Menschenverstand walten lassen oder auch nur das verständliche „Bedürfnis nach Prinzipienfestigkeit“ [WELT/07.06] befriedigen wollen, dann werden sie sicherlich auch den Mut aufbringen, Athen „den Geldhahn zuzudrehen“ [FAZ/07.03; vgl. dazu FAZ/18.02] – oder, weniger rabiat, der Extremlastung des Gemeinschaftsgedankens durch das nervenstrapazierende Verhalten der griechischen Regierung „große Härte und Entschlossenheit“ [SZ/27.06] entgegensetzen. In einer solchen Lage können „die Euro-Granden“ sogar der Versuchung der Rechthaberei nachgeben und statt der griechischen Regierung „irgendeinen Triumph zu gönnen“ lieber einen Grexit inszenieren [TAZ/05.07] bzw. die Überzeugungskraft ihrer Strategie mit der „vorgehaltenen Waffe“ [TAZ/13.07] des Grexit erhöhen. Denkbar ist aber auch, dass die Bundesregierung eine ‚rote‘ Linie überschreitet, und damit „denen in die Hände spielt, die ohnehin ständig ein Auseinanderfallen der Union befürchten oder es sogar betreiben“ [ZEIT/16.07].

Zum zweiten scheinen die Appelle an das Einheitssubjekt der „Gläubiger“, das zum größten Teil als ein (Völker, steuerzahlende Unionsbürger, nationale Fiskal- und Finanzpolitiken, europäische Finanz- und Kreditinstitutionen, EU-Entscheidungsorgane und den IWF umfassendes) Kollektivsingular im medialen Diskurs fungiert, auf einem einfühlenden Verständnis von dessen Motivlagen zu basieren: So stellt man mit Rührung und Staunen ob der historischen Beispiellosigkeit die „kühle Fürsorge“ fest, „mit der sich achtzehn andere Staaten der EU seit fünf Jahren immer wieder und seit fünf Monaten unentwegt mit dem Schicksal der elf Millionen Griechen befassen“ [ZEIT/09.07]. Zur besonnen-paternalistisch anmutenden Wahrnehmung von Fürsorgepflichten der Geldgeber gesellt sich die Zuschreibung einer europäischen Großzügigkeit [FAZ/18.05], die sich bis zur selbstverleugnenden Hilfsbereitschaft [FAZ/29.06] steigern kann, wobei man allerdings Folgendes hinzufügen muss: Die manchem Hitzkopf aus dem Ministerialapparat, der „via Magazinbericht“ Griechenland gleich die „Folterinstrumente“ aufzeigen möchte [SZ/09.01], zum Trotz bemerkenswerte „Langmut“ [FAZ/29.06; FAZ/02.07] der Gläubiger auch einem eher profaneren, auf die Risikoeinschätzung eines Ausfalls Griechenlands aus der Euro-Zone bezogenen Zweckmäßigkeit- bzw. Kosten-Nutzen-Kalkül geschuldet ist [vgl. dazu FAZ/14.07].

Nachsichtige Vertrauenshaltung trotz gedämpfter Leistungserwartungen in puncto Schuldenabbau und Haushaltssanierung bedeutet jedoch nicht, dass die Geduldsressourcen des geldgebenden Gesamtsubjekts bzw. des Gläubigerkollektivs unerschöpflich sind, denn dem „faulen Schuldenzauber Athens“ [FAZ/05.02] zusätzliches Verständnis entgegenzubringen, oder sogar seiner notorischen Unzuverlässigkeit [FAZ/14.07] mit erhöhter Verhandlungsbereitschaft aus dem Wege gehen, dürfte kaum zumutbar sein: Deshalb sollen die „geduldigen Geber“ den „biestigen Nehmern“ [WELT/30.06] endlich mit Vertrauensentzug [FAZ/06.07] konfrontieren – oder etwas milder ausgedrückt: Soll man „einem unsicheren und undankbaren Kantonisten“ auch noch „mit Milliarden unter die Arme greifen?“ [FAZ/28.02]. Wenn es nun in dieser vielfach „zerrütteten Beziehung“ [WELT/28.06] beim überfälligen, mit harter Konsequenz durchzuführenden Vertrauensentzugsprozess zu einer „Nacht der langen Messer“ [WELT/15.07]⁹ kommt, dann dürfte dies an der Kompromisslosigkeit des griechischen Schuldners liegen, der die Vermessenheit besitzt, ausgerechnet diesen langmütigen Gläubigern seine Verachtung entgegen zu schleudern [WELT/05.07] und zugleich von ihnen verlangt, dass sie „die ganze Zeche zahlen“ [WELT/28.01]. In der Tat, eine verkehrte Welt: Mit so einem Verhalten zwingt das Schuldnerland seinen Gläubigern, vornehmlich Deutschland, den ‚Grexit‘ auf [WELT/06.07], denn es kann ja nicht sein, dass man dem tatenlos zusieht, wie dieses Schuldnerverhalten den

⁹ Gemeint ist das Gipfeltreffen der 19 Staats- und Regierungschefs der Euroländer am 12./13.07.2015.

Weg zu einer Transferunion ebnet, „aus der die frechsten Erpresser das meiste rausholen“ [FAZ/17.03].¹⁰ Wen wundert es denn da noch, dass deutsche Politiker mit der gleichen „Hitzköpfigkeit“ reagieren: „Keine Kompromisse mehr, keine Kredite mehr, unter keinen Umständen, am besten gleich raus aus der Euro-Zone mit den Griechen – deutsche Politiker (...) verlieren gerade reihenweise die Contenance“ [WELT/07.06]. Dies gehört vermutlich auch zum griechischen Schulden- und politischen Drama, das kein Ende nehmen will [vgl. dazu TAZ/21.02].

3. An der Türschwelle: ‚Grexit‘

Dass nach zwei für die griechische Staatsverschuldungskrise relativ ruhigen Jahren (2013-2014) mit der Wahl der neuen Regierung Ende Januar dieses Jahres die Problemfrage (der Absicherung) der Euro-Mitgliedschaft Griechenlands wieder auf der Tagesordnung steht, hängt zwar vorwiegend mit der Fremdwahrnehmung der europapolitischen Zielsetzungen der Syriza-Regierung zusammen, denen man im deutschen medialen Diskursraum die Absicht einer Neujustierung der Konsolidierungs- und Sparpolitik sowie eine Neudefinition der gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik [vgl. dazu SZ07.07] attestiert, verdankt sich aber auch dem Umstand, dass im Vorfeld der griechischen Wahlen darüber berichtet wird, dass für das deutsche Finanzministerium ein Austritt Griechenlands aus dem Euro-Raum verkraftbar wäre [vgl. dazu FAZ/23.05; WELT/28.06].¹¹ Vor dem Hintergrund eines von Regierungsseite schon lange in Erwägung gezogenen und nicht grundlegend dementierten ‚Grexit‘-Szenarios lassen sich manche Aspekte jener Selbstverständlichkeit besser nachvollziehen, mit der in Teilen der Medienlandschaft der ‚Grexit‘ als das Resultat einer dezisionistischen Entscheidungskonzeption und Ausdrucksform einer europapolitisch verantwortlichen Machthandlung einerseits, eines Bekenntnisses zum Notwendigen [WELT/28.06] andererseits, herbeigeschrieben wird – da ist die Rede u. a. von ‚drängen‘ [SZ/11.07], ‚herauswerfen‘ [ZEIT/11.06], ‚ein Exempel statuieren‘ [SZ/27.01; TAZ/21.02; ZEIT/26.03], ‚hinauskomplimentieren‘ [FAZ/22.02].

Demnach gehen die von der „Unausweichlichkeit“ [SZ/07.07; bzw. Unvermeidbarkeit: WELT/04.01] des ‚Grexit‘ überzeugte Kommentatoren mal mit apodiktischer Evidenz, mal aus einer Einstellung besorgten Verantwortungsbewusstseins heraus, manchmal in der Rolle des Ratschläge erteilenden Berufsanalysten, nicht selten mit staatstragendem Gestus und drohender

¹⁰ Der Begriff „Erpressung“ wird quasi inflationär im deutschen medialen Diskurs: Er taucht mindestens 30mal in den hier untersuchten Leitartikeln und Kommentaren auf.

¹¹ Vermutlich lassen sich die Überlegungen des deutschen Finanzministers darüber, Griechenland aus dem Euro-Raum hinaus zu komplimentieren, bis ins Jahr 21012 zurückverfolgen: vgl. dazu ZEIT/26.02.

Miene, daran, für die Alternativlosigkeit dieser Art von Bereinigung der Turbulenzen um die Griechenlandfrage zu argumentieren und der These, dass sich „Hellas kaum noch im Euro halten lässt“ [SZ/04.03] unwiderstehliche Überzeugungskraft zu verleihen. Auf vordergründiger Ebene wird die Unausweichlichkeitsüberzeugung durch den Verweis auf den monatelangen, „quälenden“ Verhandlungsprozess bekräftigt, dennoch stellt die in jüngster Zeit zunehmende Konfrontationsdynamik bzw. Radikalität im Zermürbungsvorgang einer Lösungsfindung nur eine Eskalationsetappe dar, welche die „bittere Kostenrechnung des Trennungsprozesses“ [SZ/27.06] widerspiegelt.

Allem Anschein nach ist die Trennungsnotwendigkeit schon lange herangereift und obwohl die Zäsur eines Ausfalls eines Landes aus dem gemeinsamen Währungsraum nicht gezielt angestrebt worden ist, dennoch muss man Folgendes in Rechnung stellen: Zwar wäre ein Währungswechsel sowohl für Griechenland als auch für Europa eine schwere Belastung und zudem ein „fauler Rettungskompromiss“, der wahrscheinlich die Unionsbürger (mittelfristig) nicht sehr teuer zu stehen käme, gleichwohl ist die Langzeitwirkung der „Umdeutung des Regelbuchs durch Athen“ nur als katastrophal zu bezeichnen, denn sie würde zur „Zerstörung der Währung“ führen [SZ/07.07]. Verständlich deshalb, dass man sich zwar dem Unumgänglichen fügen und den hohen Preis des Verbleibs Griechenlands in der Euro-Zone hinnehmen muss, aber „nicht jeden!“ [SZ18.02]. Da zudem die große Mehrheit der Deutschen weitere Zugeständnisse an Griechenland für falsch hält¹² und sich die „Grexit-Stimmung breitmacht“ [ZEIT/04.07], muss „endlich Klarheit“ her – „soweit das eben geht“ [FAZ/04.07].

Solche Befürchtungen sowie die Empathie für die Unmutsbekundungen des politischen Personals in Berlin und Brüssel motivieren anscheinend manch einen Kommentator dazu, in die Rolle des europapolitischen Beraters zu schlüpfen, um mit der klaren Anweisung, „auf das halbstarke Gebaren selbstbewusst“ zu reagieren und auf den „Notausgang ‘Grexit’ hinzuweisen“ [FAZ/13.02], um die Glaubwürdigkeit Europas zu bewahren. Dieser „Notausgang“ dürfte aber eine eher diplomatische Umschreibung dessen sein, was für andere Kommentatoren eine so verfahrenere und vertrackte Situation darstellt, der man letzten Endes nur mit drastischeren Beschreibungsausdrücken beikommen kann, wie z. B. dass der „Wiederholung des bösen Schuldenspiels“ (mit der „gezinkten griechischen Karte“ [FAZ/10.02] bzw. der „griechischen Revolvertaktik“ [FAZ/16.02]) ein „Ende mit Schrecken“ (ebd.) vorzuziehen und die Euro-Zone einen „chronischen Krisenherd los“ [SZ/25.02] wäre. Da aus dem währungshistorischen Experiment der Griechenlandrettung nicht viel Positives herausgekommen ist und der herkömmliche

¹² Trotzdem will man auch zu Protokoll geben, dass es in Deutschland niemals eine Mehrheit für den ‘Grexit’ gegeben hat: vgl. ZEIT/01.07. Dies dürfte mit der Meinung korrelieren, dass „die Mehrheiten in Deutschland (...) keineswegs den Ressentiments des Boulevards erliegen“ [SZ/16.03].

Methodenansatz, die Krise der EU „mit (deutschem) Geld zuzuschütten“ [FAZ/23.02], an seine Grenzen gestoßen ist, sollte man endlich das politische Tabu brechen [FAZ/05.02] und die Wahrheit unmissverständlich klar aussprechen: „Griechenland gehört nicht in die europäische Union“ [FAZ/22.02]. Und wenn man von der Rechtmäßigkeit eines Tabubruchs sprechen darf, so kann man auch mit gutem Recht das „Dogma zur Disposition“ stellen, dass die Mitgliedschaft eines EU-Staates in die Währungsunion unumkehrbar ist [FAZ/29.06]. Somit zeichnet sich die Entwicklung klar ab: „notfalls fallen lassen“ [WELT/28.01] bzw. „den Daumen über Tsipras senken“ [TAZ/10.07]. Beides ist relativ leicht: Es genügt, dass die EZB den griechischen Banken den Geldhahn zudreht [WELT/17.02; vgl. FAZ/29.06 und FAZ/09.03; siehe dazu TAZ/05.07] – eine verständliche Reaktion übrigens, sieht man sich die unerträgliche „grinsende Selbstgerechtigkeit“ [FAZ/16.06] und die „Unverschämtheit“ an, mit der die Athener Regierung so tut, „als seien die Kredite dem Land aufgezwungen“ [FAZ/16.02].

Nun, wie leicht nachvollziehbar die technische Machbarkeit bzw. finanzökonomische Zweckmäßigkeit des ‘Grexit’ in den Planspielen¹³ deutscher Redaktionsstuben auch immer aussehen mögen, unbestreitbar ist es aber auch, dass die Ausstiegsperspektive zwar ein Schreckensende bedeutet, jedoch die Gefahr nicht aus der Welt schaffen würde, dass sich diese währungspolitische Zäsur mit „ökonomischer Sogwirkung“ [FAZ/26.04] nicht doch schlussendlich in einen „Schrecken ohne Ende“ verwandelt, mit dem anschließenden Resultat eines zur wirtschaftlichen Genesung unfähigen, gegenüber den Gläubigern und den „Herren des Geldes“ [TAZ/28.05] feindselig eingestellten und mit allerlei nationalistischen Ressentiments aufgeladenen Armenhauses [FAZ/23.02]. Es dürfte wohl diese Skepsis darüber, ob die Währungsunion mit dem Ausscheiden ihres „schwächsten Gliedes“ [SZ/09.01] wirklich stabiler wäre, der maßgebliche Grund dafür sein, dass sich in ihrer Mehrheit die um den ‘Grexit’ kreisenden Ausführungen in den Kommentarseiten der Qualitätspresse mit der eher bedachtsamen Abwägung bzw. Risikobewertung der ‘Grexit’-Möglichkeit (nicht Notwendigkeit!) befassen.

Dabei lassen sich zwei Argumentationslinien feststellen: *Zum einen* richtet sich das Augenmerk auf die möglichen politischen Kollateralschäden und Folgewirkungen – vor allem in Bezug auf das europapolitische Krisenmanagement der deutschen Regierung [ZEIT/18.04]¹⁴. Denn sollten sich die Bemühungen, das Land im Euroraum zu halten, als unmöglich erweisen, so würde dies

¹³ Dazu gehören auch die (vom Bundesfinanzminister angestoßenen) Überlegungen zu einem ‚Grexit light‘: Vgl. dazu SZ/09.07; dazu kritisch: TAZ/16.07; WELT/15.07; SZ/26.05.

¹⁴ Es gibt natürlich eine moralische Dimension der Rettungshilfe, denn „Europa kann es sich weder moralisch noch politisch leisten, das Land an seiner Südostflanke in Elend und Chaos versinken zu lassen“ [SZ/11.07].

- a) die ganze Griechenlandrettungsstrategie seit dem Ausbruch der Staatsverschuldungskrise in ein schiefes Licht geraten lassen,
- b) das europäische Projekt als Integrationsidee und Ordnungsmacht diskreditieren [ZEIT/12.02; ZEIT/19.02], sowie den europäische Gestaltungsmachtanspruch in der globalen Welt kompromittieren [FAZ/13.7]; und
- c) für die Merkel-Regierung womöglich ihre schwerste politische Niederlage¹⁵ bedeuten, denn „dann wäre Angela Merkels Rettungspolitik vor den Augen der Weltöffentlichkeit gescheitert, und möglicherweise wäre Europa am Ende“ [ZEIT/11.06; vgl. dazu SZ/09.01].

Zudem muss man Folgendes in Betracht ziehen: Falls die Bundesregierung die Tatsache politisch-parlamentarisch rechtfertigen müsste, dass mit dem griechischen Euro-Austritt beachtliche Belastungen auf die deutschen Steuerzahler zukämen, dann wäre dies ohne Zweifel Wasser auf die Mühlen der euroskeptischen Strömungen in den Regierungsparteien, sowie der eurokritischen Partei ‚Alternative für Deutschland‘ und diverser rechts- und linksnationalistischer Basisbewegungen in Deutschland [SZ/09.01; vgl. dazu FAZ/25.03] und im Ausland [FAZ/16.02].¹⁶ Aus innenpolitischen Rücksichten heraus die bisherige zögerliche, weil einen endgültigen und tragfähigen Lösungsansatz aufschiebende Rettungspolitik fortzusetzen, käme demnach einer Verschärfung der Unsicherheit und der Verunsicherung gleich. Deswegen sollen die Gläubiger – und allen voran Deutschland – sich entscheiden, „was sie eigentlich wollen: eine schwache Regierung in Athen trotz aller Bedenken stützen oder ein Land, das am Abgrund entlangtaumelt, stürzen lassen“ [SZ/30.04].

Allerdings sollte man diesem Dilemma nicht den Charakter eines strikten ‚Entweder-Oder‘ verleihen, sondern vielmehr Einseitigkeiten zu vermeiden wissen und bestimmte Opportunitätsabwägungen anstellen: „Wer heute den Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone fordert, der redet genauso fahrlässig daher wie alle, die Athen nahezu bedingungslos in der Währungsunion halten wollen. Für beide Optionen gilt nämlich: Es kommt darauf an – auf die Umstände, die Konditionen, den Begleitschaden“ [SZ/05.06]. Dementsprechend wäre die Option eines kontrollierten Austritts, die ja den über Jahre hinweg mühsam erarbeiteten Konsens über die

¹⁵ Unter diesem Licht gesehen, spiegelt die ‚Grexit‘-Debatte vornehmlich eine politische Risikoabwägung wider: Allem Anschein nach sind die maßgeblichen Akteure auf europäischer Bühne nicht bereit, ihren nationalen Wählerschaften das „unkalkulierbare Risiko“ [TAZ/02.06] zuzumuten und damit kurz- oder langfristig ihre eigenen politischen Selbstbehauptungsstrategien in Gefahr zu bringen.

¹⁶ Dem ‚Grexit‘ kann man aber im Hinblick auf die europäische politische Landschaft und die nationalen Öffentlichkeiten etwas Positives abgewinnen, und zwar insofern, als er zum „Signal an andere Krisenländer“ werden könnte, „nicht auf linkspopulistische Versprechungen hereinzufallen“ [FAZ/23.05]. Ja, man kann sogar die EU bzw. die Euro-Zone mit einer Schulklasse vergleichen, in der die „Disziplinierung eines unbotmäßigen Schülers“ nicht primär ihm selbst gilt, sondern sich auf die Rahmenbedingungen der pädagogischen Anstalt bezieht, d. h. „die Klasse und ihre Disziplin, die Autorität der Lehrerin und die Gültigkeit der Schuldordnung“: siehe WELT/17.07.

Regelwerke der Wirtschafts- und Währungsunion respektiert, aus Zweckmäßigkeitserüberlegungen die zielgerechtere Lösung, die weder Griechenland irreparable Schäden zufügte noch die EU und ihr Währungssystem zerstörte [SZ/27.06]. Zudem kann man darauf hinweisen, dass der ‘Grexit’ nun mal eine politische Entscheidung darstellt und – was seine juristischen Modalitäten anbelangt –, die europäische Erfahrung des kreativen Umgangs mit dem Vertragswerk der Union (und den Regeln des Europäischen Stabilitätsmechanismus [FAZ/14.07]) eine gewisse Flexibilität beweist, worauf man auch in diesem schwierigen Fall aufbauen kann [FAZ/06.01]. Eine ähnliche vertragsrechtliche ‚Flexibilität‘ lässt sich im Hinblick auf die rechtskräftigen Entscheidungen des deutschen Bundesverfassungsgerichts feststellen, und zwar in dem Sinne, dass nach dem BVerfGE der Unionsvertrag langfristige Vorgaben setzt, die beim Scheitern der Stabilitätsgemeinschaft auch einer „Lösung aus der Gemeinschaft nicht entgegenstehen“ [FAZ/05.03].

Kurzum, wenn der ‘Grexit’ auf Grund der im Krisenbewältigungsverlauf aufgestellten Stützpfeiler und Stabilitätsmechanismen (sowie der „Ruhe“ an den Finanzmärkten [WELT/28.01]) ohne große ökonomische Verwerfungen und Erschütterungen verkraftbar wäre [WELT/11.06], so wäre gleichermaßen der Verbleib Griechenlands in der Euro-Zone nicht mehr politisch „alternativlos“ [FAZ/09.01]. Im Gegenteil: Wenn selbst der Kommissionspräsident verkündet, dass ein ‘Grexit’-Szenario im Detail vorbereitet ist [FAZ/09.07], dann ist die politisch erwünschte Realitätstüchtigkeit des Trennungsvorgangs quasi amtlich beglaubigt – allerdings zeigt das jüngste „Zerwürfnis“ zwischen Deutschland und Frankreich im Vorfeld der Verabschiedung des dritten Hilfspakets für Griechenland eindeutig, dass „der ‘Grexit’ bislang nicht genügend Rückhalt hat“ [FAZ/14.07]. Seinen vornehmlich politischen Charakter behält er aber weiterhin: Da die (finanz-ökonomische) Ansteckungsgefahr gering bzw. nun mehr einzig politisch zu verstehen ist [FAZ/30.01], und die Kollateralschäden beherrschbar zu sein scheinen, hängt Griechenlands Zukunft von einer europapolitischen Entscheidung ab – „will heißen: wenn Griechenland das Wohlwollen der EU-Partnerregierungen derart strapaziert, dass dabei lediglich ein Front National oder eine Alternative für Deutschland oder eine Podemos-Bewegung gestärkt würden, dann ist die Freundschaft beendet“ [SZ/04.03].

Was *zum zweiten* die ökonomischen Aspekte des ‘Grexit’ anbelangt, so teilen sich die Kommentatoren in der Beurteilung der Frage, ob und inwiefern der griechische Austritt die positiven Wirkungseffekte nach sich ziehen würde, die es dem Land ermöglichen, Wachstum zu generieren und seinen Schuldenberg progressiv abzutragen. Für die einen wären die (finanz-)ökonomischen, politischen und sozialen Verwerfungen [vgl. dazu ZEIT/18.06; vgl. dazu SZ/06.06]

gravierend, denn dann würde „das Land bankrottgehen und in wirtschaftliche und soziale Agonie verfallen – mit Ansteckungsgefahr für andere Länder Europas“ [SZ/27.01] und die EU in einem ihrer Mitgliedsländer Zustände erleben müssen, die man eigentlich aus Kriegszeiten kennt [SZ/27.01] – oder gegenwärtig aus manchen Weltgegenden: „Griechenland wird ein ökonomischer *failed state* (Hervorh. im Original) sein – ein gescheiterter Staat“ [SZ/18.06; vgl. dazu ZEIT/11.07; FAS/31.05; SZ/16.07]. Dies kann Europa nicht wollen, und genauso wenig die Möglichkeit auf die leichte Schulter nehmen, dass mit dem Austritt

- a) sich der Euro in eine „Wackelwährung mit Dominoeffekten“ [FAZ/05.01] und die Währungsunion womöglich in ein System von festen Wechselkursen verwandelt, das man „notfalls mit Spekulation knacken kann“ [SZ/25.02; vgl. dazu SZ/05.06],
- b) die EU [vgl. dazu WELT/17.05] und ihre Währung einen irreparablen Schaden davontragen und gegenüber den USA und China eine Schwäche zeigen würden [WELT/20.03] – die Chinesen übrigens fassen die Exit-Option als keine tragfähige Basis für vertrauensvolle Zusammenarbeit auf [FZ/30.06]; und
- c) der griechische Staat nach der Einführung der neuen-alten Währung zum wiederholten Mal seine Unfähigkeit zu Strukturreformen bzw. einer tragfähigen Wirtschaftspolitik beweist [SZ/25.02; vgl. dazu ZEIT/19.02], oder womöglich unter der Last des nach fünf Jahren der Austerität viel höheren Schuldenbergs zusammenbricht [TAZ/21.02].

Für die anderen stellt der (Diskurs um den) ‘Grexit’ eher ein Schreckensgespenst als eine „Katastrophe“ [SZ/13.06] dar: Es mag ja zwar stimmen, dass die Übergangs- und Umstellungsphase nicht gerade in geordneten Bahnen verlief [SZ/25.02], doch das Land – dank der Überbrückungshilfen der europäischen Solidaritätsgemeinschaft – würde sich dann auf den Pfad der wirtschaftlichen Genesung begeben und bessere Wettbewerbsbedingungen wiederherstellen können. In dieser Lesart müsste man am Anfang mit einem weiteren Schrumpfen der griechischen Wirtschaftsleistung und auf Grund der starken Abwertung der Drachme [vgl. dazu FAZ/23.02 und FAZ/29.06] mit einer Vertiefung der Verschuldungskrise sowie einer nochmaligen Absenkung des Lebensstandards rechnen, auf lange Sicht jedoch dürfte Griechenland von den preislichen Vorteilen profitieren [FAZ/16.02], „die abgewertete Neo-Drachme würde den Export beflügeln, und der Tourismus könnte sehr günstige Angebote machen“ [FAZ/23.05], und folglich wäre auf diese Weise dem Land besser gedient [FAZ/23.02] – auch in Bezug auf die Wiedergewinnung der an seine Gläubiger abgetretenen Souveränität [WELT/28.06].

Dieser optimistischen Auslegung der positiven Folgewirkungen der Abwertungsflexibilität der neuen Währung auf die Außenbilanzleistung steht allerdings die nüchterne Feststellung entgegen, dass die (von manchen Ökonomen im deutschen Diskursraum mit der Gewissheit eines

Glaubenssatzes vertretenen) Wettbewerbsvorteile in Wirklichkeit (im besten Fall) eine optische Täuschung sind, denn die Senkung des Preisniveaus und der Lohnstückkosten würde keine signifikante Verbesserung der Handelsbilanzen, ergo der Schuldenstände, mit sich bringen – das Land selbst produziert kaum etwas, aber importiert viel mehr, als es sich leisten kann [vgl. dazu TAZ/23.01]. Darüber hinaus würde die im Zuge der inneren Abwertung unvermeidliche Senkung des Lohnniveaus die Steuereinnahmen einbrechen lassen: Bei anteilmäßig wachsenden Schulden würde dies zu einer „ökonomischen Todesspirale“ [ZEIT/09.07; vgl. dazu ZEIT/25.02] führen. Von den Primärüberschüssen, auf welche die Gläubiger so einen großen Wert legen, kann unter diesen Umständen auch keine Rede sein. Aus diesen Gründen einen ‘Grexit’ zu riskieren, bei dem keiner etwas gewinnen kann, aber doch schon die Sprengung des Euro-Raums in Kauf nehmen muss: „So sieht Wahnsinn aus“ [TAZ/23.06].

Alles in allem eine verfahrenere Lage also, die für eine gewisse Ratlosigkeit in der deutschen Zeitungsanalytikerszene sorgt, wobei man zu allem Überdross in den ersten Monaten des Jahres 2015 auch zur Kenntnis nehmen muss, dass die wiedergewählte britische konservative Regierung ein Referendum darüber abhalten lassen will, ob Großbritannien in der EU bleiben will (bzw. unter welchen Bedingungen). In einer solchen Situation ist man natürlich besonders besorgt um die Lage der Union, der nach dem ‘Grexit’ nun auch der ‘Brexit’ droht¹⁷ – da hilft nur eins: den gordischen Knoten durchhauen, die Spreu von Weizen trennen und der Europapolitik der deutschen Regierung mit gutem Rat zur Seite stehen. So wirft sich manche Kommentatorin in die Rolle des europapolitischen Beraters des Kanzleramts und ruft den Regierenden zu: „Lasst lieber die Griechen gehen als die Briten“ [WELT/11.06] – oder angesichts der hartnäckigen Realitätsverweigerung einer griechischen Führung, die für manchen Kommentator heillos überfordert ist, und in gutmeinender Beratungsabsicht: „Notfalls wäre es besser, die Griechen ziehen zu lassen“ [WELT/06.04].¹⁸ Kann man aber eine kleine Volkswirtschaft „aus dem europäischen Verbund herausschneiden wie ein entzündeter Blinddarm“? [WELT/17.05] Schließlich braucht man ja nicht die wirtschaftswissenschaftlichen Regeln der Spieltheorie souverän zu beherrschen, um erkennen zu können, dass (wenigstens diesmal) das Land eine letzte Chance verdient [ZEIT/17.02].

¹⁷ Von anderen Austritts eventualitäten, wie z. B. „Huxit und Frexit“ [SZ/04.07], ganz zu schweigen.

¹⁸ Züge eines ähnlich gearteten Überheblichkeitsgestus glaubt man in ironischer Absicht am Sendungsbewusstsein mancher Angehörigen der politischen Klasse zu erkennen: „Es geht nicht darum, Griechenland zu retten. „Es geht“, sagt Claudia Roth, „um das Projekt Europa, unsere europäische Idee“, ein höheres virtuelles Gut. Außerdem wäre ein Ausscheiden Griechenlands aus der Euro-Zone „ein unkalkulierbares Risiko für die Weltwirtschaft“. Mit weniger mag sich die grüne Vizepräsidentin des Bundestages nicht zufrieden geben“ [WELT/20.06].

Deswegen sollte man kleinkarierte Exit-Debatten hintanstellen, Überdramatisierungen vermeiden, die Urteilsbildung in pragmatische Bahnen lenken und letzten Endes die Exit-Frage als eine Aufgabe behandeln, welche die EU möglicherweise nicht bewältigen kann. Sollte es ihr aber gelingen, „Griechenland im Euro zu halten, ohne den Euro aufzuweichen, dann ist das keine "Landung mit Ach und Krach" und kein "Mal sehen, wie lange das hält", sondern: das größte politische Kunstwerk dieses jungen Jahrhunderts“ [ZEIT/09.07]. Mit dem erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen für ein drittes Hilfspaket Anfang August 2015 scheinen die Voraussetzungen für die Entstehung dieses Kunstwerks gegeben zu sein. Will man eine vorläufige Bilanz ziehen, dann kann man feststellen, dass Griechenland im Euro bleibt, „ein Grexit, den die BILD-Zeitung und viele Kritiker in Merkels Union herbeigesehnt haben, findet nicht statt (...) Die mächtige Frau Europas hat es vermieden, als Kanzlerin in die Geschichtsbücher einzugehen, in deren Ära die Eurozone zerfällt“ [TAZ/15.07] – einerseits; andererseits kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass damit nicht der entscheidende Durchbruch erzielt wurde, sondern man sich bloß eine Verschnaufpause gegönnt hat: „Also durchatmen, der größte Wahnsinn ist abgewendet. Der normale Wahnsinn bleibt“ [TAZ/13.07] – bis zur nächsten Krise [WELT/17.07].

4. Zur ewigen (Griechenland-)Krise (und ihrem Management)

Die Befunde sind alarmierend: „Dieses moderne Griechenland droht Europa gerade zu zerreißen“ [ZEIT/11.07], denn „noch nie schien die Möglichkeit, dass es¹⁹ die EU zerreißt, so nah wie in den vergangenen Tagen“ [ZEIT/16.07]. Diese (mit einem leicht überdramatisierenden Ton) die Ernsthaftigkeit der Konfliktsituation anscheinend überzeichnenden Krisendeutungen ließen sich auf das Konto des obsessiv anmutenden Interesses der deutschen massenmedialen Öffentlichkeit an der Griechenland(-krisen-)frage verbuchen – wenn sich darin nicht gerade ein Verständnismuster artikuliert, das die Europadebatte um die Verschuldungskrise durchzieht. Dieses Verständnismuster bezieht sich auf diejenige Wichtigkeitszuweisung, die sich sowohl im europäischen, als auch deutschen Parlamentsdiskurs feststellen und auf die Formel einer Exemplarität bringen lässt. Fünf Jahre nach Ausbruch der Schuldenkrise gewinnt der exemplarische Status der Griechenlandkrise die Konturen einer erfahrungsgesättigten Gewissheit, denn

¹⁹ Damit ist die Eskalation des Konflikts zwischen Gläubigerländern und Griechenland nach dem griechischen Referendum vom 06.07.2015 gemeint. Dieses stellt gewissermaßen den Höhepunkt einer Entwicklung dar, die man folgendermaßen beschreiben kann: Am Anfang der Euro-Krise stand die Bankenkrise, die sich in eine Staatsschuldenkrise fortentwickelte, um seit ein paar Jahren die Form der Griechenlandkrise anzunehmen, welche die Aufmerksamkeit des ganzen Kontinents gebannt hält: vgl. WELT/03.07. Zu strauchelnden Banken und rettenden Staaten vgl. auch FAZ/09.01.

„Griechenlands Schicksal ist ein Lehrstück über die Geschichte der Europäischen Union. An kaum einem anderen Land lässt sich so messerscharf ablesen, welche Kräfte auf die Mitglieder der Gemeinschaft wirken – und was die Menschen aushalten. Deswegen ist die Union auch an keinem Land so sehr verzweifelt wie an Griechenland“ [SZ/27.06] – und das mit gutem Grund, denn man darf hier von einer Art Kernschmelze Europas ausgehen, als seine Währung, Werte und Ziele zu verrotten drohen, und die Angst vor dem Verluste eines Mitgliedstaates die Union auszehrt [SZ/13.06]. Erstaunlich nur, „wie viel Gemeinschaft“ trotz all der von der Griechenlandkrise verursachten Strapazen immer noch im Gefüge der Union steckt [SZ/27.06].

Mag die Verzweiflungsdiagnose etwas überzogen anmuten, soll sie doch aber den Sachverhalt zum Ausdruck bringen, dass „der Fall Griechenland zeigt, wie die EU auch im Jahre sieben der Krise noch immer um ihren Wesenskern ringt“ [ebd.]. Die Selbstvergewisserungsprobe, welche die „Causa Griechenland“ der Union aufdrängt, besteht ja darin, dass sich an der Problemlage der griechischen Staatsfinanzen „alle Herausforderungen“ zeigen, „mit denen die Europäische Union zu kämpfen hat“ [SZ/30.06]. Allem Anschein nach geht es dabei um einen alles entscheidenden Kampf, denn der aktuellen Bestandsaufnahme der Lage, wonach „das hehre europäische Projekt der Integration und einer immer engeren Union vor unseren Augen zerfällt“ [WELT/05.04], würde gegenwärtig kaum jemand widersprechen. Wenn dem so ist, dann wird man auch der nach dem griechischen Referendum gestellten Frage ein bestimmtes Verständnis entgegenbringen: „Wird man sich am Ende zu menschenwürdigen Reformen durchringen können? Oder rücksichtslose Schuldensklaverei betreiben? Das ist die Frage, um die es geht. Und sie birgt eine ungeheure Sprengkraft – für ganz Europa“ [ZEIT/09.07].

Dass die Griechenlandfrage eine eng damit zusammenhängende, aber übergeordnete gesamteuropäische Frage aufgeworfen hat, nämlich, wie sich die Wirtschafts- und Währungsintegration weiterentwickelt, Ungleichgewichte abgebaut [vgl. dazu WELT/17.07], Wachstumsprozesse in Gang gesetzt und die Haushaltsfinanzen der EU-Länder auf tragfähige Bahnen gelenkt werden, ohne dass „Politik und Gesellschaft erkranken und die Völker einander zu Feinden werden“ [SZ/27.01], gehört sicherlich zu dem, was man als den Brennpunktcharakter der griechischen Schuldenkrise bezeichnen kann. Zum Brennpunkt bzw. zum quasi (pars-pro-toto-)Exemplum machen die Griechenlandfrage aber auch zwei anderen Problemlagen, d. h.:

a) Am Krisenmanagement der Griechenland-Rettungspolitik offenbaren sich widerstreitende Anti-Krisen-Strategien, aber auch Leitorientierungen für den weiteren Kurs der europäischen Integration: „(...) Das griechische Drama steht stellvertretend für den europäischen Konflikt. Die einen verlangen Wettbewerbsfähigkeit, die anderen Großzügigkeit. Die einen wollen eine Leistungsunion, die anderen eine Transferunion“ – die einen plädieren für ein

Europa, das sich mit Eurobonds gemeinschaftlich verschulden würde, die anderen (d. h. die Deutschen) versuchen ihren europäischen Partnern eine „Union der Wettbewerbsfähigkeit“ abzurufen [ZEIT/24.06]. Dabei spitzt sich der Widerspruch zwischen Solidarität und solider Stabilität, „Milde und Robustheit“ zu – ja, das gefühlt ewige Sorgenkind hat sich als ein Spaltpilz entpuppt, der einen Keil durch die Union treibt [FAZ/13.07]; und

- b) Manche an die griechische Adresse gerichteten Vorwürfe lassen sich bis zu einem gewissen Punkt verallgemeinern: *Zum einen* gilt die häufig geäußerte Kritik, dass das Land über seine Verhältnisse, d. h. auf Pump, gelebt hat, mit gewissen Einschränkungen für andere Euro-Länder auch, wie z. B. Italien und Frankreich, wie von einigen Kommentatoren/innen moniert wird; *Zum zweiten* war zwar im Verlauf der jüngsten Verhandlungen mit Athen über das dritte Hilfsprogramm viel davon die Rede, dass die EU eine Rechts- und Vertragsgemeinschaft [SZ/18.02; FAZ/07.07] sei, in der Verträge respektiert, Regeln eingehalten und Vereinbarungen umgesetzt werden [vgl. dazu FAZ/31.05; vgl. dazu FAZ/09.01], gleichwohl genügt ein Blick auf die gängige Praxis des Umgangs mit den vertragsrechtlichen Stabilitätskriterien, um Regeldilettanten, Vertragsverfechter und Rechtsaposteln eines Besseren zu belehren: So wird den Griechen vorgeworfen, „dass sie permanent die Regeln brechen würden, während ja die Euro-Zone nur durch das Befolgen von Regeln zusammengehalten werde. (...) Zum Beispiel die Drei-Prozent-Defizitregel des Maastricht-Vertrags, die Deutschland und Frankreich zuerst brachen. Zum Beispiel die No-Bail-out-Klausel des Maastricht-Vertrags, die wiederum Deutschland und Frankreich schnell fallen ließen, als es darum ging, ihre Banken zu retten, die sich an griechischen Staatsanleihen bedient hatten“ [WELT/17.07; vgl. dazu ZEIT/24.06]. Insofern sollte man durchaus einen selbstkritischen Ton anschlagen: „Deutschland, das sich doch so viel auf seine Rechtsstaatlichkeit einbildet, ist kein Spitzenreiter in europäischem Rechtsgehorsam“ [FAZ/05.03].

Allerdings kann man zur Ehrenrettung der Griechenlandretter eine Begründung für die Beugung der EU-Verträge anführen, die sich auf den Zusammenhalt der Gemeinschaft und den Solidaritätsgedanken beruft [FAZ/16.06]. Schließlich war die Aushebelung des No-Bail-out-Gebots zwar „problematisch“, weil sie Prozessen einer gemeinsamen Haftung für zu hohe Staatsverschuldung Tür und Tor geöffnet hat, aber andererseits doch schlicht und einfach „alternativlos“ [FAZ/20.06].²⁰ Im Übrigen, es sind nicht die einzelnen oder sogar zahlreichen Rechtsbrüche, welche die Idee der Europäischen Union unterminieren, sondern die

²⁰ Wie für manche Kommentatoren der flexible Umfang mit den europäischen Stabilitätsregelwerken zum Zweck des Verbleibs Griechenlands in der Euro-Zone als „alternativlos“ bezeichnet werden muss, genauso „alternativlos“ ist für andere nun die Aufhebung der Euro-Mitgliedschaft des Landes und der ‘Grexit’: vgl. WELT/06.07.

Aufkündigung des Grundkonsenses über die gemeinsam vereinbarte Ordnung – wie der griechische Fall bezeugt [FAZ/05.03].

Der Beurteilung der Griechenlandkrise als symptomatisch für manch eine Fehlentwicklung in der Union wird erwartungsgemäß nicht zustimmen, wer aus dem beeindruckenden Stellenwert, der dem Krisenverlauf am Süzipfel des Kontinents in Politik und Medien zugewiesen wird, die entgegengesetzte Schlussfolgerung ziehen und die Vorzeichen umkehren will. Diesem Verständnis zufolge ist die Griechenlandkrise eben nicht der Auslöser für bestimmte Vorgänge kritischer Selbstreflexion und überfälligen Umdenkens in Hinblick auf einen gesamteuropapolitischen Kurswechsel, sondern es verhält sich umgekehrt: Der griechische Krisenfall wird gewissermaßen in den Dienst einer ideologischen Auseinandersetzung gestellt und der Sonderfall Griechenland zum „beispielhaften Exerzierplatz“ für die Planspiele linker oder rechter Wirtschaftspolitik, „für Austerität gegen Keynesianismus“ gemacht.²¹ Bei dieser Instrumentalisierung der griechischen Krise für ideologische Zwecke handelt es sich demnach um eine Form kolonialistischer Fremdbestimmung: „Alle, die zu Hause nicht durchdringen – weder mit purem Neoliberalismus noch mit einer Politik des Gelddruckens und Schuldenmachens –, versuchen als ideologische Kolonialisten die griechischen Inseln zu erobern. Schlimmer noch, einige glaubten sogar, mit Griechenland den Hebel gefunden zu haben, mit dem sich die Wirtschaftspolitik im gesamten Euro-Raum in eine andere Richtung kippen lässt“ [ZEIT/09.07]. Zur Zurückweisung der Exemplaritätsthese bzw. Bekräftigung des Sonderfallstatus [SZ/25.02; FAZ/15.07] der griechischen Malaise wird in diesem Argumentationszusammenhang auf die Tatsache verwiesen, dass die Situation in Griechenland einzigartig und mit der anderer Krisenfälle im Mittelmeerraum (oder derjenigen Irlands) unvergleichbar ist [SZ/01.07], weil Irland und Portugal die Hilfsprogramme verlassen konnten, Spanien die Zahlungsunfähigkeit erspart blieb und in Zypern die Erschütterungen des Sanierungskurses nicht heftig ausgefallen sind [FAZ/30.01] – letzten Endes ist Griechenland kein funktionierender Staat im Sinne der Währungsgemeinschaft [ZEIT/18.06].

Vor diesem Hintergrund hat es den Anschein, dass sich der Sonderfallstatus der griechischen Krise im Hinblick darauf, inwiefern ihm das Deutungsschema eines symptomatischen Hinweises auf Kernprobleme in der gegenwärtigen Verfassung der Union unterlegt werden kann, nur durch eine Umdeutung aufrechterhalten lässt, und zwar dadurch, dass man den Blick auf das

²¹ In ihrer (unendlichen) Weisheit glauben manche Kommentator/innen im Inneren der deutschen Stabilitätsburg bestimmte Politiker und Wissenschaftler ausfindig gemacht zu haben, die den übertriebenen Sparkurs kritisieren und eine wachstumsfreundliche Strategie befürworten, wobei sie in Wirklichkeit nichts anderes im Schilde führen, als „eine Fortsetzung des fröhlichen Schuldenmachens auf Kosten der anderen EU-Staaten“ [WELT/11.06].

europäisch-deutsche Krisenmanagement richtet. An der dieser Anti-Krisen-Strategie zugrundeliegenden Konzeption ließe sich dann indirekt aufzeigen, warum der „griechische Patient“ als Hinweisschild für eine allgemeine europäische Schiefelage fungieren kann. „Seit dem Jahr 2009 wird die Rettungspolitik für den Euro von einem Leitgedanken getragen: Wie lässt sich genug Zeit gewinnen, um das Schuldenproblem zu verstehen, volkswirtschaftlich zu lösen und dabei möglichst wenig Schaden anzurichten in der Euro-Zone? Es ist das beklagenswerte Ergebnis des griechischen Referendums, dass diese Strategie an jenem Land gescheitert ist, das die Turbulenzen ausgelöst hat“ [SZ/07.07]. Wenn man den für den Kommentator bedauerlichen Ausgang des griechischen Referendums vorerst außer Acht lässt, dann kann man hier eine Kerndiagnose herauschälen, die sich auf die problematische bis gescheiterte Logik der gekauften Zeit bezieht.

In der Tat, für Teile der den griechischen Krisenverlauf fest im Blick habenden Beobachterszene scheint der hohe Preis, um welchen diese zeitgewinnende Konsolidierungsstrategie erkaufte worden ist, eine ausgemachte Sache zu sein: Man geht dabei sogar einen Schritt weiter und unterzieht den mit Rettungspaketen und Hilfsprogrammen sowie einer europäischen Verträge missachtenden Schuldenvergemeinschaftung [FAS/08.02;vgl. dazu FAZ/06.07] erkaufte zeitlichen Aufschub einer schonungslosen Kritik: „Als vor knapp fünf Jahren, exakt in der Nacht vom 8. auf den 9. Mai 2010, Europa seine Prinzipien verriet und den Vertrag von Maastricht brach, wurde als Rettung camoufliert, was sich im Verlauf als reine Konkursverschleppung entpuppte. Seitdem finanzieren die Euroländer (...) das total überschuldete Griechenland in der Hoffnung, am Ende werde dessen Haushalt saniert und das griechische Volk selbst die Haftung für sein Gemeinwesen übernehmen“ [FAS/22.02; vgl. dazu FAZ/11.07]. Diese Hoffnung scheint in der ersten Hälfte des Jahres 2015 an der Realität zerschellt zu sein, hat sich doch an der tristen Verschuldungswirklichkeit nichts wesentlich geändert: Selbst im sechsten Jahr der Krise lebt das Land – der Auffassung eines rettungskritischen Kommentators nach – immer noch über seine Verhältnisse und seine Ausgaben übertreffen bei weitem die Einnahmen [FAZ/30.05].

Es hilft alles nichts, man dreht sich im Kreis: Neben demjenigen, den man bei der quasi selbstreflexiven Rückbezüglichkeit der Kreditgewährung zum Zweck der Schuldenrückzahlung beobachten kann, haben wir es hier mit dem Phänomen eines Kreisverkehrs zu tun, das sich darin manifestiert, dass Europa zwanghaft einem Land immer von neuem Kredit gewährt, und zwar jedes Mal, wenn es feststellt, dass es mit seiner Schuldenfähigkeit nicht zum besten bestellt ist. Zu diesem Sich-im-Kreise-drehen hat das europäische Management sogar ein eigens dafür ersonnenes Ritual erfunden: Die Beteiligten im Gläubiger-Schuldner-Verhältnis „kosten

die verfügbare Zeit bis zur Neige aus, und irgendwann im Morgengrauen wird ein Kompromiss festgeklopft, der die Auszahlung der noch verfügbaren Kredite im letzten Moment doch noch ermöglicht“ [FAZ/24.06].

Angesichts des in den Zeitungsredaktionen sich ausbreitenden Ausweglosigkeitsgefühls ob der kreisförmigen bzw. auf der Stelle tretenden und kaum einen Hoffnungsschimmer aufscheinen lassenden Rettungsbemühungen, verwundert es nicht, dass manche Kommentatoren den Blick nach innen kehren, um die Krisenbewältigungsstrategie der Merkel-Regierung einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Kritik wird zunächst an dem ausgeübt, was man als die europapolitische Grundlinie des deutschen Krisenmanagements ansehen kann, d. h. jene Priorisierung nationalstaatlicher Interessenwahrnehmung, die in den intergouvernementalen Vereinbarungen der EU-Gipfeldiplomatie ihren unmissverständlichen Ausdruck bekommen hat.²² Der Vorwurf an die Merkel'sche Anti-Krisenpolitik erinnert an die Intergouvernementalismuskritik im Rahmen der Krisendebatten des Europäischen Parlaments, der zufolge der Primat zwischenstaatlichen Interessenabgleichs dem Niveau der europäischen Integration nicht gerecht wird und europäische Gemeinschaftskompetenzen umgeht: „Das wiederholte Scheitern der Rettungspolitik in Griechenland ist in einer Hinsicht auch ein Scheitern der Bundeskanzlerin: Merkel hat eine Methode der Krisenbewältigung durchgesetzt, die im Kern auf zwischenstaatlichen Übereinkommen beruht. Sie will ein Europa, in dem die Mitgliedstaaten grundsätzlich weiter für ihre Finanz- und Sozialpolitik verantwortlich sind und sich in der EU allenfalls abstimmen“ [FAZ/15.07].

Der zwischenstaatlichen Krisendiplomatie kann man wiederum dasjenige Verständnis ablesen, das zu Beginn der Staatsverschuldungskrise die Europapolitik der deutschen Regierung geleitet hat, d. h. dass jedes Land der Euro-Zone allein für seine Probleme verantwortlich ist und deswegen (zunächst) kein europäisch koordinierter Handlungsbedarf besteht. Dadurch – so die Kritik – hat sich die Merkel-Regierung in die Lage gebracht, für eine Lösung des Staatsverschuldungsproblems zu werben, die sie selbst verursacht hat, als sie beim Ausbruch der Griechenlandkrise nicht gleich auf eine gesamteuropäische Lösung gesetzt hat: „Denn auch das ist ein Teil der Wahrheit: Es wäre 2010 sehr wohl möglich gewesen, den Brand bereits im Keim zu ersticken. Man hätte weniger Geld als heute benötigt, um den Finanzmärkten klarzumachen, dass es sich nicht lohnt, auch nur gegen ein einziges Mitglied der Währungsunion zu spekulieren“ [ZEIT/18.06].

²² Zur Verteidigung der Behandlung der Griechenlandfrage mit dem Mitteln des Intergouvernementalismus des Europäischen Rates vgl. SZ/20.02.

Zu spekulieren, d. h. Mutmaßungen darüber anzustellen, ob der eingeschlagene Rettungskurs, der sich in der Formel „Solidarität gegen Solidität“ zusammenfassen lässt, für die Überwindung der Dauerkrise in Griechenland taugt, ist hingegen im Fall der Merkel'schen Europapolitik durchaus legitim, wenn man zudem bedenkt, wieviel sie in zu kurzer Zeit dem Land zugemutet hat. Etwas mehr als Mutmaßungen, nämlich kritische Vorhaltungen, sind darüber hinaus angebracht in Bezug auf die Diskurskoalition, die man am Verhältnis zwischen dem Konsolidierungs- als Sparkurs der Regierung einerseits, manchen Professoren und Politikern andererseits, erkennen kann, die „mit der unverschämten, ja beleidigenden Behauptung, in Griechenland habe sich seit 2010 nichts verändert, Ressentiments geschürt und Reformen erschwert haben“ [SZ/20.04]. Obwohl man dieser Diskurskoalition nicht Sachverstand und einen gewissen Pragmatismus bezüglich bestimmter Abwägungen des Risikomanagements im Rahmen der europäischen Anti-Krisenpolitik absprechen darf, gleichwohl kann man ihr durchaus eine gewisse Engstirnigkeit bzw. Erfahrungsblockade entgegenhalten, und zwar in dem Maße, wie sie auf ihre Fahnen die Kritikresistenz einer „Alternativlosigkeit“ geschrieben hat: „Es gibt keine Alternativen zur Euro-,Griechenland- und Austeritätspolitik, weil die gegenwärtige Euro-, Griechenland- und Austeritätspolitik schon bewährt sei. Also weiter damit. Kein Umdenken. Keine Experimente“ [SZ/23.05].

Wenn aber politische Entscheidungsfindungsprozesse keine abweichenden Handlungsoptionen, komplementär- substitutiven Zielerreichungsstrategien und/oder alternative Zweckrationalitäten zulassen, dann verkümmert die (Europa-)Politik zur Krisenverwaltung, Problemaufschubung und Fortschreibung des Weiter-So-Prinzips [TAZ/02.07; vgl. dazu TAZ/10.07]. Für diesen eingleisigen, Flexibilität und Anpassungsanstrengungen nur von den anderen verlangenden und Einwände in Bezug auf kontraproduktive Auswirkungen und sozial-politischen Verwerfungen der flächendeckenden Durchsetzung der Austeritätspolitik mit dem Mantra „Scheitert-der-Euro-scheitert-Europa“ abschmetternden Europakurs der deutschen Regierung ist ohne Zweifel maßgeblich dasjenige (vorhin thematisierte) „Konstrukt aus zwischenstaatlichen Verträgen, Abkommen und Pakten“, das wesentlich zu einer Renationalisierung geführt, „die Europa mehr geschadet als genutzt – und das Erstarken radikaler Parteien in vielen Ländern befördert“ [SZ/01.07] hat – von nationalistischen Aufwallungen, stereotypischen Feindbildungen und pöbelhaften Anfeindungen ganz zu schweigen.

Den regierungskritischen Stimmen in der Printmedienlandschaft stehen natürlich Problemlösungsbewertungen gegenüber, die dem europapolitischen Agieren Deutschlands gute Noten ausstellen. Zunächst hält man der Verhandlungstaktik der Bundeskanzlerin zugute, dass sie einen Blick darauf ermöglicht hat, „wie Europa wirklich funktioniert. Dem Kontinent fehle es an

Strukturen, heißt es immer wieder, an starken Führungspersönlichkeiten. Doch in Wahrheit gibt es längst eine klare Struktur: Wenn es hart auf hart kommt, gibt Merkel den Ton an“ – schließlich fällt die Entscheidung darüber, ob Griechenland im Euroraum bleiben darf, „nicht mehr in Brüssel, sondern in Berlin“ [ZEIT/11.06]. Wenn dann vor dem Hintergrund der kaum bestreitbaren hegemonialen Machtstellung deutscher Europapolitik manch ein Kommentator einen leisen Zweifel zum Ausdruck bringt, ob „es noch geht“, dass die Bundesregierung deutsche Interessen in Europa „sichtbar durchsetz[en]“ kann [FAS/01.02], dann dürfte man davon ausgehen, dass hier eine Art ambivalentes Machtbewusstsein vorliegt, und zwar aus diesem Grund: Diese Selbstperzeption deutscher Interessendurchsetzung spiegelt vermutlich diejenigen Fremdwahrnehmungen der Vormachtstellung Deutschlands in Europa wider, die man auf folgende Weise beschreiben kann: „Das Vertrauen einiger Europäer in Deutschland, ein gutwilliger Hegemon zu sein, ist gering. Und die Angst der Nachbarn, morgen in einem deutschen Europa aufzuwachen, nach wie vor groß“ [WELT/15.07].

Außer dem europapolitischen Beitrag, für klare Verhältnisse über die Führungsstruktur der Union gesorgt zu haben, weist man der „Schutzherrin der Eurozone“ [FAZ/20.03] – entgegen allen Starsinnigkeitsvorwürfen – eine erfahrungsgeleitete Flexibilität im Umgang mit der Griechenlandfrage zu: Auf der Prinzipienebene hat sie allem Anschein nach einen langen, mit manch einer Lernkurve gespickten Weg zurückgelegt: Spuren eines die Verhandlungen über das dritte Griechenland-Hilfspaket begleitenden Denkwandels glaubt man daran erkennen zu können, dass aus ihrer harten Linie des ‚Scheitert-der-Euro-scheitert-Europa‘ eine politisch eher geschmeidigere bzw. „weichere“ [SZ/24.06] geworden ist, die sich in dem Satz zusammenfassen lässt: ‚Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg‘.²³ Darüber hinaus hat die Kanzlerin wohl erkannt, dass anders als in den Gesetzestexten der Unionsverträge der Realität der Euro-Zone, die ja eine „lebhaft, bunte Welt“²⁴ ist, nur mit einer gewissen Anpassungswendigkeit beizukommen ist, und aus diesem Grund hat sie die (von einigen Politikkommentatoren im In- und Ausland viel) gescholtene Zuchtmeisterrolle²⁵ abgelegt und einen pragmatischen, den Unwägbarkeiten eines (halbwegs) funktionierenden Krisenmanagements Rechnung tragenden Kurs eingeschlagen: „Erst Gesprächsverweigerung, dann Spardiktat, Kredite mit Strafzinsen, dann

²³ Statt den Pragmatismus einer Kompromissfindungsabsicht kann man aber in dieser Handlungsmaxime Züge eines realitätsverweigernden, ja autoritären Dezisionismus erkennen, der dem Primat des Willens unbedingt Geltung verschaffen will: vgl. dazu WELT/20.06.

²⁴ Trotzdem ist ihre „Empathie“ für die „Opfer der griechischen Bürger“ stets eine theoretische geblieben [SZ/01.07].

²⁵ Dies dürfte dennoch ein etwas voreiliger Schluss sein, denn – wie ein anderer Kommentator kurz danach das deutsche Publikum zu versichern weiß – „Europas Zahlmeister muss auch Zuchtmeister sein“ [WELT/15.07].

ein weiteres Einlenken und Schuldenerleichterungen“ [SZ/24.06]. Insofern müssen alle spärkritischen Verurteilungen der von der deutschen Regierung konsequent verfolgten Konsolidierungspolitik energisch zurückgewiesen werden: Weit davon entfernt, dem einfach gestrickten Muster des ‚Sparens-um-des Sparens-willens‘ zu huldigen, hat sie eine Kombination aus Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen angestrebt, welche die Ursachen der Krise beseitigen und die „Rückkehr in eine selbstbestimmte Existenz“ [SZ/01.07] ermöglichen könnten – eine Art Entwicklungshilfepolitik also [vgl. dazu FAZ/23.03].²⁶

Um Früchte zu tragen, braucht diese allerdings, wie bekannt, eine gewisse Zeit – die das europäisch-deutsche Krisenmanagement oft genug nicht zur Verfügung hat. Gekoppelt an die nachvollziehbare Kritik darüber, dass sich die Rettungspolitik letztendlich in einem (wahnwitzig anmutenden) Kreditkarussell erschöpft und einer Logik der gekauften Zeit gehorcht, die bis dato effektive bzw. nachhaltige Antworten auf die Schuldenmisere Griechenlands schuldig geblieben ist, so ergibt sich bei Betrachtung dieses Zeitaspekts die Fragestellung, inwiefern der fortgesetzten Praxis, „dem schlechten noch mehr gutes Geld hinterherzuwerfen“ [FAZ/10.02] bzw. „Griechenland mit neuen Krediten aus seinen Altschulden herauswachsen“ [FAZ/13.07; vgl. dazu FAZ/01.02] zu lassen, nicht doch eine andere, allem Anschein nach vielversprechendere und den Kredit-Teufelskreis durchbrechende Handlungsoption vorzuziehen wäre. Wenn der ‚Grexit‘ keine Handlungsalternative in dem Sinne ist, dass sie durch eine politische Initiative herbeigeführt werden kann – schließlich ist sogar die Bundeskanzlerin im Gegensatz zu ihrem Finanzminister nie vom Kurs der Aufrechterhaltung der Einheit des Euroraums abgewichen –, dann rückt die Möglichkeit einer Initiative zu einem Lösungsansatz des diffizilen griechischen Schuldenproblems, der einen Schuldenschnitt beinhaltet, in den Bereich des pragmatisch Gebotenen und finanzökonomisch Vernünftigen.

So sieht es wenigstens für einen großen Teil der diesbezüglichen Argumentationen in den Kommentaren der deutschen Presse in der ersten Hälfte des Jahres 2015 aus. In der Tat, in der Gesamtschau überwiegen die Argumente für den (einen neuen Anfang für die griechischen Staatsfinanzen ermöglichenden) Schuldenschnitt bzw. eine Neustrukturierung der Schuldenlast [SZ/13.03], wobei sich folgende Begründungen feststellen lassen:

²⁶ In einem bestimmten Sinn lässt sich die Integrationspolitik der Merkel-Regierung mit demjenigen Kurs vergleichen, den der ehemalige Bundeskanzler Kohl bei der Wiedervereinigung verfolgt hat: „Er schlug die ökonomisch vernünftigen, aber politisch irrsinnigen Ratschläge in den Wind. Das Zusammenwachsen der Nation war ihm wichtiger als der Wechselkurs. Mit Europa ist es ähnlich“ [FAS/22.02]. Trotzdem werden Bedenken darüber geäußert, ob diese Art Entwicklungspolitik die richtige ist – ja, der Verdacht, dass die „Griechen Opfer falscher Entwicklungspolitik“ [WELT/06.01] sind, ist nicht von der Hand zu weisen.

- a) *Das höchstwahrscheinlich Unabwendbare.* Wenn es eines Beweises der Unwägbarkeit einer Schuldenrestrukturierung bedurfte, so lassen die seit einiger Zeit mit zunehmender Dringlichkeit vorgetragenen Bedenken des IWF in puncto Schuldentragfähigkeit [vgl. SZ/03.06; vgl. dazu SZ/08.07; FAZ/07.07] an Deutlichkeit kaum etwas zu wünschen übrig. Darüber hinaus kann man auch noch so strenge Auflagen zur Erreichung von Primärüberschüssen dem Land aufzwingen, am kontrafaktischen Sachverhalt der Fähigkeit zur Zurückzahlung der angehäuften Schulden wird dies wohl kaum etwas ändern [SZ/20.06; vgl. dazu FAZ/14.07; auch TAZ/17.02]. Wie teuer auch immer ein verglichen mit dem ersten (2012) noch radikalerer Schuldenerlass Europa diesmal zu stehen kommt, so führt daran kein Weg vorbei, es sei denn, man geht den Weg des 'Grexit' konsequent zu Ende [FAS/04.01]. Um eine schonungslose Bestandsaufnahme der bisherigen Wirksamkeit der Hilfspakete bzw. deren Auswirkungen auf die Steuerzahler wird die deutsche Regierung auf jeden Fall nicht herumkommen können [FAZ/24.06 und FAZ/29.06]. Letzten Endes dürfte eine Umschuldungsaktion auch dann unausweichlich sein, wenn Griechenland aus der Euro-Zone ausgetreten ist [SZ/27.06].
- b) *Das pragmatisch-zweckmäßig Ratsame.* Statt klare konditionale Bedingungen an die Fortsetzung der nach dem gleichen Muster ablaufenden Hilfsprogramme anzuknüpfen, sollte sie man besser zu Voraussetzungen dafür machen, „Griechenland einen Neuanfang zu gewähren“ [SZ/16.06]. Eine zweckmäßige Vollzugsform dieses Neustarts könnte folgendermaßen aussehen: „Die Schulden müssen tragbar sein. Griechenland braucht dazu einen viel höheren Schuldennachlass als bisher gedacht. Dazu müssen die Schulden nicht unbedingt nominell gestrichen werden, aber die Gläubiger müssten für bis zu 30 Jahre auf Zins und Tilgung verzichten, wie der Internationale Währungsfonds vorgerechnet hat“ [SZ/16.07; vgl. dazu TAZ/16.03]. Pragmatisch naheliegend wäre ein solcher Umschuldungsschritt auch in dem Sinne einer nachträglichen Korrektur begangener Versäumnisse: Hätte früher eine Umstrukturierung stattgefunden, dann hätte man sich viel Ärger um die ständigen Griechenlandhilfen sparen können: „Dann hätten die Banken gezahlt, und die Bürger hätten weniger gelitten“ [ZEIT/26.03].
- c) *Das historisch Bewährte.* Das Beispiel Deutschlands, dem im vergangenen Jahrhundert viermal ein Teil seiner Schulden erlassen wurde, kann als eine Art Präzedenzfall eines von erdrückenden Schulden unbelasteten Neustarts fungieren – schließlich lässt sich das deutsche Wirtschaftswunder als eine Folge des Schuldenschnitts auffassen [SZ/25.06] –, sowie zur Widerlegung all derjenigen geschichtsvergessenen Auffassungen dienen, die leichtfertig den Austritt Griechenlands aus dem Euro-Währungsbund propagieren [SZ/16.06]. Erschwerend

kommt hinzu, dass das Krisenmanagement von einer Mutlosigkeit [SZ/01.07] geprägt ist, weil sie keine europa-historische Initiative ergreifen kann, um die währungspolitische Entwicklung Europas mit einer Schuldenkonferenz voranzubringen und die Bewältigung der Krise in Griechenland mit einem Aufbauprogramm [SZ/ebd.] auf sichere Fundamente stellen. Wenn man darüber hinaus im Zusammenhang der Überlegungen über einen längerfristig angelegten Anti-Krisen-Ansatz für Griechenland an das Wiederaufbau-Projekt der Nachkriegszeit zurückdenkt, d. h. an den Marshallplan, dann gehört ein Teil der griechischen Schulden gestrichen: „Es ist psychologisch undenkbar, einen europäischen Marshallplan ins Leben zu rufen und gleichzeitig alle diese fantastischen Schulden Griechenlands nicht anzutasten, die allein auf dem Papier stehen und die nie zurückgezahlt werden können“ [ZEIT/25.06].

Die Argumente, die von denjenigen Kommentatoren ins Feld geführt werden, die einem Schuldenschnitt skeptisch bis ablehnend gegenüber stehen, verhalten sich einigermaßen spiegelbildlich zu denjenigen der Befürworter. So wendet man gegen diejenigen Argumente, die auf die Schuldenschnitt-Empfehlung des IWF verweisen, ein, dass sich die Expertise des IWF hauptsächlich auf außereuropäische Länder bezieht und aus diesem Grund seine Kompetenzen im Hinblick auf die eher überkomplexen europäischen Schuldenprobleme von begrenzter Reichweite sein dürften [SZ/07.07]. Den pragmatischen Zweckmäßigkeitüberlegungen für eine Kehrtwende in der schuldenbezogenen Konsolidierungspolitik hält man entgegen, dass die finanziellen und politischen Folgewirkungen eines zweiten Schuldenschnittes, der ohne Zweifel einem Staatsbankrott gleichkäme, sehr beachtlich wären: „Die Bundesregierung müsste eingestehen, dass sie die Wähler getäuscht hat und viel Geld verloren wäre“ [FAZ/09.01; vgl. dazu FAZ/27.01] – was offensichtlich der Bundesregierung nicht zuzumuten ist, will sie ja die Wähler weder „verhöhnern“ noch „für dumm verkaufen“ [FAZ/16.06], geschweige denn Politik gegen die im Lande vorherrschende Stimmungslage machen [ZEIT/18.06]. Für diejenigen wiederum, die der Möglichkeit des ‘Grexit’-Auswegs zugeneigt sind, hat es schon genug Schuldenschnitte gegeben, drei genauer gesagt [FAZ/28.01] – da verhält es sich ähnlich wie beim ständigen Nachschießen von Krediten: es bringt nichts.

Deswegen soll man sich diesmal nicht mehr über „einen Umschuldungs-Hokuspokus“ [FAZ/06.02], der natürlich nicht mehr Schuldenschnitt genannt wird, täuschen lassen – wie übrigens auch nicht darüber, was sich hinter dem verhedderten Begriffsknäuel (Schuldenschnitt, -erlass, -umstrukturierung, Umschuldung, ‚haircut‘, etc.) verbirgt: der Steuerzahler wird „rasiert“ [WELT/12.07]. Wenn man sich aber doch schon dem Unumgänglichen einer Umstrukturierung beugen muss, dann fühlt man sich zu einer unmissverständlichen Warnung

verpflichtet: „Athen wird seinen Schuldenschnitt bekommen. Er dürfte ‚Umstrukturierung‘ heißen: lange, lange Laufzeiten, welche die Rückzahlung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben. Doch der Schuldenmotor läuft nun schneller, und die nächste Krise kommt wie der Kater nach dem Ouzo-Exzess. Die gute Nachricht: Europa kann sich Hellas leisten. Die schlechte: Italien und Frankreich zu alimentieren, schafft Europa nicht. Die noch schlechtere? Das Athener Beispiel wird die Reformlust der Franzosen und Italiener nicht beflügeln“ [ZEIT/05.02; vgl. dazu ZEIT/26.02]. Beflügeln bzw. die Spekulationsgelüste der Finanzmärkte animieren würde hingegen folgende Entwicklung: Mit einem „freundschaftlichen Schulterklopfen“ wird Griechenland in die Schulden-Freiheit eines Neustarts entlassen. Das kranke System wird dann erneut gemästet, worauf die Finanzmärkte die „griechische Achillesferse nutzen, um den Euro zu attackieren“ [ZEIT/09.07].

5. Selbst- und Fremdverständnisse

Mit der rapiden Steigerung des Aufmerksamkeitspotentials der griechischen Krise auf Grund der Wahlen Anfang des Jahres 2015, wie auch der Erhöhung des Überraschungswerts, der dem europapolitischen Agieren der „Rebellenpartei“ [SZ/05.01] zugeschrieben wird, stellen sich medial-diskursive Bedingungen ein, vor deren Hintergrund man dann Selbstverständnisse und Fremdwahrnehmungen, wie sie sich in der kommentierenden Begleitung der sechsmonatigen Verhandlungen über eine Verlängerung laufender Kredite bzw. ein drittes Hilfspaket beobachten lassen, herausarbeiten kann. Zur Konturierung dieser Selbst- und Fremdperzeptionen gehört zunächst sicherlich ein Beobachtungsblick auf das, was man gemeinhin als die Selbstreflexivität des (Print-)Mediendiskurses zu bezeichnen pflegt, d. h. in diesem Fall Leitartikel, die sich (meist kritisch) auf meinungsbildende Berichte und Kommentare zur Griechenlandkrise samt mitschwingenden Selbstdarstellungen, Identitätszuweisungen und Moralisierungen beziehen.

Was man mit einer gewissen Berechtigung behaupten kann, ist, dass in der ersten Hälfte des Jahres dieser kritische Selbstbezug ein besonderes Merkmal aufweist, denn manche (stereotypisierenden bzw. klischeehaften) Selbst- und Fremdzuschreibungen, welche die ‚erste Phase‘ des printmedialen Griechenlanddiskurses (2010-2012) geprägt haben, sich nun mehr nicht nur in der Boulevardpresse feststellen lassen, sondern gewissermaßen auch in Kommentarspalten der zur Qualitätspresse gehörenden überregionalen Zeitungen. Wenn auch von einer Boulevardisierung der textuellen Verarbeitung des Verhandlungsverlaufs, samt europa- und außenpolitischen Erwägungen, Gläubiger-Positionen, Politikakteuren, Handlungsabsichten und Charakterzuschreibungen, etc., nicht sprechen kann, so kann man aus einer kritischen Mediensicht

jedenfalls Züge eines populistischen Duktus beobachten, dessen Ausdrucksformen man vom Boulevard, über manche seriösen Printmedien bis zu den Rechtlich-Öffentlichen Anstalten nachverfolgen kann. Charakteristisch für eine solche im printmedialen Diskurs selbstreflexiv-immanente Medienschelke, welche die Diffusion ressentimentgeladener Verfeindungen aufs Korn nimmt, ist folgende Situationsbeschreibung der Berichterstattung deutscher Medien kurz vor dem griechischen Referendum: „Aber bei uns heißt es unisono, die Griechen seien schuld. In Kommentaren – wohlgemerkt nicht bloß der Bild-Zeitung, sondern des öffentlich-rechtlichen Rundfunks – werden Regierungschef Alexis Tsipras und seine Leute als Schurken bezeichnet. Der ARD-Brüsselkorrespondent sagt glatt, die Syriza-Jungs gehörten „zum Teufel gejagt“. Verglichen mit diesen Figuren, hatte Karl-Eduard von Schnitzler, Honeckers TV-Scharfmacher, so etwas wie eine Berufsehre“ [TAZ/04.07].

Allerdings hat es nicht des als Eskalation des Konfrontationskurses seitens der griechischen Regierung wahrgenommenen Referendums bedurft, um aus einer medien(selbst-)kritischen Warte aus Phänomene einer Print- und visuelle Medien umfassenden Einheitsfront (eines deutschen Kollektivsubjekts)²⁷ beobachten zu können, in deren Reihen man sich mit der Regierungspolitik einig weiß und darüber hinaus im Namen eines singulären „Wir“ Urteile zu fällen, Ermahnungen zu erteilen und Exklusionswünsche zu äußern, autorisiert fühlt. Schon nach zwei Monaten nach den griechischen Wahlen stellen kritische Kommentare fest, dass im Rahmen des massenmedial geführten Griechenlanddiskurses eine Art Entdifferenzierung der Funktionssysteme von Wirtschaft, Politik und Medien vonstattengeht, als Repräsentanten von allen drei ihre griechenlandbezogenen Beobachtungen den Codes des Erziehungssystems anpassen: Werden so die Grenzen zwischen wirtschaftswissenschaftlichem Fachwissen, politisch-pragmatischer, an interessenabgleichenden Aushandlungsprozessen orientierter Zweckrationalität und journalistischem Objektivitätsanspruch gewissermaßen aufgehoben, so schmiegt sich der mediale Krisendiskurs der pädagogischen Leitunterscheidung zwischen Erziehungsberechtigten und pädagogisch Anzuleitenden an: „Da werden die Hellenen pauschal als Faulenzer verunglimpft, da schwingen sich zweitklassige Politiker, Ökonomen und Kommentatoren bräsig-arrogant zu Schulmeistern auf, da wird ein griechischer Minister in einer ARD-Talk-Show als dummer Junge vorgeführt, dem selbst der größte Hanswurst ungestraft eine verbale Backpfeife verpassen darf“ [SZ/24.03].

²⁷ Dem ein anderes gegenübersteht – will man die Umriss der Griechenladdebatte samt Frontziehungen und Rollenverteilungen skizzieren, dann kann man auf jeden Fall mit der folgenden Beobachtung beginnen: „Auf der einen Seite die korrupten Griechen, die ihr in den Abgrund gewirtschaftet haben, auf der anderen Seite die großzügigen Deutschen, die Milliarden bereitstellen, um dem Land zu helfen“ [ZEIT/26.03].

Überdies hat es den Anschein, als ob sich die schulmeisterliche Erziehungsselbstermächtigung [vgl. dazu TAZ/16.03] auch aus anderen Legitimationsquellen speisen kann, denn man stellt mit einer gewissen Überraschung fest, dass die Verhandlungen über die Kreditbedingungen von einem Spannungsverhältnis zwischen Generationen überlagert sind, das natürlich für manche nervenaufreibenden Asymmetrien, Verständnislosigkeiten und Irritationen verantwortlich zu machen ist: So greift man ein Statement der IWF-Chefin auf, demzufolge der Verhandlungsdialog auf der Ebene einer Kommunikation zwischen Erwachsenen wiederhergestellt werden soll, um den Streit um die Konditionalitätsmodalitäten eines neuen Hilfeprogramms zum Generationskonflikt hochzustilisieren: „In dieser Arroganz der Erwachsenen schimmert das Bestehen auf der Würde der Realpolitik durch. Insofern sind die Probleme bei der Rettung Griechenlands auch eine neue Form des Generationskonflikts – zwischen Gleichaltrigen, von denen sich ein Teil entschieden hat, mit der Unschuld des spiel(theoretisier)enden Kindes ein anderes Europa zu erträumen“ [zitiert in: TAZ/30.06].

Vor dem Hintergrund solcher nicht unerhebliche Situationskomplexitäten reduzierenden Deutungsschemata kann man aus der Sicht medienkritischer Zeitungskommentare darauf schließen, dass das Griechenlandbild, mit dem die Sensationspresse, aber auch ein zunehmend größer werdender Teil des Print- und Fernsehjournalismus operieren, nicht nur dem Schulduktus einer pädagogischen Anstalt sich angenähert hat: „Auffallend oft ist bei der deutschen Berichterstattung die Sprache des Klassenzimmers benutzt worden. Genauer: der altdeutschen Penne, nicht der verachteten Kuschelpädagogik. Griechenlands Premier Alexis Tsipras müsse "nachsitzen", "seine Hausaufgaben machen", Griechenland habe "das Klassenziel nicht erreicht", verdiene "schlechte Zensuren", dürfe nicht länger "den Klassenclown spielen" und so weiter“ [WELT/17.07; vgl. dazu ZEIT/26.03]. Darüber hinaus – um beim Sinnbild einer Erziehungsinstitution zu bleiben – scheint es als Grundlage für bestimmte Prozesse von ‚Wir‘-Bildung in gruppenpsychologischer Selbstvergewisserungsabsicht zu fungieren: „Griechenland als Klassenclown. Wie denn der Fall des Klassen- und Pausenclowns nur der Sonderfall eines bekannten gruppenspezifischen Prozesses darstellt, bei dem die Konflikte innerhalb der Gruppe abgelenkt werden auf einen Außenseiter oder Störenfried, mit dessen Isolierung, Ausschluss oder sonstiger Disziplinierung der prekäre Zusammenhalt gewahrt wird“ [ebd.] – es fragt sich nur, ob sich die zwischenstaatlichen Beziehungen „auf dem Pausenhof“ abspielen [SZ/07.01].

Zieht man die Deutungsmotive eines von verträumten, des Realitätsverlusts verdächtigen [SZ/09.02] und (spieltheoretisch) selbstverliebten Heranwachsenden (wahlweise auch „unver-

schämten und selbstverliebten Mitspieler[n]“ [WELT/30.06]) einerseits, ermahnenden, mangelhafte Schulleistungen bzw. ungebührliches Verhalten²⁸ sanktionierenden ‚Wir‘-Autoritäten eines Kollektives aus „überzeugten Überzeugern“ [SZ/20.06] andererseits, geprägten Erziehungsprozesses zusammen, dann erweist sich dies als anschlussfähig für weitere selbstkritische Diskurseinträge und Beobachtungen. Zunächst weist man in dieser Hinsicht auf ein journalistisches Selbstverständnis hin, dem man diejenige Nähe zum politischen Betrieb attestieren kann, die man vor der Folie eines konstatierbaren funktionssystemübergreifenden ‚Wir‘-Bewusstseins erwarten dürfte.

Zum einen äußert sich die Annäherung zwischen Exekutive und „vierter Gewalt“ in der vorhin angesprochenen Politikberatungsrolle, in der manche Kommentatoren/innen ihren Beitrag zur ‚Krisenlösung‘ der Griechenlandfrage sehen. Um die Funktion einer Realitätsindikation samt unabweisbaren Zweckmäßigkeitserwägungen dementsprechend auszuüben, gerieren sie sich als Ermahner des Unerlässlichen und Bedenkenträger des Korrekturbedürftigen: In diesem Sinne fühlt sich der eine Kommentator in der Pflicht, seinen Unmut über das „ewige Retten“, (bzw. „die fortgesetzte Retterei“ [FAS/31.05]) sowie seine felsenfeste Überzeugung von der kommenden Trennung (d. h. ‚Grexit‘) zu Papier zu bringen, der zweite wagt sich an den Rand rassistisch anmutender Bemerkungen darüber, dass die Währungsunion „italienischer“ werde [vgl. dazu FAS/01.02], und schließlich der dritte echauffiert sich über den weltweit bekanntesten deutschen (Sozial-)Philosophen und wirft ihm seiner Kritik an der Südeuropa aufgezwungenen sozialen Verelendungspolitik wegen „magisches Denken“ vor [alle Zitate: TAZ/02.07]. Ein weiteres Indiz dessen, dass sich Teile der Kommentatorenszene in eine Art vorausseilenden Gehorsams in die Lage politischer Entscheidungsträger unter Krisenstress hineinversetzen, sehen kritische Beiträge in bestimmten ‚self-fulfilling prophecies‘, als deren verbreitetste der häufig herbeigeschriebene ‚Grexit‘ gelten dürfte – hierbei beispielshalber eine kritische Bestandsaufnahme vom Ende Mai 2015: „Nachdem die seit Wochen angekündigte und von der deutschen Presse freudig herbei geschriebene griechische Pleite weder zu Ostern noch zu Pfingsten eingetreten ist, richten sich alle Erwartungen nun auf den 5. Juni“ [TAZ/28.05].

Zum zweiten spiegeln die manchmal unverhohlenen, manchmal währungspolitisch und finanztechnisch verklausuliert vorgetragenen Überzeugungen über einen (vermeintlich) bevorstehenden Austritt Griechenlands (zumindest in den Augen der regierungskritischen Presse) denjeni-

²⁸ „Wie automatisch vervollständigen die Klischees das Bild vom alltäglichen Kleinfamiliendrama: von nicht gemachten Hausaufgaben über den unangemessenen Kleidungsstil bis zum monierten flegelhaften Verhalten auf gesellschaftlichem Parkett“ [TAZ/30.06].

gen Aspekt der Annäherung zwischen journalistischer Kommentar- und Analysearbeit und politischen Krisenbewältigungsbemühungen wider, der sich auf das beziehen dürfte, was von etlichen Kommentatoren als die massenpsychologische Resonanz des Verhandlungskurses der Bundesregierung wahrgenommen wird, d. h. die Kongruenz zwischen dem europapolitischen Kurs der Regierungsführung und breiten Stimmungen in der deutschen Öffentlichkeit. Den ‘Grexit’ herbeizuschreiben bzw. dafür mit der Vehemenz unerschütterlicher Überzeugung zu plädieren bedeutet demnach denjenigen „Deal“ analytisch-kommentierend nachzuvollziehen und (wahrscheinlich) medienwirksam zu verstärken, den man folgendermaßen beschreiben kann: Von einer Kompromissen gegenüber abgeneigten Verhandlungspolitik „profitiert Merkel. Ihr Deal ist geeignet, um an ein verbreitetes Vorurteil der Deutschen anzuknüpfen. Viele BürgerInnen haben eine Erzählung verinnerlicht, die längst nicht nur *Bild* in die Köpfe hämmert: "Diese faulen Luxusgriechen haben unsere Steuermilliarden eigentlich nicht verdient!"“ [TAZ/15.07]²⁹. Wenn dem so ist, dann verwundert es nicht, dass eine unnachgiebige Haltung, ja ein Verweis auf geschichtliche Demonstrationsszenen deutscher Entschlossenheit das Gebot der Stunde ist: „Der Hinweis auf die Schrecken der Vergangenheit fehlt daher selten, wenn es mal nicht so rundläuft. In der *Bild*-Zeitung trägt Merkel seit Neuestem schon mal Pickelhaube. Der *Spiegel* sieht die Kanzlerin dagegen eher im Kreise nationalsozialistischer Besatzer vor der Akropolis“ [ZEIT/16.07; vgl. auch TAZ/10.07]. Da ist der Verdacht, dass „dieses Land nur mehr aus Scharfmachern besteht und in einer regelrechten Kriegspsychose gefangen ist“ [TAZ/02.07], sowie, dass „die griechische Frage aus dem Unterbewusstsein beider deutscher Volksparteien vieles hervor [bringt], was in krisenfreien Zeiten unter der Oberfläche bleibt“ [TAZ/10.07] nicht von der Hand zu weisen.

Selbstverständlich stellen diese Ausprägungen eines an der deutenden Beobachtung der Kommentare über den Verhandlungsprozess zwischen Griechenland und seinen Gläubigern ablesbaren medial-kritischen ‚Wir‘-Selbstverständnisses – gewissermaßen als Beobachtung zweiter Ordnung – nicht den Hauptkorpus der Selbstbezüge und Selbstbeobachtungen dar. Die für die Stabilität der Währungszone als höchst riskant wahrgenommenen Verhandlungen bilden die Folie, auf der sich allgemeine Züge deutsch-kollektiver Identitätszuschreibungen abzeichnen. Zunächst artikuliert sich die ‚Wir‘-Positionierung, die im Zusammenhang mit dem steht, was man als der Politikberater-Gestus etlicher Zeitungskommentare bezeichnen kann, als über-

²⁹ Kommentatoren aus dem anderen politischen Spektrum schätzen die Lage spiegelbildlich ein: Die deutsche Regierungspolitik soll demnach damit aufhören, der deutschen nationalen Öffentlichkeit zu vermitteln, dass sie für die Sparguthaben und ähnliche Zinsbelange braver Landesleute gegen die „Anarcho-Raubritter aus Athen“ gekämpft habe [WELT/29.06; vgl. dazu FAZ/09.03].

zeugte Bekundung dessen, welche Motive dem europapolitischen Handeln der Bundesregierung zugrunde liegen, wie Deutschland seine europäische Führungsrolle wahrnimmt und – im Hinblick auf die geistig-psychische Verfassung des deutschen Volkskollektivs – was zur gegenwärtigen Lage der Nation gesagt werden muss. Zeugnis davon abzulegen, welche Triebfedern die europapolitische Verhandlungsstrategie der Merkel-Regierung auf keinen Fall leiten, fällt manch einem Kommentator einigermaßen leicht, dürfte es doch kaum einem Zweifel unterliegen, dass dazu weder „Hegemoniestreben“ noch „Diktate“ gehören [FAZ/24.03].

Im Gegenteil, die deutsche Führung steuert einen Kurs an, welcher der von der spar- und austeritätskritischen Regierungsprogrammatisierung der griechischen Seite erzeugten Konfrontationsstimmung entgegenwirken will – allerdings mit bescheidenen Resultaten: „Staatsmännische Auftritte deutscher Politiker mit verhaltener Kritik, diplomatische verbrämten Motivationsgesten und oberlehrhaft klingendem Lob für kleine Fortschritte kamen gegen diese Stimmung nicht an“ [FAZ/27.01]. Trotzdem hat die Bundesregierung in ihren Bemühungen nicht nachgelassen, im Geiste europäischer Solidarität auf eine Bewältigung der Griechenlandkrise hin zu arbeiten: So hat die Kanzlerin, der etliche Kommentatoren Lernwilligkeit und Erfahrungsorientiertheit attestieren, ihre anfänglichen Vorurteile beiseitegelegt und sich „so tief in die griechische Materie eingearbeitet, dass sie in Athen jederzeit mitregieren könnte. Enger, intensiver, ja solidarischer kann Europa kaum sein“ [ZEIT/09.07] – zweifellos ein unwillkürliches Eingeständnis der Stichhaltigkeit derjenigen Kritik an der europäisch-deutschen Griechenlandpolitik, die an der Konditionalität der Kredithilfen einen Souveränitätsverzicht der griechischen Politik bzw. die Verwandlung des Landes in eine Art europäisches Protektorat erkennen will. Diesem solidarischen Beistandswillen zum Trotz muss man aber von einer schwer belasteten Atmosphäre im gemeinsamen europäischen Haus ausgehen, weil ja „ein Teil unserer Nachbarn uns nicht ausstehen kann“, obwohl man auch zum Glück hinzufügen kann, dass dies nicht für die Staaten insgesamt gilt, denn für Deutschland „findet sich in allen Nachbarländern auch ein gerüttelt Maß an Bewunderung“ [FAS/01.02]. Dieser steht aber wiederum diejenige Abwesenheit von Zuneigung gegenüber, die in Kombination mit manchen Missstimmungen und Verwerfungen als Folgen der Euro-Krise und der Rettungspolitik für „antideutsche Ressentiments“ gesorgt hat [ebd.].

Vermutlich um der Grundlosigkeit solcher sich ausbreitenden Feindseligkeitsstimmungen und anti-deutschen Befindlichkeiten im europäischen Raum kritikresistente Argumente zuzuführen, sind manche Kommentatoren darauf bedacht, das vorsichtige europapolitische Agieren der Regierung hervorzuheben: „Die Deutschen haben noch für viele Generationen Auschwitz im Gepäck. Im Bewusstsein aller anderen wird es noch lange eine große Rolle spielen (...) In

dem Augenblick, wo wir Führung ausüben, erinnern sich alle wieder daran. Angela Merkel hat mich deswegen mit ihrer Vorsicht beeindruckt“ [ZEIT/35.06]. Umsichtige Vorsicht und vornehme Zurückhaltung kennzeichnen auch die Reaktion der deutschen Regierungspolitik auf die Einwände im In- und Ausland, dass in jüngster Zeit die Figur des herzlosen, „herrischen und hässlichen Deutschen“ [TAZ/16.07] fröhlich Urständ feiert: „Damit muss sich der zurückhaltende Hegemon Deutschland wohl abfinden: Auch das größte Entgegenkommen, auch europäische Integration bis hin zur Selbstverleugnung wird noch als herrisch wahrgenommen, sogar noch in Deutschland“ [FAZ/14.07]. Angesichts solcher zugegebenermaßen unbehaglichen Zustände dürfte es eine trostspendende Gewissheit sein, auf die Tatsache zurückgreifen zu können, dass die Finanz- und Schuldenkrise trotz nervenaufreibender Bank- und Geldangelegenheiten die Nationen Europas stärker zusammengeschweißt hat, als den Völkern selbst bewusst geworden ist – „oder glaubt jemand, Deutschland wäre das beliebteste Einwanderungsland in Europa ohne Euro?“ [FAZ/23.03].

Der einführenden Herangehensweise an die Motivdeutung der Regierungspolitik in Bezug auf die Griechenlandkrise sowie ihre besonnene Europapolitik stehen Beobachtungen zum gegenwärtigen Mentalitätshaushalt der deutschen Öffentlichkeit zur Seite, die Einblicke in die nationale Volksseele gewähren. Zur Untermauerung des umsichtig-besonnenen, ja „geschmeidigen“ [vgl. dazu WELT/06.04] Europakurses der Merkel-Regierung wird z. B. die Überzeugung angeführt, „dass die Deutschen, denen auch abgesehen von ihrer bösen Vergangenheit der Ruf der Prinzipienreiterei vorausseilt, sich nicht noch unbeliebter als ohnehin schon machen wollen“ [FAZ/31.05]. Zudem trägt die auf ein konzilientes und widerstreitenden Interessenlagen ein ausgewogenes Verständnis entgegenbringendes Agieren bedachte Regierungspolitik manchen massenpsychologischen Befindlichkeiten Rechnung, als deren wichtigste in diesem Zusammenhang diejenige Disposition der Deutschen angesehen werden sollte, die sie dazu motiviert, „überall in der Welt runde Tische aufzubauen, als ‚ehrliche Makler‘, Geldgeber und emsige Wandler zwischen den Fronten zu wirken – nicht nur weil sie Krisen und Konflikte selbst auf Dauer nicht aushalten, sondern eben auch, weil sie ihre nervenschwachen Pappeneimer zu Hause kennen“ [WELT/16.06]. Da die Deutschen „schwache Nerven“ haben, „behaglich leben möchten“ und „wenn es überhaupt Sorgen geben muss, dann sollen sie allenfalls knurrenden Haustieren gleichen, von denen man sich im Grunde nicht zu fürchten braucht“, versucht die Regierungspolitik diesen „Zustand des allgemeinen Wohlbefindens mit allen Mitteln zu bewahren“. Unglücklicherweise wird aber die deutsche Nervenschwäche manchmal in strategische Planspiele einkalkuliert, wie z. B. in der Verhandlungstaktik der griechischen Regierung und ihrer „kühle[n] Analytiker der deutschen Gefühlslage“. Trotzdem sind „Europa

und die bundesdeutsche, republikanische Demokratie zu wertvoll, um sie für die Griechen zu beschädigen“ [ebd.].

Was einerseits im Hinblick auf nationale Grundstimmungen ein behutsam-bedächtiges, der deutschen Konfliktaversion Rechnung tragendes und unliebsame Erinnerungen an unselige Zeiten durch Kooperationswillen und Vermittlungsbereitschaft zerstreues Vorgehen der Regierungspolitik angerechnet werden kann, muss andererseits aber doch insofern einer Kritik unterzogen werden, als es die Bundesregierung, bestrebt wie sie ist, nationale Grundgefühle mit harmonie- und behaglichkeitsstörenden Lästigkeiten zu verschonen, „versäumt hat, die Bürger über die Eurokrise aufzuklären. Gute Politik ist nicht, einfach nur den ahnungslosen Nationalismus der eigenen Wähler zu bedienen“ [TAZ/19.07; vgl. dazu WELT/16.06]. Zudem kann von einer außen- und europapolitischen Leitorientierung, welcher ‚Diktate‘, aufoktrozierte Problemlösungen und Hegemoniebestrebungen fern liegen, kaum die Rede sein: So darf man den Beteuerungen der deutschen Führungspersonals, nämlich, dass sich das Unionsgebilde für hierarchische Gefolgschaftsbeziehungen nicht eignet und Deutschland keineswegs die Rolle eines quasi Alleinherrschers zukommt, wenig Glauben schenken, denn anders ist der „weltweite Zorn über Deutschland“, der „in Südeuropa besonders hochkocht“ [SZ/15.07] nicht zu erklären. Der zornige Unmut des europäischen Umfelds, der sich in der Frage artikulieren ließe: „Wer hat eigentlich die Deutschen zum Richter über die Völker bestellt?“, ist darauf zurückzuführen, dass die von der Bundesregierung durchgesetzte Sparpolitik „vielen als ökonomischer Nationalismus“ gilt, der „zu Untergangsängsten und Abstiegsszenarien“ führt – schließlich ist „die schwäbische Hausfrau außerhalb Deutschlands kein Sympathieträger“ [ebd.].

Apropos, ‚schwäbische Hausfrau‘ und ihre „Mildmädchen-Logik“ [TAZ/30.06]: Wenn europapolitisches Handeln auf innenpolitische Rücksichten zurückgreifen will, die sich in legitimatorischer Absicht auf sozialpsychologische Gegebenheiten, kollektive Selbstzuschreibungen und nationale Typisierungen berufen, dann ließe sich dem entgegen, dass man ebenso mit Recht auf den „anal-raffenden Nationalcharakter Deutschlands“ verweisen kann, der sich beim Bundesfinanzminister „calvinistisch-schwäbisch mit Lustfeindlichkeit und aufgeschobener Triebbefriedigung bis zur Selbstkasteiung paart“ [TAZ/30.06]. In diesem Sinne, und sollte dieser Eigenschaftszuschreibung eine veridische Funktion zukommen, dann wäre die Vermutung nicht abwegig, dass man sich darüber nicht zu wundern braucht, dass a) Demagogen verschiedener Couleur nun im Rahmen der Rettungspolitik eine ausgezeichnete Chance gewittert haben, Deutschland und seinen Verbündeten vorzuwerfen, dass es ihnen „nur um die Bestrafung des für Protestanten moralisch verwerflichen Schuldenmachens und um das hartherzige Eintreiben von Krediten“ geht [FAZ/27.01] und b) „die neuen Volkstribüne“ die eigenen Gesellschaften

spalten und die europäischen Völker „gegeneinander hetzen“ [FAZ/09.01] – mit den üblichen Mitteln fremdenfeindlicher Stereotypen [vgl. dazu FAZ/13.02; FAZ/29.06; SZ/24.03].

Dementsprechend kann man von einer spiegelbildlichen Aufwallung nationalistischer Einstellungen sprechen: Statt sich selbstkritisch zu zeigen, verharren beide Seiten im Modus einer stur-kompromisslosen Selbstgerechtigkeit, „als ob sie lieber ihre Verletzung oder ihre Kränkung durch den jeweils anderen bewahren wollten“ [SZ/20.06]. Fühlen sich die einen in ihrem Nationalstolz verletzt [vgl. dazu SZ/10.02], gedemütigt [ZEIT/16.07] und von den als aufoktroierten empfundenen Staatssanierungs- und Sparmaßnahmen zu Objekten fremdherrschaftlicher Kontrolle und „Befehlsempfängern“ [SZ/11.03] herabgestuft – ja fertig gemacht [WELT/15.07], erteilen sich die anderen im Namen solider Währungsstabilität und gesamteuropäischer Verantwortung den Erziehungsauftrag, einem europäischen Land fiskal- und finanzpolitische Mores sowie Benimmregel auf europäischem Parkett beizubringen [TAZ/16.03; vgl. dazu SZ/21.02].

Aber auch wenn man solchen Urteilen nicht zustimmen möchte, so lässt sich auch bei manchen regierungskritischer Einstellungen unverdächtigen Kommentatoren eine gewisse Distanzierung vom Kurs des Bundesfinanzministers beobachten, und zwar in Bezug auf seinen Entwurf eines temporären Austritts Griechenlands aus der Währungsunion: Mit solchen Initiativen, die mit Insignien einer dezisionistischen, die europäische Gemeinschaftsmethode missachtenden Entscheidungsmacht ausgestattet sind, wäre aber „die EU nicht zu regieren. Schon Schäubles Winken mit dem Pausenpapier ist innerhalb der Eurozone (...) als unerträglicher Versuch gewertet worden, die ganze EU auf die Linie der schwäbischen Hausfrau zu bringen. Deutschland ist der einflussreichste Staat Europas, doch kann (und will) es alle anderen nicht nach seiner Pfeife tanzen lassen. In der Rolle des Zuchtmeisters kann man politisch schnell vereinsamen“ [FAZ/14.07]. Diese Vereinsamung muss man aber womöglich in Kauf nehmen, denn Deutschland bleibt wider Willen eine Führungsmacht: Diese Tatsache kann zwar „Europa nicht ertragen“, doch dabei muss man bedenken, dass „nicht die deutsche Vorherrschaft in Europa eine Gefahr für die europäischen Staaten“ ist, und sogar nicht der ‚Grexit‘, sondern vielmehr der ‚Gerxit‘, „der Exit Germanias!“ –, und zwar dann, wenn die Entzauberung Europas ein kritisches Stadium erreicht hat und zum „Missgunst und Verdruss“ [WELT/15.07] – oder „Überdruss am griechischen Selbstmitleid“ [FAZ/18.02] – umschlägt.

Zu diesen von einer gewissen Europaverdrossenheit geprägten Gefühlslagen dürften auch diejenigen griechenlandbezogenen Fremdwahrnehmungen beitragen, denen zufolge Land und Volk dem Verdacht unterliegen, in puncto Europatauglichkeit einiges zu wünschen übrig zu lassen. Zwar würde nicht die Mehrheit der Kommentatoren so weit gehen als zu behaupten,

dass der auf Pump finanzierte griechische Sozialstaat lateinamerikanische Verhältnisse in den Euroraum einführt und die Gefahr heraufbeschwört, dass „ein Venezuela in der Ägäis“ [SZ/25.02] entsteht, vernehmbar ist nichtsdestotrotz eine gewisse Skepsis darüber, ob sowohl vom politischen System her als auch im Hinblick auf bestimmte Mentalitätseinstellungen (einer Mehrheit) der griechischen Bevölkerung sich selbst sowie Europa gegenüber. Was Letzteres anbelangt, so wird die Vermutung zum Ausdruck gebracht, dass der größte Teil derjenigen, die die Syriza-Partei an die Macht gebracht haben, der Ansicht gefolgt ist, dass „das Land ein Grundrecht auf immerwährende Alimentierung durch die EU“ genießt, wobei sich dieses Recht auf die „praktische europäische Solidarität“ gründen soll – deswegen die Bestrebungen der alt-neuen griechischen Elite „des maroden Landes, das Vereinbarte zu verzögern, zu unterminieren, zu zerbröseln“ [WELT/15.07].

Zur Begründung dieser das griechische Europaverständnis prägenden Diskurskoalition zwischen Regierung und Volksmehrheit wird die Auffassung vorgebracht, dass „wie im Deutschland des Jahres 1932 im Griechenland der Gegenwart ein Großteil der Bevölkerung „der Geldwirtschaft müde bis zum Ekel“ (Oswald Spengler) [ist]. Sie hofft auf eine Erlösung irgendwoher. Sie sehnt sich nach einem Ton von Ehre und Ritterlichkeit. Sie träumt von Cäsaren, ohne Wert darauf zu legen, welchen Löchern sie entsprungen sind“ [WELT/27.01]. Sollte man einer solchen Auffassung nicht übermäßig großes Vertrauen entgegenbringen wollen, dann lässt sich auf plausible Erklärungen zurückgreifen, die eben nicht die Geldmüdigkeit bzw. Finanzkapitalaversion samt Wutausbrüchen gegen die Zinsknechtschaft, populistischen Verführungen und autoritären Neigungen, in den Mittelpunkt der Krisendeutung stellen, sondern vielmehr das Gegenteil, nämlich die mit der (zugegebenermaßen erschwindelten) Einführung der neuen Währung höchstwillkommene Möglichkeit, in den Genuss von billigen Krediten zu kommen: „Die Aufnahme in die Währungsunion hatte Griechenland eine Scheinblüte und einen Lebensstandard auf Pump beschert, der den Griechen den Euro wie ein Geschenk der Götter erscheinen ließ und noch heute erscheinen lässt“ – die Tatsache aber, dass der Euro an bestimmte fiskal- und finanzpolitische Bedingungen gebunden und mit der „Aufgabe von nationaler Souveränität“ [FAZ/07.07] verbunden ist, wurde übersehen bzw. war denen nicht bewusst, die sich nun mit stolzgeschwellter Brust auf die nationale Selbstbestimmung berufen. Zudem scheinen die nationalpatriotische Gefühlsaufwallung und das anschwellende Souveränitätspathos im auffälligen Spannungsverhältnis zu dem zu stehen, was man als ein eigentümliches Demokratie- und Staatsverständnis im gegenwärtigen Griechenland bezeichnen kann. Obwohl sich das politische System an demokratischen Grundsätzen orientiert, wäre es doch irreführend, dies mit dem zu verwechseln, wie das institutionelle Gefüge des demokratischen Systems in den Erfahrungs-

und Lebenswelten der Gesellschaft verankert ist, und zwar als gelebte Alltagswirklichkeit dessen, was man (mehr oder weniger) als demokratische Sittlichkeit, gemeinwohlorientierte Gesinnung und republikanisches Ethos zu bezeichnen pflegt.

In Griechenland scheint das Demokratieverständnis von diesen Merkmalen insofern abzuweichen, als „sich die Griechen, obwohl sie seit fast zwei Jahrhunderten unabhängig sind, wie Gefangene ihrer Geschichte“ [FAZ/02.07] verhalten: Anscheinend immer noch in der Tradition des orientalischen Despotismus befangen, sehen sie im griechischen Staat zuerst und zumeist den willkürlichen Herrscher, ungerechten Despoten und ausbeuterischen Steuereintreiber. Wenn man unter diesen Umständen von einem Gesellschaftsvertrag, wie demjenigen, auf den die westlich-europäischen Demokratien ihre Staatswesen gegründet haben, nicht wirklich die Rede sein kann, dann muss man sich unter griechischer Demokratie heute eher das Gegenteil dessen vorstellen, was der Begriff in der Antike bezeichnete: Bürgerpartizipation, basisdemokratisch organisierte Bürgeröffentlichkeit, Gemeinwohlgesinnung, etc. Gegenwärtig herrscht eine besitzindividualistische Anspruchsmentalität, die Einzelinteressen zu Lasten der Gemeinwohlorientierung den Vorrang gibt [ebd.] – vom Staat als Selbstbedienungsladen für das klientelistische Gefolgschaftssystem ganz zu schweigen: „Klientelismus und Vetternwirtschaft haben dazu geführt, dass heute viele Menschen im Staat ein Gebilde sehen, das entweder der persönlichen Vorteilmehrung dient oder aber übers Ohr gehauen werden will“ [SZ/01.07]. Dabei dürfte es sich zugleich um eine Art eigennütziger „populärer Staatsverachtung“ [WELT/15.07] handeln.

Wenn sich demnach der griechische Gesellschaftsvertrag vom Typus westeuropäischer sozialstaatlich-marktwirtschaftlicher Ordnungen absetzt, so muss man von einer griechischen Eigentümlichkeit im gemeinsamen Europahaus sprechen, die sich bezeichnenderweise durch eine Äquivokation bei der neugriechischen Identitätszuschreibung bestätigen lässt: „Denn was Griechenland für Europa bedeutet, wird in Deutschland über den Schuldenärger manchmal übersehen. Griechenland liegt in der Zwielflichtzone. Manche Griechen sind sich selbst unsicher, wo sie zwischen Westen und Osten, oströmischer und osmanischer Vergangenheit hingehören. Wenn sie in Athen in ein Flugzeug Richtung Paris oder Berlin steigen, sagen sie: „Ich fliege nach Europa““ [ZEIT/26.03]. Für manch einen Kommentator lässt sich diese Äquivokation im Hinblick auf die außenpolitischen Initiativen der neuen Regierung in Athen in der Fragestellung einer eindeutigen Positions- und Zugehörigkeitsbestimmung umformulieren: Das Land muss sich demnach entscheiden, „in welcher Zeit“ es lebt und „welcher Welt [es] angehören will:

dem freien, vereinten Europa, in dem der Ausgleich der Interessen unter den Bedingungen demokratischer Herrschaft eine für alle schwierige Angelegenheit bleiben wird, oder der Einflussphäre der asiatischen Despotie (...) ? Die Party (...) ist in jedem Fall vorbei“ [FAZ/23.02].

6. Zur Lage der Union

„Gleichzeitig ist Europa zum Kotzen“ – dies ist zwar ein harsches, nicht unbedingt verallgemeinerungsfähiges und bestimmten politisch korrekten Sprachgepflogenheiten zuwiderlaufendes Geschmacksurteil, welches nichtsdestotrotz einen gewissen Anspruch auf Zustimmungstauglichkeit erheben darf, sieht man ja doch mit welcher „morbider Lust“ sich Europa „herunterredet, anstatt das respektable und Anständige an sich selbst zu sehen“ [ZEIT/09.07]. Womit wir es dieser kritischen Bestandsaufnahme eines medial-diskursiv vermittelten europäischen Selbstbildes zufolge zu tun haben, ist eine Art sich performativ prozessierender Verfallserzählung, die in einer selbstbestätigenden Form die Rezeptionsanweisung ihrer Darstellung der gegenwärtigen Lage der Union gleich mitliefert, denn die Begriffe, mit denen sie operiert, wie z. B. ‚Versagen‘ oder ‚Scheitern‘, sind mehr apodiktische Feststellungen als reflektive Erwägungen, mehr Mitteilung eines Verlautbarungsjournalismus als politisch-analytische Begründungen, kurzum, vermeintlich offensichtliche Positivitäten. Die das Phänomen einer das Scheitern des europäischen Projekts herbeischreibenden Zeitungspublizistik in den Fokus der Kritik stellende Argumentation will die Notwendigkeit eines verständnisorientierten Umgangs mit dem Alarmzustand der Union nicht leugnen, sondern sich vielmehr auf die aus ihrer Sicht wirklich akuten Krisen- und Unruheherde beziehen, d. h. solche Gefahren wie Russlands geostrategischer Kurs, die Unberechenbarkeit der Finanzmärkte, die Islamismus-Bedrohung und wichtiger noch, die Flüchtlingskrise [ebd.; vgl. dazu ZEIT/25.06; vgl. dazu FAZ/16.06].

Diesem externalistisch ausgerichteten Krisenverständnis, das von eher ‚äußerlichen‘ Bedrohungspotentialen und der Unerlässlichkeit einer geopolitischen „Wehrhaftigkeit“ [ZEIT/09.07] ausgeht und ansonsten die aus der Finanz- und Schuldenkrise resultierenden Problemstellungen und Reformanforderungen über die zur Verfügung stehenden Krisenmanagementressourcen für bewältigbar hält³⁰, wird natürlich von denjenigen Krisenauffassungen entschieden widerspro-

³⁰ Letzten Endes ist es (für Außenstehende) schwer nachvollziehbar, dass sich die Entscheidungsträger der Union wochenlang über die griechischen Mehrwertsteuersätze und das Rentenaltersalter beugen, statt sich wichtigerer Themen anzunehmen, wie die Friedensordnung und die Implosion mehrerer Nachbarregionen Europas: vgl. WELT/29.06; dazu SZ/11.07.

chen, welche die Selbsterneuerungsfähigkeiten und Problemlösungskapazitäten des Institutionsgefüges der Union an Grenzen angelangt sehen³¹. Dementsprechend setzen sie der Ansicht, dass die Finalität der Integrationsentwicklung nicht so wichtig ins Gewicht fällt, wie der Aufbau einer für die oben genannten ‚äußeren‘ Gefahren robust gewappneten Union [ebd.], entgegen, dass das Bild einer europäischen Einheit, die gemeinhin als „Bollwerk der Freiheit, der Stabilität und des Wohlstands“ gilt, sich aber nun von den Krisenunruhen „vor ihren Toren“ herausgefordert sieht, nicht in vollem Maß – um es milde ausdrücken – den Realitäten innerhalb der ‚Festung‘ Rechnung trägt, weil „in ihren Mauern Unfriede“ herrscht [TAZ/23.02]. Friedlose europäische Zustände mit kriegsähnlichem Charakter glaubt man z. B. in der Vereinbarung eines dritten Hilfspakets für Griechenland beim Gipfel der Euro-Staaten (13.07.2015) zu erkennen, die der griechischen Verhandlungsseite harte Bedingungen abgerungen hat, welche gewissermaßen einem Sieg für die Gläubigerstaaten gleichkommen: „Die Niederlage musste so deutlich ausfallen, um potenzielle Nachahmer abzuschrecken. Shock and Awe auf Europäisch, nur ohne Waffen“ [ZEIT/16.07].

Selbstverständlich bedarf es nicht unbedingt solcher martialischen, an Bestrafungsexpeditionen erinnernden Situationsbeschreibungen, um (mindestens) einen Unruheherd im europäischen Funktionssystem auszumachen und darüber hinaus die für die externalistische Position wie eine apokalyptische Narretei anmutende Krisendiagnose zu wagen, dass die Selbststeuerungsressourcen der Union, ihrer „gut geschmierte[n] Gesetzesmaschinerie und emsige[n] Geschäftigkeit“ [WELT/19.03] zum Trotz, nicht einmal dazu reichen, den gegenwärtig zu beobachtenden Erosionsprozess des morschen europäischen Hauses [FAS/28.06] aufzuhalten – auch wenn Griechenland in der Euro-Zone bleibt, „die Auflösung der Währungsunion hat begonnen“ [TAZ/29.06] und die Fundamente der Union werden angegriffen [FAZ/23.06]. Nun, dem Finalurteil der internalistischen Auffassung: „Die EU steht vor dem aus“ [WELT/ebd.], dürfte, wie dem eingangs zitierten, keine allgemein beherzigte Beurteilung der Lage der Union darstellen, obwohl man seine Daseinsberechtigung schwerlich in Abrede stellen kann, angesichts all derjenigen Krisenphänomene und Dysfunktionalitäten, die im Verlauf der Krisenbewältigung offen zutage getreten sind.

So gesehen dreht sich die Deutungsdivergenz zwischen externalistischer und internalistischer Krisenauffassung um die Frage, wie ein den gegenwärtigen Problemlösungsaufgaben adäquates Mittel-Zweck-Verhältnis aussehen soll: Während jene die vorhandenen Funktions-

³¹ Für die kritischsten bzw. wagemütigsten Geister unter den Internalisten ist die Krisenlösungskapazität der Union zurzeit die einzige Ressource, aus dem sich der Zusammenhang der europäischen Staatengemeinschaft speist: vgl. WELT/20.06.

Ressourcen der Union für den aus der Staatsverschuldungskrise sich ergebenden Handlungsbedarf als zureichend auffasst, ihnen aber nicht vertrauen kann, anderen (z. B. geopolitischen) Herausforderungen gerecht zu werden, zieht diese die Problemlösungskapazität des Unionsgefüges in Zweifel, und zwar nicht nur im Hinblick auf die „Bekämpfung von Migration und Terrorismus, aber auch [die] Außen- und Verteidigungspolitik“ [WELT/19.03], sondern auch auf immanente Problemfelder, wie z. B. die Ausrichtung der Wirtschafts- und Finanzpolitik, Streitfragen um politisch-institutionelle Kompetenzen, Macht- und Entscheidungsstrukturen, Zugkraft und Tragweite der Integrationsdynamik, etc.³²

Überblickt man nun die um die intern-extern-Differenz kreisenden Argumentationen, so stellt man fest, dass die meisten Kommentatoren für eine internalistische Krisendiagnose plädieren – nicht ohne Grund, wenn man sich manche Grundsatzfragen vor Augen führt, vor deren Beantwortung der Kurs des europäischen Projekts abhängt: „Eine Union mit zunehmenden Einkommensdisparitäten und einem dramatischen Legitimitätsdefizit in weiten Teilen der Bevölkerung. Ein Gebilde ohne Antworten auf seine *finalité*: Wo liegen die Grenzen der EU? Wie soll die Balance zwischen nationalen und supranationalen Kompetenzen aussehen? Wo endet die „Überwindung der Teilung des europäischen Kontinents“, wie es in der Präambel des Unionsvertrags so schön heißt?“ [WELT/19.03]. In der Tat, es handelt sich um orientierungsleitende Fragestellungen, die den inneren Bestand und Zusammenhalt Europas als Integrationsprojekts tangieren, obwohl sich selbstredend unterschiedliche Auffassungen davon beobachten lassen, welche Gewichtung die Kommentatoren den einzelnen Facetten des Problemzusammenhangs beimessen bzw. welche Gemeinschaftsmerkmale zur Wesensbestimmung des Europaprojekts gerechnet werden. Was die Bestimmung anbelangt, so wird hier der Fokus der Kommentare darauf gelegt, wie man den aktuellen Stand der europäischen Integration bewerten muss.

Spricht die externalistische Auffassung von einer „Finalität aus Fatalität“ [ZEIT/09.07], d. h. einer mehr oder wenige stabilen Selbstläufigkeit fortschreitender Integration, will man vom Gesichtspunkt der Immanenz der Krise aus diesen Selbstlauf nachdrücklich in Frage stellen: Zwar möchte die internalistische Auffassung nicht die Tatsache leugnen, dass trotz mancher Rückschläge, wie z. B. das Scheitern der europäischen Verfassung in den Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden, das die Integrationsdynamik gebremst hat, die Gerichtetheit des Prozesses erhalten blieb. Was man jedoch seit dem Ausbruch der Staatsverschuldungs-

³² Nimmt man die äußeren Krisenursachen und „Gewitterfronten“ hinzu, so ist es um die Flugsicherheit des „Europa-Jets“ nicht zum Besten bestellt: „Die Blitzeinschläge lassen das Flugzeug schwanken, doch es stürzt nicht ab. Wie lange noch?“ [ZEIT/13.06].

bzw. Griechenlandkrise beobachtet, sind bestimmte Anzeichen dafür, dass die Vorwärtsbewegung der Integrationsvertiefung³³ nicht nur zu einem temporären Stillstand gekommen, sondern gewissermaßen rückläufig ist [SZ/04.07] – die jahrzehntelang den Einigungsprozess leitende Fortschrittsvorstellung „vorwärts immer, rückwärts nimmer“ [FAZ/29.06], d. h. der die Union prägende entwicklungs-dynamische Grundsatz, dass Stillstand schon eine systemische Gefahr darstellt, scheint außer Kraft gesetzt zu sein. Der Rückläufigkeitsverdacht stützt sich auf Krisenperzeptionen, die von der Annahme eines zur Realität gewordenen Europas mit unterschiedlichen Integrationstiefen wie sowohl die hartnäckigen Schwierigkeiten bei der Bewältigung der griechischen Verschuldungskrise, aber auch die Weigerung Großbritanniens, der Zielvorgabe einer immer enger zusammenwachsenden Union zu folgen [vgl. dazu FAZ/28.01] zeigen. Auch wenn man diese Wendezeichen nicht ins Begriffsfeld eines Entwicklungsrückgangs in der bis dato relativ stabilen Verlaufsform der Integration hineingestellt wissen möchte, so sollte jedoch auf jeden Fall bedacht werden, dass unter den gegenwärtig schwer zu übersehenden Desintegrationserscheinungen die Zielsetzung aus der EU-Präambel einer zeitgemäßen Neuauslegung zugeführt und die Finalitätsvorstellung d. h. die „enger werdende Union“, zugunsten einer mit „Notausgängen“ [FAZ/29.06] ausgestatteten Situationsvariabilität aufgegeben werden muss – dies würde übrigens der externalistischen Position Rechnung tragen, denn diese Variabilität würde die Statik des Unionsgefüges, das „mit genug Belastungen und Bedrohungen von außen zu kämpfen hat“ [ebd.], um einiges stabiler machen.

Die Flexibilitätsanforderung fungiert auch als Umakzentuierung des Konzepts europäischen Voranschreitens im Hinblick auf bestimmte Fragmentierungsphänomene, die den europäischen Raum durchziehen. Nach einer Lesart stellen sie eine Art dialektische Begleiterscheinung des Integrationsfortschritts dar, und zwar in dem Sinn, dass je mehr sich die Völker Europas im Verlauf des Integrationsprozesses im Rahmen gegenseitiger Abhängigkeit, wirtschaftspolitischer Verflechtung und organischer Interdependenz [SZ/13.07] näher gekommen sind, desto deutlicher ins Bewusstsein getreten sind manche nationalkulturbedingte Abweichungen von gemeinsam vereinbarten Konvergenzvorgaben und Integrationszielen: Demnach haben auf Grund von Mentalität, Kultur und historischer Prägung [vgl. dazu FAZ/07.07] die einen „kein Problem damit, „ein bisschen Inflation“, die anderen haben panische Angst vor ihr“ – was aus deutscher Sicht besonders bedenklich ist, denn „für die einen könnte das schöne Leben auf Pump immer so weiter gehen, die anderen aber sehen nicht mehr ein, warum sie das noch länger bezahlen sollen“ [FAZ/23.02].

³³ Die man mit folgenden Worten beschreiben kann: „Die EU ist mehr als nur ein Staatenverein. Sie will Europa dauerhaft zusammenbringen, gerne mal wachsen und keinesfalls schrumpfen“ [SZ/13.06].

Im Widerstreit dieser unvereinbar anmutenden Umgangsweisen mit den Konvergenzregularen fortschreitender Integration spiegelt sich wiederum das vermutlich schwerwiegendste Hindernis zum Kohäsionsfortgang wider, die Tatsache nämlich, dass „die meisten Mitgliedsländer niemals bereit waren, auf wesentliche Souveränitätsrechte zu verzichten. Dieser bewusste Integrationsverzicht rächt sich nun“, als die Konstruktionsfehler eines Systems, „intern verzerrter Wechselkurse, allokativer Fehlentwicklungen und großer sozialer Disparitäten“ [WELT/19.03] zu den gegenwärtigen Stillstands- und Rücklauferscheinungen geführt haben. Insofern kommen die für den Zusammenhalt der Union bedrohlich gewordenen Krisenherde nicht von außen, sondern die größte Gefahr „schlummert“ [WELT/29.06] im Inneren der Union, denn auf der Ebene sowohl der Institutionen politischer Entscheidungsbildung als auch der staatsbürgerlichen bzw. medialen Öffentlichkeiten setzt sich zunehmend eine Abgrenzungsmentalität durch, wobei zugleich die Bestimmungsgrundlagen für eine gemeinsame Verständigung über Ziel und Zweck der Union zu erodieren scheinen.

Seismographische Wirkung kommt in diesem Zusammenhang der Griechenlandkrise zu, als sie Fragen, z. B. der Souveränitätsübertragung oder des Homogenitätsgrades der Währungsunion, – ja der Diskrepanz zwischen Ambitionen und Realität [FAZ/13.07] – aufgeworfen hat. Zum Glück sorgt die um sie geführte Debatte „mit bildender Zentripetalkraft“ dafür, dass die Integrationskonzepte weiterhin um einen europäischen Kern kreisen [FAZ/06.07], obwohl andererseits kaum Zweifel daran bestehen dürften, dass ein mögliches Scheitern der Währungsintegration dem Unwillen geschuldet sein wird, entscheidende Schritte zum Ausbau der politischen Union zu vollziehen [vgl. dazu WELT/17.07] – es sei denn, der gegenwärtige Zustand der Union, der zwischen Hegemonialbildung einerseits („deutsches Europa“ [SZ/15.07]), Desintegration andererseits, oszilliert, setzt sich einfach fort, und zwar auf der Grundlage dessen, was von etlichen Kommentatoren als die Bindungskraft der Kompromisskultur gepriesen wird. Sollte dies jemand als zu dürftig für einen operativen Funktionsmodus einer reaktions- und durchsetzungsstarken Union erscheinen, so gibt es zunächst Folgendes zu bedenken: „Legionäre hielten das Römische Reich zusammen. Kompromisse die Europäische Union. Ein enormer Fortschritt“ [SZ/13.06].

Zudem hat sich im Verlauf der Griechenland-Verhandlungen, in denen die Athener-Regierung der (vermutlich kraft ihrer Kompromisskultur) „wohltemperierten“ Gemeinschaft zu „einer bis dahin nicht gekannten Härte“ gezwungen hat [ZEIT/16.07], gezeigt, dass kompromissorientierte Aushandlungsprozesse nicht mit Einigungsritualen auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner gleichzusetzen sind, sondern vielmehr Ausprägungen des europäischen Gestaltungs-

und Konfliktlösungsprinzips darstellen [SZ/07.07; vgl. dazu FAZ/30.06; FAZ/23.06] – ja sogar eine zivilisatorische Errungenschaft, wenn man bedenkt, dass

- a) das Kompromissprinzip „seit mehr als einem halben Jahrhundert“ dafür sorgt, „dass die Staaten Europas einigermaßen miteinander auskommen“ [ZEIT/19.02]³⁴ und
- b) es diesem Prinzip zu verdanken ist, dass der „epochale Bruch“ (d. h. nach dem Abbruch der Verhandlungen und dem darauffolgenden griechischen Referendum) abgewendet werden konnte [SZ/14.07].

Da dies offensichtlich eine notwendige, aber keineswegs zureichende Bedingung dafür ist, dass die Union der Erreichung der selbstgesetzten Integrationsziele näher kommen kann, richten etliche Kommentatoren das Augenmerk auf andere institutionsrechtliche und normative Gemeinschaftlichkeitsressourcen, auf die sich das krisengeschüttelte europäische Bewusstsein stützen kann. Die Selbstvergewisserung dessen, was die Gemeinschaft nicht nur durch den Wandel in Krisenzeiten hindurch zusammenhält, sondern auch integrationsbezogen entwickeln lässt, vollzieht sich zunächst als Berufung auf die unhintergehbare Schicksalsgemeinschaft Europas: „Die EU ist eigentlich eine Verbesserungsgemeinschaft, eine Union zum Wohle Aller, nicht zum Schaden Einzelner. Als die EU 2007 ihr Jubiläum feierte, tat sie das mit dem vielsinnigen Satz: Wir sind zu unserem Glück vereint. Man hätte auch weniger emphatisch sagen können: Wenn wir glücklich bleiben wollen, sind wir zur Gemeinschaft verdammt“ [SZ/27.06]. Gehört der Verweis an die unwiderrufliche Partizipation am europäischen Vervollkommnungsprozess gewissermaßen zum Standardrepertoire selbstbefragender europäischer Subjektivität, rücken nun im Rahmen der Griechenland-Verhandlungen Identitätsüberzeugungen stärker in den Vordergrund, welche auf die Bindungskraft rechtsgemeinschaftlicher Strukturen abheben.

Auf die durch Vertragswerke, Rechtsabkommen und zwischenstaatliche Vereinbarungen gebildete rechtsgemeinschaftliche Prägung der Union, d. h. die Tatsache, dass „nicht mehr die politische oder wirtschaftliche Macht eines Staates zählen [sollte], sondern gemeinsame Regeln“ [ZEIT/11.06], muss ständig verwiesen werden, „denn was sonst hält Europa zusammen? Der Verweis auf antike Mythenbilder oder der Blick auf die zahlreichen Kriegsgräberstätten liefert keine Maßstäbe für praktische Politik. Und Recht, insbesondere das internationale, ist ja nichts anderes als in Vertragsform gegossene Politik“ [FAZ/05.03; vgl. dazu FAZ/06.07].³⁵

³⁴ Z. B. im Februar 2015 scheint dies offenbar der Fall zu sein. Denn in puncto Verhandlungsstrategie der Gläubiger gegenüber den griechischen Forderungen ist es dieser Kompromisskultur zu verdanken, dass die Athener Regierung mehr Zeit bekommt und die „Geldgeber ihre finanzpolitischen Zwangsjacken der aktuellen Athener Frühlingsmode anpassen“ [FAS/22.02].

³⁵ Der Auffassung eines untergeordneten Stellenwertes des antiken Erbes zur Konstitution der Europaidee kann man natürlich (nicht ohne Humor) widersprechen: „In Griechenland wurde Brüssel praktisch erfunden, ohne die griechische Kultur gäbe es weder eine Glühbirne noch eine Staubsaugerregelungsverordnung.

Zudem kommt der rechtsgemeinschaftlichen Rahmenordnung eine Ergänzungs- bzw. Korrektivfunktion in Bezug auf die eingeübten Verfahren kompromissorientierter Lösungsfindung zu, und zwar deshalb, weil „die Europäische Union eine Rechtsgemeinschaft [ist], die vor allem davon lebt, dass kein Partner dem anderen Unzumutbarkeiten aufbürdet“ [SZ/29.01], wobei dieses von den unionsvertraglichen Rechtsregularien und -normen nahegelegte Unzumutbarkeitsgebot die Kompromissneigung davon abhält, in Verletzung der Vertragstreue, Rechtsbeugung und Vertrauensbruch auszuarten [FAZ/14.07]. Gleichwohl, wie der Bewältigung der Griechenlandkrise anzumerken ist, bietet die der Rechtsgemeinschaft zugrunde liegende Regelgebundenheit kaum Gewähr dafür, dass „der Verfall rechtlicher und moralischer Institutionen und Normen“ [FAS/31.05] mittelfristig aufgehalten werden kann.

Diesen Verfallsprozess inbrünstig zu beklagen, legt jedoch von einem Unionsverständnis Zeugnis ab, das manch ein Kommentator von irregeleiteten Annahmen durchzogen sieht: Zwar geben die mannigfaltig gearteten Schief lagen, wie z. B. „Missmanagement, Realitätsverlust, Selbstblockade, wachsende Entfremdung seines Apparats von den Bürgern“ [WELT/29.06], Anlass genug, dem Einigungsprojekt kaum Erfolgsaussichten zu bescheinigen, dennoch kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Kritikversessenheit vieler Euro-Skeptiker und Europa-Verdrossener auf eine überschwänglichen Erwartungshaltung gegenüber dem Verlaufstempo der europäischen Integrationsgeschichte zurückzuführen ist. Wenn dagegen etwas am Funktionshaushalt der Union auszusetzen ist, dann eben eher diejenigen Einstellungen, in Politik und Öffentlichkeit gleichermaßen stark präsent, die sich aus „selbsterstörerischem Ressentiment, verwöhnter Denkfaulheit und modischer Überheblichkeit“ [ebd.] einer Art Identitätsvergessenheit schuldig machen, und zwar insofern, als sie die Tragweite Europas als des „postimperialen Projekt[s] eines demokratisch abgesicherten Verbunds“ [ebd.] missachten.

Gleichwohl scheint diese Argumentation kaum in der Lage zu sein, diejenige Überzeugungskraft aufzubringen, die nötig wäre, um mit denjenigen skeptischen Haltungen umzugehen, die am politischen Einigungsprozess keine Vollzugsform eines wertgetragenen Grundkonsenses erkennen können. Gewiss, man müsste nicht unbedingt so weit gehen, als der Union jegliche wertegründete Gemeinschaftlichkeit abzusprechen, um sie dann ein „Konstrukt“ zu nennen, „dessen wichtigste Aufgabe darin besteht, den Selbsterhalt zu sichern, ein Kartenhaus ohne Ausgang, ein Neuschwanstein der Lüfte, dazu geschaffen, den Bauherren zu huldigen und pompöse Feste zu feiern“ [WELT/20.06]. Bedenken dürfte man dagegen berechtigterweise darüber

Griechische Denker legten die Grundlagen für alle Abgasnormen, Rauchverbote und Allergikerhinweise, auf die wir heute zu Recht so stolz sind“ [WELT/07.01].

hegen, ob das Konzept Europas selbst als einer politischen Union nicht einer „rückwärtsge- wandten Idealisierung“ geschuldet ist, die ihrerseits einer „Sakralisierung“ der Union Vorschub leistet, welche wiederum über die Frage souverän hinwegsetzen lässt, „welche finanziellen Dauerbelastungen die dann vollendete Transferunion ihren Mitgliedern aufbürden würde“ [FAZ/28.06; vgl. dazu FAZ/27.06]. Dass man hier die politische mit einer Transferunion gleich- setzt, der eine ungerechte Lasten- und Kostenverteilung, oder überhaupt einen Mechanismus, der „den Deutschen das Geld aus der Tasche zieht und es ‚den anderen‘ in die Tasche steckt“ [WELT/13.01], unterstellt wird, stellt keine Einzelmeinung der ‚Anti-Sakralisten‘ dar, sondern reflektiert eine gewisse Aversion etlicher deutscher Kommentatoren gegen das, worauf aus ih- rer Sicht die politische Einigung hinausläuft: eine „kontinentale Umverteilungsmaschine“ bzw. den „europäischen Sozialstaat“ [FAZ/09.07] oder eine „Haftungsgemeinschaft, als Solidarge- meinschaft und als Wohlstands-Verteilungs-Gemeinschaft“ [FAZ/27.06] – zu Lasten Deutsch- lands, versteht sich. Dementsprechend fallen die Reaktionen aus: Während sich die einen mit der Ernüchterung des Desillusionierten und dem Argwohn des um die Gefühlssicherheit ob der Verlässlichkeit des europäischen Vertragswerkes Gebrachten der Tatsache beugen, dass man schon „in einer Haftungsgemeinschaft“ sitzt [FAZ/09.01], wünschen sich die anderen, dass die „wohl geschmierte Brüsseler Konsensmaschinerie“ diesmal an der Unifikationsaufgabe versagt [WELT/17.02].

Dem Zentralisierungswerk der EU-Eliten weht ohnehin ein starker Wind seitens der europä- ischen Völkergemeinschaft entgegen: Wie dringlich die Forderungen der Kommission auch immer sein mögen, nicht nur ein europäisch-einheitliches Fiskalregime zu errichten, sondern zugleich die Wirtschafts- und Finanzpolitik in einen integrierten Koordinationsrahmen mit zu überführen, so sollte man gleichwohl bedenken, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt kein Bedarf für „weitreichende Kompetenzübertragungen“ [FAZ/15.07] besteht – von dem ganz zu schwei- gen, dass die Aufgabenstellung einer gemeinsamen Finanz-, Steuer- und Haushaltspolitik poli- tische Führungskapazitäten erfordert, die der „jetzigen Garnitur“ [ZEIT/25.06] der Europa-Po- litiker abgehen. Schlimmer noch, die aufgetürmten Demokratiedefizite [SZ/20.06; vgl. dazu WELT/30.06] bieten nicht gerade ideale Voraussetzungen dafür, Legitimationsressourcen für eine Verlagerung von Entscheidungskompetenzen auf die Ebene eines den nationalparlamen- tarischen Mitwirkungsbefugnissen weitgehend enthobenen und auf eine postdemokratisch-bü- rokratische Herrschaft hin sich bewegenden Regierungshandels des EU-Systems zu mobilisie- ren. Im Gegenteil: Vor dem Hintergrund der Griechenlandkrise wird immer deutlicher, „wie die europäischen Versprechen auf Partizipation, auf Inklusion und auf demokratische Verfahren der Selbstbestimmung ausgehöhlt werden“ [SZ/20.06]. Trotzdem kann man – mit ein bisschen

vertrauensseliger Ironie – in diesen demokratisch-partizipativ dürftigen und zunehmend markt-konformen Unionszeiten Lichtblicke eines gewissen „Demokratisierungsfortschritts“ erhaschen: „Was in Brüssel geschieht, findet eben nicht mehr nur hinter verschlossenen Türen statt, die Konflikte in der EU werden vielmehr zunehmend offen ausgetragen, Ruppigkeiten inklusive – beim Doorstep, im Übergang zwischen den nationalen Öffentlichkeiten und einer europäischen, die gerade entsteht“ [ZEIT/16.07].

Im Entstehungsprozess begriffen zu sein scheint aber auch in Europa eine Machtkonstellation, die im Zusammenhang mit den unterschiedlichen Integrationstiefen steht und die führende Rolle Deutschlands bekräftigt. In dem Maße, wie man in W. Schäubles Strategieplänen, wonach Europa ohne ein starkes Zentrum über kurz oder lang zerfallen und aus diesem Grund ein Kern von Ländern die Führung übernehmen und vorangehen soll [vgl. dazu ZEIT/26.02], der Tatsache der Integrationsungleichzeitigkeiten Rechnung getragen sieht, so zeichnet sich in manchen Leitartikeln der Umriss eines von Deutschland dominierten Europas ab. Am deutlichsten zeigt sich diese Dominanz an der Griechenlandkrise: „Wie geht Europa damit um, wenn ein Land sich an die Vorgaben aus Brüssel nicht mehr halten will, die in Wahrheit oft Vorgaben aus Berlin sind?“ [ebd.]. Im Hinblick auf die Souveränitätsübertragungsfrage gilt dies mutatis mutandis für andere EU-Länder auch, denn „die meisten Mitgliedsländer wollen nicht noch mehr Souveränität an Brüssel abgeben – schon gar nicht an ein stark auf Leistung ausgelegtes Regime, wie es den deutschen vorschwebt“ [ZEIT/24.06]. Dieser Unwille ist unschwer nachzuvollziehen: „Wozu haben wir die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank, den Internationalen Währungsfonds, wozu wählen wir ein Europaparlament, wenn es am Ende des Tages die Kanzlerin bestimmt, wo es langgeht?“ [WELT/20.06]. Kein Wunder also, dass den Bundesfinanzminister, den „Zuchtmeister der Eurozone“ und „eisernen Schattenkanzler“ ein Hauch „bismarckscher Machtpolitik“ umgibt [TAZ/16.07] – nicht gerade die besten Rahmenbedingungen für ein solidarisches und demokratisches Europa.

Nun, wenn

die gutherzige Europagläubigkeit in ideologisch motivierte Sakralisierung umschlägt,
die temperierte Ausgleichskultur des Kompromisses dem Vertragsbruch und der Rechtsbeugung Tür und Tor öffnet,
der sich mancher Rückschläge zum Trotz fortsetzende (Selbst-)Lauf der Unionsintegration in einem Umkehrprozess fortschreitender Renationalisierung der Europa-Politik zu befinden scheint,
die Perspektive einer europäisch koordinierten politisch-wirtschaftlichen Governance in weite Ferne rückt, und

die sich herausbildenden Hegemonialstrukturen [vgl. dazu ZEIT/26.02] nicht unbedingt der Vertiefung des europäischen Demokratisierungsprozesses zuträglich sind, dann – ja dann drängt sich die Frage nach denjenigen gemeinschaftsbildenden und -erhaltenden Kohäsionsressourcen auf, die das Einigungsprojekt des krisengebeulten Europa über die gegenwärtigen Umbrüche hinweg bringen können. Wenn sich Rechtsbindung und kompromissorientierte Verfahrensrationalität als unzureichend dafür erweisen, dann gibt es vielleicht andere normative Wertbezüge, auf die man rekurrieren kann, wie z. B. Solidarität. In der Tat, der Solidaritätsbegriff wird im Krisendiskurs der deutschen Printmedien zunächst zu dem Zweck herangezogen, um das Prinzip des Für-einander-Stehens als Strukturmerkmal des Unionszusammenhalts ausweisen zu lassen. In diesem Sinne verweist man auf den normativen Verbindlichkeitsanspruch der Solidarität als Motivationsgrund für die Griechenland-Rettungspolitik [FAZ/16.06; vgl. dazu ZEIT/01.07]. Es zeigt sich aber alsbald, dass die solidarische Beistandswilligkeit nur von begrenzter Tragweite sein kann, denn im Gegensatz zu den ersten Griechenlandhilfen, die noch als Solidarität unter Freunden verbucht worden sind, muss man nun ihre Fortsetzung als irregeleitet bezeichnen: „Doch dafür, immer wieder weitere Milliarden als (verlorene) Kredite nach Griechenland zu schieben, reicht das Gefühl der Zusammengehörigkeit nicht“ [FAZ/07.07]. Diese Auffassung dokumentiert die Bedeutungsverschiebung, die man im deutschen Krisendiskurs beobachten kann und der zufolge Solidarität auf einmal mit Krediten gleichbedeutend geworden ist [SZ/04.07]. Wen wundert es dann, wenn die Idee europäischer Solidarität zunehmend zu „bloßem Lobbyismus für nationale Gläubiger [verkümmert]“ [SZ/20.06].

Dem zu widersprechen fällt erwartungsgemäß leicht, wem diese Art Überhöhung des Solidaritätsprinzips zu weit geht. Hier ist manch ein Kommentator der Überzeugung, dass man zwar bis zu einem gewissen Maß dem „Gebot der Solidarität“ Folge leisten soll, es sich gleichwohl so verhält, dass es ein solches Gebot in Wirklichkeit gar nicht gibt, weil „Solidarität sich am Maßstab politischer Vernunft messen lassen [muss]“ [FAS/01.02] – und ebenso an den Maßstäben der Verlässlichkeit und der Rechtskonformität. Wenn in Bezug auf letztere Rekurs genommen wird auf die Vertrags- und Vereinbarungstreue samt dazugehörigen Invektiven gegen eine „vermeintliche Solidarität“, die „zur kompletten Selbstaufgabe aller Rechtsgrundsätze reicht“ [FAS/22.02], so mobilisiert die Mahnung an das Verlässlichkeitsgebot [vgl. dazu FAZ/28.02] das Argumentationsrepertoire vertrauenswürdiger Kreditbeziehungen – womit wir bei Solidarität als Kreditgewährung und Beistandspflicht als Eingangstür zur (gefürchteten bzw. verschmähten) Transferunion, die eine bedingungslose Solidarität bedeuten soll, ange-

langt sind. Dementsprechend kann man das in Deutschland vorherrschende Solidaritätsverständnis, das Solidarität an Solidität ankoppelt [vgl. dazu ZEIT/24.06; WELT/17.02; SZ/18.02], folgendermaßen zusammenfassen: „Wahre Brüderlichkeit bedeutet jedoch nicht, den Bruder oder die Schwester mit Geld zuzuschütten und kritiklos zuzusehen, wie dieses vergeudet wird. Brüderlichkeit verlangt vielmehr, dem Gestrauchelten so zu helfen, dass er wieder aus eigener Kraft aufrecht gehen kann“ [SZ/03.07]. Eine ernüchternde Bilanz also in puncto Solidarität – auch für Europa: Denn die „EU [ist] kein stabiles System. Lange hat man das im Namen der Solidarität mit Geld zugekleistert (...) [Das] funktioniert nicht mehr“ [WELT/19.03].

7. Zur Lage Griechenlands

Es dürfte nicht nur an der ob des ungewissen Ausgangs der Griechenland-Verhandlungen steigenden Nervosität liegen, die außer dem Politikbetrieb die Redaktionsräume deutscher Printmedien in der ersten Hälfte des Jahres 2015 erfasst, dass sich die Kommentatoren in der Pflicht sehen, sich erneut über die griechische Malaise zu beugen. Eine ebenso wichtige Rolle spielt vermutlich das wachsende Unbehagen darüber, dass nach vier Jahren die fortgesetzte Rettungspolitik der Kredithilfepakete und Konsolidierungsmaßnahmen allem Anschein nach nicht gerade die erwünschten Effekte zu erzielen vermag. Diese Lagebeurteilung sorgt für eine gewisse Verschiebung der analytisch-kommentierenden Optik, als man sich die Krisendiagnose angesichts manch einer als strukturelle Reformblockade empfundenen Schiefelage tiefer anzusetzen motiviert sieht. Vor diesem Hintergrund sind dann diejenigen Krisenperzeptionen in den Blick zu nehmen, welche die Ineffektivität des bisher verfolgten Sanierungskurses auf die Reformunfähigkeit des griechischen Staates – in seiner gegenwärtigen Verfassung – zurückführen [SZ/21.02]. Dies wiederum ist dem Umstand geschuldet, dass „Griechenland kein moderner Staat [ist], sondern in einer Art Postfeudalismus fest[steckt]“ [TAZ/20.03] bzw. noch nie „in der europäischen Moderne“ [WELT/15.07] angekommen ist und deshalb dringend einen Modernisierungsschub [SZ/23.01] nötig hat. Manche gehen da einen Schritt weiter und statt eines Um-, vielmehr einen Aufbau für dringend notwendig halten, wenn nicht sogar eine Neugründung [SZ/26.01; FAZ/02.07]. Denn es handelt sich – manchen Experten zufolge – um den Fall eines gescheiterten Staates [ZEIT/11.07].

Da die Semantik dieses mit Gründungs- und Aufbauarbeiten übersäten Wortfeldes Konnotationen einer Trümmer- bzw. Brachlandschaft hervorrufen, ist man zunächst versucht, diese düstere Gründerzeit- und Aufbaustimmung der Krisendeutungen der nervösen Feder manch eines um die mit dem Wegfall Griechenlands einsetzenden Desintegration der Währungszone

(über-)besorgten Kommentators zuzuschreiben. Tatsächlich scheinen sich die diesbezüglichen Ausführungen – im Vergleich zu denjenigen der ersten zwei Jahre der Staatsschuldenkrise – durch einen geschärften Blick auf bestimmte längerfristige Entwicklungslinien und Strukturmerkmale griechischer Staatlichkeit auszuzeichnen. Wie die vorhin angeführten modernisierungstheoretisch anmutenden Reflexionen nahelegen, ist man darauf bedacht, das, was man für perennierende Missstände hält, beim Namen zu nennen – und davon gibt es einige. Will man die krisendiagnostischen Argumente in Gruppen zusammenfassen, so lassen sich folgende Kritisaspekte, welche die Modernisierungsbedüftigkeit und/oder Reformunfähigkeit [FAZ/04.04] bzw. Reformverweigerung [SZ/18.02] des griechischen Staates belegen können, anführen:

Wettbewerbshemmend	<p>Da der Staatsapparat eine überdimensionierte Verwaltungsbürokratie unterhält [TAZ/13.07; FAZ/02.07], wirkt der öffentliche Sektor (mit seinen vergleichsweise höheren Löhnen, [FAZ/29.06] sowie Privilegien für unrentable Staatskonzerne [ZEIT/11.07]) zu Lasten der Selbständigen und derjenigen, die in der Privatwirtschaft tätig sind – hemmend und ungerecht wirkt er auch auf das von kleinen oder mittelgroßen Unternehmen getragene Wirtschaftswachstum [FAZ/02.07] bzw. das Innovationspotenzial der Privatwirtschaft [SZ/01.07]. Dadurch wird die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, die ohnehin „anarchisch funktioniert“ [SZ/18.06] und schon im Jahr 2010 zu Ende war [ZEIT/26.03], in Mitleidenschaft gezogen [FAZ/24.06; vgl. dazu SZ/11.07]. Zur Minderung der Wettbewerbsfähigkeit trägt auch der „verkrustete Arbeitsmarkt“ bei [WELT/11.06; vgl. dazu FAZ/06.02; SZ/11.07; ZEIT/24.06]. Fazit: „Statt von Staatsausgaben muss das Land von Investitionen, Erfolgen und Arbeitsplätzen privater Unternehmen leben“ [FAZ/10.02] – nötig sind auch Forschung, neue zukunftsfähige Branchen und Investitionen in die regenerative Energie [TAZ/23.01].</p> <p>Dem Ungerechtigkeitsvorwurf kann man allerdings entgegen, dass „der Staatsdienst eine neue Funktion [hat]: Er ist die einzig existierende Arbeitslosenversicherung des Landes. Fast jeder Beamte unterstützt noch andere Familienmitglieder, die ihre Stelle verloren haben“ [TAZ/23.01].</p>
--------------------	--

<p style="text-align: center;">Korruption/Klientelismus</p>	<p>Die viel gescholtene griechische Korruptionskultur weist folgende Aspekte auf: 1) Die staatskapitalistisch anmutende Interessenverflechtung, d. h. das nepotistische „Beziehungsgestrüpp aus Bankern, Bauunternehmern, Reedern, Fußballmagnaten, Medienleuten und Politikern“ [SZ/23.01; vgl. dazu ZEIT/26.03; WELT/17.02; ZEIT/11.07; FAZ/02.07; zum „schuldenfinanzierten Staatskapitalismus“ vgl. FAZ/18.05];</p> <p>2) Der „Gefälligkeitsstaat“ [SZ/26.01], der wie eine „Gelddruckmaschine“ [SZ/24.03] für die klientelistische Wähler-Partei-Bindung funktioniert;</p> <p>3) Eine schwarz-rote „Kleptokratengruppe“ [SZ/24.03], welche zugleich Geschenke verteilt und die Staatskasse plündert [SZ/28.01] – wenn sie nicht das Volk mit „fremdem Geld“ beschenkt [WELT/25.02; vgl. dazu FAZ/28.01];</p> <p>4) Nutznießer korrupter Umverteilungsnetzwerke sind in den letzten Krisen Jahren nicht „verarmte Rentner, perspektivlose Studenten, ruinierte Mittelständler, Kranke ohne Versorgung“, sondern „dreiste Steuerbetrüger, faule Staatsdiener, Seilschaften von Subventionsschleichern, und nicht zuletzt die schlaunen Politiker“ [WELT/25.02];</p> <p>5) Im Zusammenhang mit 1) die Verfilzung der griechischen Medien mit der Parteienlandschaft und die Berlusconiisierung der Politik: So befindet sich die griechische Medienlandschaft „in der Hand weniger Oligarchen, die gerne die Patrioten spielen, in Wirklichkeit aber – den Warlords und Clanchefs im Nahen Osten ähnlich – die politische Landschaft nahezu vollends kontrollieren“ [WELT/05.05]</p>
<p style="text-align: center;">Ineffizienz/ Ordnungslosigkeit</p>	<p>Die Lage ist besorgniserregend: „miserabel entwickelter Staatsapparat, destruktiver Verwaltungs-Chaos“ [SZ/27.06]; „kein ausreichend funktionierender Verwaltungsapparat, kein gerechtes, effizientes Steuerrecht“ [SZ/01.07]; Institutionsversagen [SZ/11.07]; Dringlichkeit einer nachholenden Modernisierung wirtschaftspolitischer Strukturen [SZ/07.07; SZ/05.01] bzw. einer umfassenden Staatssanierung [SZ/21.02; „Ausmisten des Augiasstalles“: SZ/26.01] – kein funktionierender Staat im Sinne der Währungsunion [ZEIT/18.06; vgl. ZEIT/24.06].</p>

Steuerungerechtigkeit	<p>Im Vergleich zu den ersten zwei Jahren der Griechenland-Krise widmen die Kommentatoren in der ersten Hälfte des Jahres 2015 beachtliche Aufmerksamkeit der Frage der Steuergerechtigkeit: „Was eigentlich hält eine Links-Regierung davon ab, eine Steuerreform vorzulegen, die die Reichen des Landes endlich an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligt?“ [SZ/18.02; vgl. dazu SZ/21.02; SZ/11.03; SZ/03.04; SZ/30.04; SZ/08.07; FAZ/05.02; FAZ/23.03]. Die ungerechte Verteilung der Steuerlasten kann man mit einer „humanitären Katastrophe“ vergleichen, allerdings eine, die sich die „Griechen gegenseitig antun“ [TAZ/20.03]. Zur Lösung der chronisch defizitären Steuereintreibung [SZ/16.06; SZ/20.06] verweist man auf Gesetzentwürfe für eine unabhängige Steueraufsicht [SZ/11.03] bzw. Steuerbehörde samt funktionierenden Finanzämtern [SZ/16.07]. Besonderen Argwohn bei deutschen Kommentatoren rufen griechische Steuerfragen auch deshalb hervor, weil die europäischen Kredite als eine Art Sozialhilfe für einen Staat angesehen werden können, der „selbst zwar lange Zeit immens viele Staatsbedienstete (in der Folge Pensionäre) alimentierte, aber nie ein Sozialhilfe-System oder auch nur eine ernsthaft funktionierende Steuerbehörde unterhielt“ [SZ/29.06; vgl. dazu SZ/05.01].</p>
-----------------------	--

Angesichts dessen verwundert es kaum, dass Griechenland weniger ein Fall für den IWF, als vielmehr für die Wiederaufbau- und Entwicklungsdienste der Weltbank ist [SZ/01.07]. Wenn aber dem so ist, dann drängt sich die Frage auf, ob und was all die Sanierungs- und Konsolidierungsmaßnahmen der letzten fünf Jahre in dieser strukturell labilen Lage bewirkt haben. Obwohl sich in dieser Hinsicht nicht wenige Kommentatoren der (insgesamt) positiven Wirkung des Sanierungskurses sicher sind, tendiert die Mehrheit der Argumentationen, die zur Bilanzierung der Rettungspolitik herangezogen werden, zu einer kritisch-ablehnenden Haltung, wobei man dazu anmerken kann, dass die für die negative Bilanz angeführten Gründe nicht immer aus denselben Prämissen folgen. Wendet man sich zunächst den positiven Bilanzierungen zu, so ist man in der Regel der Überzeugung, dass mit den Reformauflagen die Voraussetzungen dafür hergestellt wurden, dass das Land nicht in eine (selbstverschuldete) bodenlose Grube hineinstürzt [FAZ/6] bzw. „aus dem Loch“ herausfindet, das „es sich selbst gegraben hatte“ – die Auflagen haben sogar Früchte getragen, die aber, als die Tsipras-Partei an die Macht kam, faul wurden [FAZ/02.07; vgl. dazu FAZ/06.02]. Genießbare Früchte getragen hat dagegen das Sich-Fügen der anderen Krisen-Länder in die (als hart und fremdbestimmt empfundene) Faktizität der Reformlogik, die als einzige den wirtschaftlichen Auslöser der Verschuldungskrise beheben

kann, d. h. die verbesserungsbedürftige Wettbewerbsfähigkeit sowie das Missverhältnis zwischen Ausgaben und Einnahmen des Staates [SZ/27.06].

Da davon ausgegangen werden kann, dass dem „fröhliche[n] Wachstum mit Hilfe zusätzlicher Staatsausgaben“ [FAZ/27.01] ein Ende gesetzt werden muss, soll man die Cassandra-Stimmen bzw. den „anschwellenden Medienchor“ ignorieren, der „ein mitleidheischendes Lied von Verarmung und Not singt“ [ZEIT/05.02], und das neu verhandelte Hilfspaket für Griechenland – seinen harten Auflagen [vgl. dazu FAZ/27.01] und Eingriffen in die Souveränität des Landes zum Trotz [SZ/16.07] – als das begrüßen, was es allein versprechen kann: Wachstumsvoraussetzungen schaffen. Dementsprechend ist für die Verfechter der Fortsetzung der Rettungspolitik nach dem Motto „Solidarität gegen Solidität“ wichtig, auf manche Aspekte wachstumsfördernder Rahmenbedingungen besonders zu achten, wie z. B. dass das Lohn- und Rentenniveau der tatsächlichen Leistungsfähigkeit des Landes entsprechen: „Dazu müsste sich der Durchschnittsverdienst in Griechenland irgendwo zwischen dem Niveau Estlands und Sloweniens einpendeln“ [FAZ/27.02]. Dazu sollen die Privatisierungen in vollem Umfang durchgeführt [ZEIT/19.03; SZ/16.07], die Maßnahmen zur Arbeitsmarktliberalisierung konsequent umgesetzt [FAZ/04.04] und generell die Reformdynamik forciert [vgl. dazu SZ/04.03] werden. Alles in allem lässt sich konstatieren, dass a) die „breite Akzeptanz der Härten“ [SZ/23.01] ein bisschen besser hätte vorbereitet werden sollen, und b) „Merkels Programme“ zwar drastisch und ohne „soziale Flankierung“, doch prinzipiell „richtig“ waren, denn man muss „ein völlig durchlöcherter Fass zunächst ausbessern, bevor man es wieder füllt“ [SZ/24.03].

Trotz der festen Überzeugung, dass Einsicht in die Vernünftigkeit des besseren Arguments unwiderstehlich sein müsste, sehen sich die Befürworter der austeritätsgrundierten Griechenland-Politik gleichwohl in einer minoritären Position, und zwar dem zahlenmäßig stärkeren Lager derjenigen gegenüber, die sich für „Pragmatiker“ halten und mit Nachdruck behaupten, dass die „Austerität nicht die Lösung, sondern die Ursache des Problems“ ist [FAS/31.05]. In der Tat, in den Kommentaren überwiegen kritische Töne, allerdings aus unterschiedlichen Begründungsmotiven. Die meisten weisen erwartungsgemäß auf die Kontraproduktivitäten [SZ/14.07; ZEIT/12.02; ZEIT/26.03; ZEIT/09.07; TAZ/05.07; FAS/04.01; TAZ/13.07; SZ/11.07; TAZ/28.06; TAZ/30.06], Nebenwirkungen [vgl. dazu SZ/08.07], Ungerechtigkeiten [FAZ/28.01] und Begleiterscheinungen (der „neoliberalen Maßnahmen“ [TAZ/10.07]) des Sparkurses hin, wie z. B. die hohen Arbeitslosenraten und den Einbruch der Wirtschaftsleistung [SZ/23.01; vgl. dazu SZ/20.06; ZEIT/22.01; ZEIT/19.03; TAZ/26.06], Einkommenseinbußen

von durchschnittlich 30 Prozent [SZ/26.01; vgl. dazu ZEIT/22.01], Verarmung und soziale Verwerfungen [SZ/24.03; vgl. dazu SZ/08.07; ZEIT/11.07; TAZ/16.03] – kurzum, Verelendungsprozesse, die an Weimarer Verhältnisse erinnern [WELT/27.01; vgl. dazu TAZ/02.07].

Allerdings liegen den verschiedenen Gesichtspunkten der Rettungskritik und der Beweisführung ihrer fehlgeleiteten Wirkung nicht unbedingt dieselben Deutungserklärungen zugrunde, wobei man in dieser Hinsicht grosso modo zwei Argumentationsstrategien unterscheiden kann: *Zum einen* geht man davon aus, dass die Radikalkur, welcher sich der griechische Haushalt hat unterziehen müssen, nicht die erwünschten Resultate zu Tage fördern konnte – wie in vergleichbaren Fällen in anderen verschuldeten Ländern –, weil eben bis dato kein staatlicher Handlungsakteur vorhanden ist, der die Reformen hätte umsetzen wollen bzw. können. Die von allen Seiten des (deutschen) politischen Spektrums monierte Unterentwicklung funktionsfähiger Institutionen und Verwaltungsapparate hat natürlich nicht ideale Voraussetzungen für den diagnostizierten grundlegenden Umbauprozess bieten können [vgl. dazu FAZ/30.01].

Vermutlich liegt es bei dem besonderen Status der Griechenland-Krise im Gesamtkontext der europäischen Staatsverschuldungskrise daran, dass es sich in diesem Fall nicht bloß um wirtschafts- finanz- und fiskalpolitische Anpassungsschwierigkeiten, situationsbedingte und temporäre Konjunkturblockaden oder aber schier politischen Unwillen handelt, sondern vielmehr um ein Konglomerat von Krisenanfälligkeiten, strukturellen Modernisierungsempässen und Entwicklungshemmnissen, welche der Umsetzung jeglicher – würde man meinen – Sanierungs- als Restrukturierungspolitik enge Grenzen setzt. Wenn es sich aber so verhält, dann lässt sich Folgendes feststellen: Die relativ zu früheren Krisenjahren intensivere Beschäftigung der deutschen Kommentatoren mit struktur-systemischen Bedingungen der Malaise des griechischen Staates stellt zugleich Ursache und Wirkung der Erkenntnis der Modernisierungsblockade dar: Je mehr sich die Konsolidierungsmaßnahmen als ineffektiv erweisen, desto radikaler gerät die Krisendiagnose des „dysfunktionale[n] griechische[n] Staat[es]“; je negativer jedoch der Zustand der griechischen Staatlichkeit, von der ja „keine „Reformen von innen heraus zu erwarten sind“ [FAZ/02.07]“, ausfällt, desto fragwürdiger erscheint die kurzfristig angelegte Politik der ‚Schocktherapie‘: Von diesem Staat Reformfortschritte zu erwarten und dieser kontrafaktischen Erwartungshaltung mit immer neuen Rettungspaketen immer neue Nahrung zuzuführen, zeugt nicht gerade von einer Klugheitsregeln folgenden Konsolidierungspolitik.

Sollte die Aporie gewissermaßen den „Teufelskreis“ [ebd.] der Griechenland-Krise widerspiegeln, dann verwundert es nicht, dass für manche Kommentatoren die ‚Grexit‘-Perspektive so naheliegt. Will man ihr jedoch nicht das Wort reden, so muss man einen Weg finden, zwar

die Notwendigkeit des Staatsreformprozesses zu betonen, aber zugleich eine Korrektur der einseitig auf Ausgabenkürzungen ausgerichteten Stabilisierungspolitik zu fordern. Dementsprechend macht man sich *zum zweiten* für eine die Austerität ausbalancierende Wachstumspolitik stark: „Europa braucht nach sieben Jahren Krise einen Neuanfang (...): einen New Deal, einen neuen Pakt für mehr Wachstum“ [SZ/26.05; vgl. dazu SZ/27.01]. Wenn die Krise in Griechenland so tiefgreifend ist, dann ist logischerweise weitreichendes antizyklisches Gegensteuern vonnöten: „In Griechenland hätte es weitaus mehr bedurft – etwa eines EU-Investitionsprogramms, mit dem die darniederliegende Wirtschaft in Gang gebracht wird; einer aktiven Konjunktur- und Wirtschaftspolitik also, wie sie der britische Ökonom John Maynard Keynes im Gefolge der Weltwirtschaftskrise in den 1930er-Jahren begründete“ [SZ/08.07]

7. Das Referendum und andere Souveränitätsfragen

„Graccident war gestern, heute ist Graos“ [SZ/13.07]. Die Entscheidung der griechischen Regierung, die Zwischenergebnisse der Verhandlung Ende Juni 2015 dem Votum des griechischen Volkes vorzulegen, animiert offensichtlich die Wortschöpfungskapazität manch eines Kommentators zu neuen Hochleistungen. Das Grexit, Chaos und Grausen gekonnt kombinierende ‚Graos‘ vermittelt eine Bestandsaufnahme der Reaktionen auf das, was in manchen Redaktionsstuben als die Absicht der Regierungsverantwortlichen in Athen interpretiert wird, gestützt auf den Volkswillen die europäische Rettungspolitik zu Fall zu bringen und das Land aus der Euro-Zone, womöglich auch aus der EU, hinauszuführen [FAS/28.06; vgl. dazu FAZ/30.06; ZEIT/03.07]³⁶. Das wäre nicht unbedingt beklagenswert, denn der Einschnitt, den das Referendum „in der Geschichte der Währungsunion, im Verhältnis Griechenlands zu seinen europäischen Partnern und in Griechenland selbst“ bedeutet, würde für klare Verhältnisse sorgen, d. h. „auf eigentümliche Weise wäre dies das bizarre Ende einer Verbindung, welche überhaupt nur aufgrund geschöner Daten zustande kam: Griechenland hätte der Währungsunion nie beitreten dürfen“ [FAZ/04.07]. Aus diesem Grund gilt es nun, den Vorhang „über die Regierung Tsipras und ihre vulgärdemokratischen Märchen“ [ebd.] schnell zu senken – schließlich kann niemand gegen seinen Willen in der Union gehalten werden [FAZ/06.07; vgl. dazu ZEIT/04.07].

³⁶ Eine Art Richtigstellung kommt aus der FAZ: Demnach wollten alle führenden Politiker Europas das griechische Referendum zu einer Entscheidung für oder gegen den Euro machen. In ihren Augen stimmten die Griechen aber gegen „das Sparen, gegen Reformen, gegen die bestehende Ordnung Europas“: vgl. FAZ/07.07; dazu TAZ/28.06. Dem pflichtet ein Kommentar aus der ZEIT bei: Das Referendum soll demnach als ein Wahlkampf gegen Europa, wobei die Haltung der Europäischen Kommission ebenfalls als ein „Wahlkampf gegen die Regierung eines Mitgliedstaates“ angesehen werden [vgl. ZEIT/04.07].

Vulgärdemokratisch-populistische Umtriebe, machtpolitische Selbsterhaltungsschachzüge [TAZ/28.06], die volkpsychologische Lage aufbessernde Streicheleinheiten für die geschundene Nationalseele – angesichts dessen stellt sich natürlich die Frage, was dies alles mit Demokratie und Volkssouveränität zu tun hat.³⁷ In der Tat, unverkennbar ist die skeptisch-ablehnende Haltung, die dem griechischen Urnengang, diesem „Affront gegenüber den Verhandlungspartnern“, seitens großer Teile der deutschen Presse entgegenschlägt – vor dem Hintergrund der „monatelangen Taktik von Tarnen, Tricksen und Täuschen“ [WELT/28.06] bzw. „Provozieren und Täuschens“ [WELT/07.07] allzu verständlich. Schwerer nachvollziehbar – wenigstens was bestimmte Standards des Qualitätsjournalismus anbelangt – ist jedoch die an Volksverhetzung grenzende Häme, mit der manchmal die Volksabstimmung bedacht wird: „Dass die Geduld vieler Europäer mit diesem ewigen Gezerre um einen offensichtlichen Pleitestaat am Ende ist, scheint keinen gewählten Politiker sonderlich zu interessieren. Nur die Meinung der Griechen zählt. Sollten sie sich also am Sonntag erbarmen, doch die vielen Milliarden und möglichst noch ein paar mehr anzunehmen – geht dann alles wieder von vorne los?“ [WELT/30.06]. Dementsprechend auffallend ist es dann, wie mit einer gewissen Enttäuschung die Ergebnisse der Abstimmung zur Kenntnis genommen werden: So wird nicht ohne Mitgefühl für die europapolitischen Führungskreise notiert, dass „der heimliche Wunsch manches europäischen Regierungschefs, den nervenden Verwandten aus Athen nie mehr sehen zu müssen, sich jedenfalls so schnell nicht erfüllen [wird]“ – ja, die Überzeugung (in Brüssel und Berlin), dass ein negatives Votum „das Land auf die Überholspur ‚Grexit‘ befördert und die Rückkehr zur Drachme nahezu unausweichlich macht“ [WELT/05.07; vgl. dazu SZ/04.07; SZ/06.07], hat sich offensichtlich als Wunschdenken herausgestellt. Vermutlich deswegen fällt dann die Reaktion „europäischer Toppolitiker und Kommentatoren“ so erschütternd „kaltschnäuzig und arrogant“ [ZEIT/09.07] aus – stellt ja das „Nein“ eine Provokation für sie dar [vgl. dazu TAZ/05.07].

Denn es kann ja nicht sein, dass die politische Legitimation des Volkswillens in einem EU-Mitgliedsstaat, Ausdruck welcher Souveränität auch immer er sein mag, gegen die politisch legitimierte Interessenpolitik der anderen EU-Länder ausgespielt werden darf [vgl. dazu FAZ/27.01] – und schon gar nicht als eine Art Machtdemonstration: Da Demokratie „nicht nur in Griechenland gilt“ [SZ/07.07] und die Wähler in den Geberländern auch eine Stimme haben

³⁷ Man kann sogar noch einen weiteren Schritt vollziehen, und die Vermutung eines Zusammenhangs zwischen Demokratie und Verschuldung bzw. Schulden radikal infrage stellen: Wie bekannt, „Schulden kann man nicht abwählen“ [FAZ/20.04]. Denn „es gibt ein paar Dinge auf der Welt, wo die Demokratie nichts zu suchen hat. Schulden zum Beispiel“: vgl. Hank, R. (2015): Dieter Nuhr hat Recht!, in: FAZ/12.07.2015 URL: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/griechenland/griechische-schuldenkrise-dieter-nuhr-hat-recht-13697691.html> [letzter Zugriff: 11.09.2015]

[FAZ/16.02], können sich zwar die Griechen souverän über das Schicksal ihres Landes entscheiden, doch „sie können all den anderen Völkern und deren Regierungen nichts befehlen“ [SZ/06.07]. Was auch nicht geht bzw. sich nicht gehört, ist, „mit der Farce eines Referendums die Gläubiger bezwingen“ [SZ/03.07] zu wollen. Zwar ist man sich des demokratie- und souveränitätspolitisch höchst bedenklichen Zustands bewusst, in dem sich ein Land befinden muss, das einen Teil seiner staatlichen Unabhängigkeit an supranationale Instanzen abzutreten gezwungen ist und für jeden „hoheitlichen Akt die Erlaubnis bei seiner Gläubigern holen muss“; aber dem könnte Abhilfe getan werden und zwar (im Falle Griechenlands) durch den freiwilligen Austritt aus der Euro-Zone. Dies brächte dem griechischen Volk seinen Stolz und seine Würde zurück [FAS/22.02].

Nationale Identität, Selbstbestimmung und Letztentscheidung sind zwar, wie bei jedem anderen europäischen Land auch [FAZ/16.06; vgl. dazu WELT/30.06], verfassungsrechtlich garantierte und von den europäischen Verträgen geschützte Prärogativen nationaler staatlicher Souveränität – wenn aber statt europäischer Kooperation und des teilweisen Verzichts auf das nationale Letztentscheidungsrecht eine zwischenstaatliche, die Karte volkssouveräner Legitimation ausspielende Konfrontation [vgl. dazu FAZ/18.05] bzw. eine Machtprobe [SZ/29.01] auf der Tagesordnung steht, dann – ja, dann „kann man aus Sicht des europäischen Staatenverbundes nur sagen: Reisende soll man nicht aufhalten“ [FAZ/05.03; vgl. dazu FAZ/06.07].³⁸ Die weniger freundliche Lesart dieser Reisefreiheit³⁹ bzw. dessen, dass sie nicht in Anspruch genommen wird, kann aber so lauten: „Die Botschaft ist knallhart: Wenn die Griechen im Euro bleiben wollen, müssen sie sich permanent und dauerhaft diesen externen Auflagen aus Brüssel beugen. Sie müssen akzeptieren, dass sie faktisch keine Demokratie mehr sind, sondern von

³⁸ Tut man dies nicht und setzt man die Rettungspolitik unendlich fort, wird zwar damit der Primat politischer Entscheidungsmacht bestätigt, aber das Gesetze der Ökonomie über Bord geworfen: vgl. FAZ/27.06; vgl. dazu SZ/18.06. Aus kritischer Sicht stellt natürlich diese „marktkonforme“ Auffassung die Besiegelung der Entmachtung der Demokratie und ihrer Unterstellung unter vermeintlichen Sachzwängen dar [TAZ/26.06]. Allem Anschein nach wird es Demokratie nur für diejenigen Staaten geben, die „ihr Geld auf den Kapitalmärkten bekommen“ [TAZ/13.07]. Zur Machtlosigkeit demokratisch legitimerter Politik gegenüber nicht gewählten Markt-Instanzen vgl. SZ/20.06.

³⁹ Diese nimmt in den Augen mancher Kommentatoren Züge einer Sezession Griechenlands aus dem westlich-katholisch/protestantischen Kulturkreis mit anschließendem Beitreten einer „miserablen serbisch- und russisch-orthodoxe[n] Allianz der historischen Verlierer“ [WELT/05.07] an. Das wäre natürlich für die aggressiven Großmachtspiele Russlands eine höchst willkommene Gelegenheit, „eine neue Front zu ziehen“ [ZEIT/09.07]. Aber auch ohne Sezessionsbestrebungen wird die humanitäre Krise in Griechenland zu chaotischen Zuständen führen, welche China und Russland nutzen werden, um ihre Einflussphären auszuweiten [vgl. ZEIT/11.06; vgl. dazu ZEIT/10.02] – denn Moskau hat ja genug Devisenreserven, um „sich in ein ruiniertes Griechenland einzukaufen“ [FAZ/28.02]. Manche gehen sogar einen Schritt weiter und sehen bei einem Austritt Griechenlands aus der Währungsunion die dunklen Wolken einer kommenden militärischen Auseinandersetzung heraufziehen [FAZ/17.03], der sich zu stellen die Union mit ihrem „weichen Bauch, der von Budapest über Sofia bis nach Athen reicht“, nicht bereit ist [FAZ/28.02].

außen regiert“ [TAZ/27.06; vgl. dazu TAZ/15.07 und 16.07] – ja, zu einer Art Protektorat verwandelt werden [WELT/15.07]. Dem aber kann man mit einem gewissen Humor einen kritisch-spielerischen und historisch informierten Aspekt des aktuellen Zustands europäischer Integrationsentwicklung abgewinnen: „Griechenland hatte schon einmal einen deutschen Regenten, Otto Friedrich Ludwig von Wittelsbach, der das Land von 1835 bis 1862 regierte. König Otto I. wurde immerhin von der griechischen Nationalversammlung zum Staatsoberhaupt gewählt, er residierte in Athen. Angela I. reicht die Fernbedienung“ [WELT/20.06].

8. Quellen – (Erstes Halbjahr 2015)

Datum	Autor	Titel
SZ (Süddeutsche Zeitung)		
05.01	Marc Beise	Eine beherrschbare Krise
07.01	Stefan Kornelius	Des Strebers Einsamkeit
09.01	Claus Hulverscheidt	Logisch – und doch Unsinn
23.01	Christiane Schlötzer	Nach der Wahl
26.01	Christiane Schlötzer	Warten auf den Purzelbaum
27.01	Stefan Ulrich	Kompromiss für Europa
28.01	Cerstin Gammelin	Was nun zu tun ist
29.01	Stefan Kornelius	Tsipras' Wut
09.02	Guido Bohsem	Schnellkurs in Sachen Wirklichkeit
10.02	Christiane Schlötzer	Zeit für die Wahrheit
13.02	Cerstin Gammelin	Die Interessen der Anderen
16.02	Cerstin Gammelin	Die drohen doch nur
17.02	Cerstin Gammelin	Fast schon unverschämt
18.02	Claus Hulverscheidt	Das Missverständnis
20.02	Stefan Kornelius	Wenig Klarheit, kaum Vertrauen
21.02	Christiane Schlötzer	Die zweite Chance
23.02	Cerstin Gammelin	Unlösbare Aufgabe
25.02	Nikolaus Piper	Europas Schicksal
04.03	Stefan Kornelius	Am Ende
09.03	Cerstin Gammelin	Wenn das Ferne ist so nah
11.03	Christiane Schlötzer	Der Rückfall
13.03	Christiane Schlötzer	Politik mit dem Pfandsiegel
16.03	Kurt Kister	Zu viel eitles Geschwätz
24.03	Claus Hulverscheidt	Lärmende Sprachlosigkeit
30.03	Bastian Brinkmann/Claus Hulverscheidt	Fünf Mythen über Griechenland
20.04	Claus Hulverscheidt	Ein Irrlicht names Varoufakis
23.04	Stefan Kornelius	Auszeit für die Aufgeregten
28.04	Stefan Kornelius	Varoufexit
30.04	Christiane Schlötzer	Zeit für Entscheidungen
12.05	Cerstin Gammelin	Mehr Demokratie wagen
13.05	Cerstin Gammelin	Leeres Lob
23.05	Heribert Prantl	Wunderwort Zukunft
26.05	Alexander Mühlauer	Ein Pakt für Europa
03.06	Cerstin Gammelin	Kurz vor dem Schluss
05.06	Cerstin Gammelin	Hierarchie der Übel
06.06	Christiane Schlötzer	Nichts gelernt
13.06	Stefan Ulrich	Der Kern der Union
16.06	Ulrich Schäfer	Schuld und Chance
18.06	Stefan Kornelius	Zur ewigen Krise
20.06	Carolin Emcke	Defizit
24.06	Cerstin Gammelin	Lehrjahre einer Kanzlerin
25.06	Ulrich Schäfer	Das Beispiel von 1953

27.06	Stefan Kornelius	Zum Wohl verdammt
29.06	Kurt Kister	Kein Wille, kein Weg
30.06	Cerstin Gammelin	Den Griechen sei Dank
01.07	Claus Hulverscheidt	Die kühle Kanzlerin
02.07	Claus Hulverscheidt	IWF – Williges Opfer
03.07	Gustav Seibt	Stolze Völker
03.07	Stefan Ulrich	Was Europa den Griechen schuldet
04.07	Alex Rühle	Feindbilder: (Interview mit M. Tsomoz, A. Kritikos, K. Kosmas und N. Apostolopoulos)
04.07	Daniel Rössler	Es geht ums Ganze
06.07	Stefan Ulrich	Strategen des Scheiterns
07.07	Stefan Kornelius	Die große Leere
08.07	Ulrich Schäfer	Was von Varoufakis bleibt
09.07	Alexander Mühlauer	Alles wird gut
09.07	Cerstin Gammelin	Das klappt nie
11.07	Marc Beise	Einen Staat bauen
13.07	Stefan Kornelius	Ins Graos
14.07	Christiane Schlötzer	Riskante Rettung
15.07	Heribert Prantl	Wer hat Deutschland zum Richter bestellt?
16.07	Nikolaus Piper	Reformieren, nicht sparen
FAS (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung)		
04.01	Lisa Nienhaus	Das griechische Paradox
01.02	Volker Zastrow	Muss Athen kümmern, was wir wollen?
08.02	Thomas Gutschker	Die Weichwährungsunion zeigt sich hartleibig
22.02	Rainer Hank	Das Elend der Griechen
22.02	Peter Carstens	Griechenland muss gerettet werden
26.04	Werner Mussler	Warum Politiker lügen müssen
31.05	Rainer Hank	Zu den Griechen fällt mir nichts mehr ein
28.06	Rainer Hank	Die Sakralisierung Europas
28.06	Michael Martens	Syryzas Legende vom Dolchstoß
FAZ (Frankfurter Allgemeine Zeitung)		
05.01	Jasper von Altenbockum	Am Hebel
06.01	Klaus-Dieter Frankenberger	Unwiderruflich
09.04	Heike Göbel	Die Zwickmühle der Griechen-Gläubiger
26.01	Nikolas Busse	Tsipras' Wahl
27.01	Tobias Piller	Tsipras gegen die Troika
27.01	Nikolas Busse	Die Interessen der Gläubiger
28.01	Holger Steltzner	Die Frucht vor dem „Grexit“
28.11	Michael Martens	Der Kammenos-Tsipras-Pakt
30.01	Nikolas Busse	Die Mitte verliert
02.02	Leo Wieland	Sind die Reformen die Dummen?
05.02	Holger Steltzner	Griechenlands fauler Schuldenzauber
06.02	Werner Mussler	Schluss mit lustig in Athen

10.02	Tobias Piller	Wunsch trifft Realität
10.02	Michael Martens	Geld oder Grexit
13.02	Holger Steltzner	„Grexit“
16.02	Holger Steltzner	Griechische Revolvertaktik
18.02	Werner Mussler	Mit der Geduld am Ende
23.02	Werner Mussler	Auf Widervorlage
23.02	Berthold Kohler	Was die Griechen sich fragen müssen
25.02	Holger Steltzner	Versprochen - gebrochen
25.02	Rainer Hermann	Geben und Nehmen
26.02	Philip Plickert	Fass ohne Boden
27.02	Michael Martens	Risse in Athen
28.02	Berthold Kohler	Der weiche Bauch
03.03	Berthold Kohler	Ungewöhnlich dumm
05.03	Reinhard Müller	Die europäische Hausordnung
07.03	Holger Steltzner	Was Athen will
09.03	Holger Steltzner	Wer die Eurozone führt
13.03	Holger Steltzner	Solange die EZB zahlt
17.03	Holger Steltzner	Euro-Überhöhung
20.03	Heike Göbel	Unter Merkels Schutz
21.03	Nikolas Busse	Brüsseler Liste
23.03	Holger Steltzner	Woran Merkel scheitert
23.03	Jasper von Altenbockum	Griechischer Wein
24.03	Klaus-Dieter Frankenberger	Der Gast
25.03	Günter Bannas	Keine neuen Freunde
04.04	Carsten Knop	Wer ist hier blank?
20.04	Holger Steltzner	Taxi statt Dinner
06.05	Werner Mussler	Juncker bizarr
18.05	Tobias Piller	Tsipras vor dem Abgrund
23.05	Philip Plickert	Grexit als Option
30.05	Holger Steltzner	Ein Grexit ist so nah wie fern
08.06	Manfred Schäfers	Merkels Risiko
10.06	Berthold Kohler	Kapitalisierung der Angst
16.06	Klaus-Dieter Frankenberger	Schon viel zu lange
23.06	Nikolas Busse	Fundamente der EU
24.06	Werner Mussler	Die ewige Krise
27.06	Holger Steltzner	Weichwährungsunion
29.06	Michael Heise	Insolvenzgefahr in Griechenland
29.06	Werner Mussler	Zerstörtes Vertrauen
29.06	Berthold Kohler	Überreizt
30.06	Berthold Kohler	Die Hoffnung auf den Schiffbruch
02.07	Klaus-Dieter Frankenberger	Gestrichen voll
02.07	Rainer Hermann	Griechen ohne Staat
04.07	Klaus-Dieter Frankenberger	Schicksalstag
06.07	Carsten Knopp	Mit Zentripetalkraft
06.07	Peter Sturm	Pyrrhussieg
06.07	Reinhard Müller	Die europäische Pflicht
07.07	Daniel Mohr	Einsame Griechen
07.07	Holger Steltzner	In der Euro-Zwickmühle
07.07	Nikolas Busse	Nervenkrieg

07.07	Berthold Kohler	Ins Unglück
09.07	Werner Mussler	Grexit oder Pfusch
09.07	Berthold Kohler	Charakterprüfung
11.07	Werner Mussler	Papier ist geduldig
13.07	Holger Steltzner	Die Anbetung des Euros
13.07	Berthold Kohler	Griechischer Spaltpilz
14.07	Heike Göbel	Griechische Glaubensfragen
14.07	Michael Hanfeld	Im Wartesaal. Warum sich in der Krise das Ausharren lohnt
14.07	Reinhard Müller	Berliner Rumoren
14.07	Berthold Kohler	Bedrohlich nahe
14.07	Rainer Hermann	Griechische Stürme
15.07	Nikolas Busse	Der Preis der EU
DIE ZEIT (ZEIT Online)		
22.01	Marc Brost	Teufel an der Wand
29.01	Marc Brost/ Matthias Krupa/ Mark Schieritz/ Michael Thumann	Nimmt das, Europa!
05.02	Josef Joffe	Die Erpressung
05.02	Heinrich August Winkler	Stunde der Vereinfacher: Was rechte und linke Populisten verbindet
12.02	Mark Schieritz	Über die Klippe
19.02	Mark Schieritz	Was ist, wenn die Sturheit siegt?
26.02	Josef Joffe	Keine Panik, keine Milde
26.02	Mark Schieritz	Herr im Haus
19.03	Paul Welfens	Tsipras muss nur wollen
26.03	Michael Thumann	So ist das Leben
26.03	Mark Schieritz/Philip Faigle	Sind wir mitschuldig an Griechenlands Misere?
18.04	Mark Schieritz	Flugdrachmen
24.04	Jochen Bittner / Matthias Krupa/ Mark Schieritz/ Michael Thumann	Und was machen die sonst so?
11.06	Marc Brost/ Mark Schieritz	War's das, Herr Tsipras?
	Marc Brost	Der große Moment
24.06	Uwe Jean Heuser	Europa tanzt auf der Stelle
25.06	Helmut Schmidt	Geld reicht nicht
01.07	Marc Brost	Bleibt bei uns!
04.07	Georg Blume/ Peter Dausend/ Tina Hildebrandt/ Matthias Krupa/ Jörg Lau/ Felix Rohrbeck/ Mark Schieritz/ Birgit Schönau/ Michael Thumann/ Stefan Willeke/ Zacharias Zacharakis	Der Kampf um Athen
09.07	Bernd Ulrich	Kunstwerk des Jahrhunderts
09.07	Anita Fetz	Ihr verbohrten Technokraten!
11.07	Roman Pletter	Sie sollten wieder Katzen jagen

16.07	Matthias Krupa	Wie hat die Krise Europa verändert?
TAZ (Die Tageszeitung)		
23.01	Ulrike Herrmann	Stark und hilflos
17.02	Mara Bierbach	Ein Staatsbankrott? Na und?
17.02	Ulrike Herrmann	Der kalkulierte Eklat
21.02	Eric Bonse	Den Horizont verbaut
25.02	Eric Bonse	Das Soziale kommt zum Schluss
10.03	Eric Bonse	Die Rückkehr der Troika
16.03	Ulrike Herrmann	Troika? Bitte verschwinden!
20.03	Ulrike Herrmann	Lasst die Griechen wurschteln
30.03	Nico Rau	Das Griechen-Loch
06.04	Ulrike Herrmann	Gefährliche Pendeldiplomatie
28.05	Eric Bonse	Noch 8 Tage bis zur Griechen-Pleite
02.06	Ulrike Herrmann	Die unbeliebte Rolle der Buhfrau
22.06	Eric Bonse	Nie wieder Eurokrise?
23.06	Ulrike Herrmann	Friss oder stirb
26.06	Ulrike Herrmann	Verabschiedete Demokratie
27.06	Ulrike Herrmann	Konsequent!
28.06	Gereon Asmuth	Demokratie oder Irrsinn?
29.06	Ulrike Herrmann	Zerstörtes Vertrauen
30.06	Holm Friebe	Häusliche Gewalt
02.07	Rudolf Walther	Plastiksätze überall
04.07	Robert Misik	Nein!
05.07	Ulrike Herrmann	Geschichte wird gemacht
06.07	Ulrike Herrmann	Die Rolle des Rambo ist zu Ende
10.07	Eric Bonse	Tsipras hat kapituliert
10.07	Martin Reeh	Deutsch und irrational
13.07	Ingo Arzt	Demokratie gibt es nur für Geld
15.07	Roman Imielski	Kein Mitleid mit Athen
15.07	Ulrich Schulte	Merkels Härte
16.07	Pascal Beucker	Die Grünen dürfen nicht zustimmen
19.07	Ulrike Herrmann	Der Sparfuchs kostet Milliarden
DIE WELT		
04.01	Christoph B. Schlitz	Die Griechen sitzen am längeren Hebel
06.01	Olaf Gersemann	Griechen sind das Opfer falscher Entwicklungspolitik
07.01	Hans Zippert	Griechenland wird vom EU-Festland abgesprengt
13.01	Daniel Eckert	Zerbricht der Euro, stirbt Europas Finanzsystem
26.01	Silke Mühlherr	Weshalb Tsipras doch der Richtige sein könnte
27.01	Jacques Schuster	Die gefährliche Sehnsucht der Griechen nach Führern
28.01	Dororthea Siems	In Europa wird es einsam um die Griechen

01.02	Andrea Seibel	Europa sitzt am längeren Hebel
14.02	Daniel Eckert / Holger Zschäpitz	Keine Angst vor Schulen! Das ist nicht dein Ernst!
17.02	Christoph B. Schlitz	Europa muss gegenüber den Griechen hart bleiben
18.02	Robin Alexander	Aus Tsipras' Auftritt spricht der Dünkel
19.02	Andrea Seibel	Schäuble weiß, welche Sprache Athen versteht
24.02	Andre Tauber	Die seltsame Kriegsrhetorik des Alexis Tsipras
25.02	Dirk Schümer	Die griechische Reformshow wird kein Problem lösen
19.03	Christoph B. Schlitz	Dieses Europa ist eine Fehlkonstruktion
20.03	Martin Greive	Druck der Wirklichkeit zwingt Tsipras zur Vernunft
23.03	Günther Lachmann	Tsipras und Podemos überholen die Linkspartei
24.03	Ulrich Clauß	Tsipras' Drohung mit dem Untergang funktioniert
05.04	Bernard-Henri Lévy	Es ist entscheidend, Angela Merkel zu verteidigen
06.04	Jan Dams	Notfalls wäre es besser, die Griechen ziehen zu lassen
08.04	Dorothea Siems	Vielleicht will Tsipras ja aus dem Euro fliegen
05.05	Jorgo Chatzimarkakis	Selbst gute Freunde haben Griechenland aufgegeben
17.05	Olaf Gersemann	Tsipras darf damit nicht durchkommen
02.06	Sascha Lehnartz	Tsipras will die EU in den Wahnsinn treiben
07.06	Olaf Gersemann	Die letzte Chance des Vertrauenszerstörers Tsipras
11.06	Dorothea Siems	Lasst lieber die Griechen gehen als die Briten!
14.06	Robin Alexander	Merkel rettet die Griechen – und dann die Briten
16.06	Jacques Schuster	Alexis Tsipras ist jetzt schon der Sieger
19.06	Sebastian Jost	Liebe Leute, es wird Zeit – Grexit hopp oder top!
20.06	Henryk M. Broder	Warum wir den Griechen unseren Dank schulden
23.06	Sascha Lehnartz	Alexis Tsipras spielt „Wer bremst, verliert“
28.06	Dorothea Siems	Tsipras hat von Anfang an den Grexit eingeplant
28.06	Andre Tauber	Jetzt muss über den Grexit diskutiert werden
29.06	Richard Herzinger	Die EU eine Missgeburt? Nein, das Beste, was geht!

29.06	Omid Nouripour / Manuel Sarrazin	Die Welt verliert das Interesse am Modell Europa
30.06	Dirk Schümer	Tsipras nutzt die ärmeren Europäer schamlos aus
03.07	Ulf Poschardt	Die Krise macht uns jetzt zu wahrhaften Europäern
05.07	Sascha Lehnartz	Tsipras braucht jetzt dringend einen Vernunftschub
05.07	Olaf Gersemann	Das Gewürge geht jetzt erst richtig los
05.07	Dirk Schümer	Griechen ahnen, wohin sie Tsipras' Isolatismus führt
06.07	Ulrich Clauß	Griechenland zwingt Deutschland den Grexit auf
12.07	Henryk M. Broder	Auch ohne „Haircut“ wird der Steuerzahler rasiert
14.07	Thomas Schmid	Viel gescholten und trotzdem ein wahrer Europäer
15.07	Thomas Schmid	Tsipras – kein Held, sondern Saboteur und Narziss
15.07	Jacques Schuster	Europas Zahlmeister muss auch Zuchtmeister sein
15.07	Sascha Lehnartz	Tsipras wird scheitern wie seine Vorgänger
17.07	Alan Posener	Die EU braucht den Sündenbock Griechenland